

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40.

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreispaltige Zeitspalte oder deren Raum berechnet.

## Die Lage des Bundes.

Die sonst um diese Zeit fälligen Nachrichten über die „weitere Erstarkung des Arbeiterbundes“ sind bis jetzt ausgeblieben. Selbst wenn sie sich in einigen Tagen bei den Berichten über die Generalversammlung des Bundes, die für den 5. März nach Posen einberufen ist, einstellen sollten, so wird man sie mit großem Recht noch etwas kritischer als sonst betrachten dürfen. Und man darf etwaige Jubelhymnen über „große Fortschritte“ sogar ruhig als spekulativen Humbug bewerten. Gewiß hat sich der Bund, sowohl seine Zentralkommission wie die Orts- und Bezirksverbände, große Mühe gegeben, aber der Erfolg der Bemühungen scheint ganz anderer Art gewesen zu sein, als man erstrebt und gehofft hatte.

Verschiedene Gründe, die wir hier nur andeuten können, bestimmen die Bundesleitung, für die Neuregelung der Vertragsfrage im Jahre 1913 auf einen Kampf hinzuwirken. Verschiedene Gründe, sagen wir, und meinen damit die der Bundesleitung geboten erscheinende Rücksichtnahme auf die im Jahre 1910 ungefüllt gebliebenen Scharfmachersehnsüchte, sowie andere Beweggründe, die jetzt schon näher zu kennzeichnen nicht empfehlenswert erscheint. Wenn die Zeit erfüllt ist, werden sie jedem klar sein. Genug, die Bundesleitung hat für das Jahr 1913 eine Wiederholung der Aussperrung ins Auge gefaßt, nur möchte sie in einer andern organisatorischen und taktischen Stellung kämpfen als damals.

Aber dazu gehört eine kräftigere Organisation, dazu gehört vor allem eine gute finanzielle Rüstung. Und an dieser arbeiten alle Instanzen des Bundes. Der Beschluß, einen Wehrschuß aufzusammeln, war der Anfang, und zwar ein schwerer Anfang. Denn bei aller Bereitschaft zu scharfmacherischen Taten schwärmt das Gros der organisierten Bauunternehmer nun nicht gerade für besonders tiefe Griffe in den eigenen Beutel. Aber die Leitungen ließen nicht locker, sondern forderten die fälligen Gelder ein. Daß ist manchen Ortsverbänden nicht gut bekommen, und besonders in den Zentren der Scharfmacherei, in der „Nordwestdeutschen Interessengemeinschaft“, ist es zu bedenklichen Fraktionen gekommen. So hat der mitteldeutsche Bezirksverband (Fähnchenführer: Herr Lüscher-Frankfurt a. M.) Grund zu beweglichen Klagen. Diefem Verbande sollen in zwei Jahren 230 Mitglieder den Rücken gefehrt haben. In den Reihen dieses Verbandes soll eine wahre Organisationsverdrossenheit, insbesondere eine starke Unzufriedenheit mit dem Regiment des Herrn Lüscher herrschen.

Nach einem andern Zentrum der Scharfmacherei kommen ähnliche Nachrichten. In Bremerhaven hat es in der Generalversammlung des Verbandes am 16. Februar einen wahren Sturm der Entrüstung gegeben, der sich hauptsächlich gegen den dortigen Wortführer Karl Ristner richtete. In diesem Verbandsverbande betreibt man die Stärkung der Finanzen auf eine eigene Art: einer Einnahme von 16000 Mark im Jahre 1911 stand eine Ausgabe von 30000 Mark gegenüber. Um das Geschäft zu sanieren, hatte der Vorstand den Vorschlag gemacht, alle Mitglieder sollten in Zukunft in ihren Offerten der bisherigen Berechnung der Materialpreise 5 pzt. aufschlagen, aber nicht etwa zum eigenen vollen Nutzen, man wolle dies viel-

mehr auf folgende Art verteilen: Die 5 pzt. sollten an den Verband abgeführt werden, von dem 3 pzt. für das betreffende Mitglied zurücklegt, die am Jahresluß ausgehändigt werden sollten, das heißt, wenn der betreffende Unternehmer alle Verpflichtungen gegen den Verband erfüllt hat. Hat der Unternehmer Beitragsreste zu zahlen oder hat er Konventionalstrafen verwirkt, so hatten die 3 pzt. zunächst hierfür. Die übrigen 2 pzt. gehen je zur Hälfte an den Ortsverband und die Bundesleitung. Als dieser Vorschlag heraus war, erhoben sich 50 Mitglieder und drohten mit ihrem Austritt, wenn man den Antrag annehme. Nach barbarischen Radauzügen und nachdem ein großer Teil der Mitglieder fortgegangen war, drückte man den Antrag doch durch.

Etwa halbwegs zwischen Bremerhaven und Frankfurt liegt Essen, wo einmal Herr Frick handwerkerte und jetzt Herr Schmiedehaus unumstritten herrscht. Auch von dort kommt eine Kunde, die auf große Schwierigkeiten des Bundes hinweist. Wir geben die Nachrichten der bürgerlichen Presse darüber wieder:

„Zu großen Meinungsverschiedenheiten ist es zwischen den Bauunternehmern und den Materialhändlern in Westdeutschland gekommen. Den Anlaß dazu gibt eine Maßnahme des Westdeutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe, der in Essen seinen Sitz hat. Nachdem der Deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe beschlossen hatte, einen sogenannten Wehrschuß zu gründen, und der Westdeutsche Verband diesem Beschlusse beigetreten war, faßte der Verband den Beschluß, für sich noch einen besonderen Wehrschuß zu bilden, der in der Hauptsache als „Streifenwehrrfonds“ in Frage kommt. Die Aufsammlungen für diesen Fonds sollen nun nach einem Plane der Essener Geschäftsleitung so erfolgen, ohne daß, wie es in einem Rundschreiben des Verbandes heißt, „keine Mitglieder der selbst irgendwie dadurch belastet werden.“ Nach diesem Plane sollen nun sämtliche Lieferanten des Baugewerbes gezwungen werden, ein Zehntel Prozent eines jeden Rechnungsbetrages in Form einer beim Westdeutschen Verbands kauslich zu habenden Fondsnote an den Wehrschuß abzuführen. Diese Note ist der Rechnung anzufügen. Weigert sich ein Materialienlieferant, diese Bedingung anzuerkennen, dann sollen die Mitglieder des Verbandes nicht mehr bei ihm kaufen. Gegen diese Maßnahme machen indessen die Händler entschiedene Front. Das Ansehen des Bauunternehmerverbandes abgesehen hat schon eine Reihe von Vereinigungen der Materialhändler, so in Essen der Bauaterialienhändlerverein, der Ziegeleiverkaufverein, in Duisburg der Verein der Holzhändler, in Düsseldorf der Verein Rheinisch-Westfälischer Syndikats-Zementhändler, in Bochum das Rheinisch-Westfälische Zement-Syndikat, ferner der Verein der Holzindustriellen für Rheinland und Westfalen, der Verband Rheinisch-Westfälischer Holzhändler, der Verein Deutscher Vorstand-Zement-Fabrikanten in Berlin und der Verband Vereiniger Bauaterialienhändler-Deutschlands zu Leipzig. Insbesondere wird die Ablehnung begründet mit der Hinweisung auf die ungewöhnliche Art der Bestenuerung der Händler seitens der Bauunternehmer, die zur Aufsammlung des Wehrschußes nicht ihre Mitglieder heranzögen, sondern sich solchen von den Lieferanten durch die Drohung der Entziehung von Lieferung zu erzwingen suchten. Ferner heben die Händler die schon früher gemachte Feststellung hervor, daß die Westdeutsche Arbeiterbund seine Mitglieder nicht genügend in der Hand habe und daher auch keineswegs die bindende Verpflichtung übernehme, daß seine Mitglieder nun auch nur bei Händlern kaufen, die sich seiner Bestenuerung unterwerfen. Zahlreiche Lieferanten, die bei der Aussperrung 1910 unter großen Opfern die Materialsperrre überhört hätten zum Zwecke der Unterstützung der Bauunternehmer, hätten nach Beendigung der Aussperrung die Erfahrung machen müssen, daß die Bauunternehmer vielfach von solchen Konkurrenten bezogen hätten, die sich nicht an der Sperre beteiligt

hatten. Eigenartig berühre auch, daß der Westdeutsche Arbeiterbund von den Baumaterialienhändlern die Bestreitung der Fondsnote aus eigenen Mitteln verlange, dagegen dem Rheinisch-Westfälischen Zement-Syndikat, das übrigens in den letzten Jahren den Westdeutschen Arbeiterbund mit etwa 400 000 Mark unterstützt hat, anheimstellte, bei der Preisfeststellung eine Erhöhung um den Betrag der Fondsnoten einzuführen. Dieses Verhalten des Arbeiterbundes ist insofern unangenehm, da sowohl die Händler wie die Bauunternehmer gut organisiert sind, bleibt es abzuwarten, wer aus diesem Kampfe als Sieger hervorgeht.“

Die Moral dieser Geschichte ist: der Bund stößt mit seiner Gewaltpolitik auf starken Widerspruch. Unternehmer und Materialhändler denken noch mit Schrecken an die Schäden, die ihnen die Aussperrung im Jahre 1910 verursachte; es ist darum kein Wunder, wenn sie sich gegen Maßnahmen wehren, von denen sie mit gutem Recht annehmen, daß dahinter die Absicht einer neuen Aussperrung für das Jahr 1913 steckt.

Ob der Bund bei solchen Anzeichen seine Absicht aufrecht erhalten mag, den Bauarbeitern bei den nächsten Verhandlungen wieder mit den im Jahre 1910 niedergekämpften Vergewaltigungsanträgen zu kommen? Er sollte sich die Sache doch noch einmal überlegen. Posen ist eine verhältnismäßig ruhige Stadt — dort würde er schon die nötige Miße finden.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Mängel der heutigen amtlichen Preis- und Lohnstatistik. — Ein Vorschlag zur Bildung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission.

Die Preissteigerung der letzten Jahre hat auch den Gewerkschaften nicht als der Augen geführt, wie wichtig es ist, statistisch zuverlässige Grundlagen auf diesem Gebiete heranzuschaffen. Der nominal gleichbleibende Geldlohn schrumpft bei der Verteuerung des notwendigen Lebensbedarfs zu einem wesentlich reduzierten Reallohn, zu einer tatsächlich geringeren Kaufkraft für Nahrung, Wohnung, Kleidung zusammen. Der nominal höhere Geldlohn verflüchtigt sich entweder zu bloßem Schein oder die Geldlohnsteigerung fällt sogar mit einer Verflüchtigung der Lebenshaltung zusammen. Es ist nicht nur zur Information wichtig, diese Preisveränderungen genauer abbilden und gegeneinander abmessen zu können. Man braucht ein vertrauenswürdiges Referenzmaterial notwendig auch zur Beurteilung von Lohnbewegungen, von gewerkschaftlichen Erfolgen, zur Begründung von Lohnforderungen.

Ähnlich geht es andern Bevölkerungsschichten, deren Einkommen nicht einfach als Arbeitelohn, wenigstens nicht als Lohn im eigentlichen engeren Sinne des Wortes angesehen werden kann: Beamten, Kleinrentnern, vertriebenen Art, den Angehörigen liberaler Berufe, Gelehrten, Schriftstellern, Ärzten, Rechtsanwältinnen mit oder ohne feilere beamtenmäßige Stellung. Kein Wunder, daß solche Statistiken längst über den Rahmen einer bloß akademischen Frage hinausgewandert sind, sondern in der ganzen Gesellschafts- und Verwaltung, in den Parlamenten, in der Presse, bereits eine große Rolle spielen. Der Verein für Sozialpolitik beabsichtigt beispielsweise eine Erhebung über die Entwicklung der Preise in den letzten 20 Jahren vorzunehmen; er hat sich den Verband des Deutschen Statistischen Reichsausschusses geföhrt, das mit drei holländischen Vertretern anderer Länder in Verbindung steht. Auch das Internationale Statistische Institut, bei dem internationale Studien der Preise eingeleitet. Einziges Verzeichnis haben die Regierungen der Vereinigten Staaten (durch den Senat), der Staat Massachusetts, Kanada, die französische und englische Regierung veröffentlicht; in anderen Ländern, zum Beispiel in Indien, werden solche Erhebungen geplant.

Eine sehr verdienstvolle Abhandlung in dem eben erschienenen Doppelheft von Dr. Heinrich Brauns, „Annalen für soziale Politik und Volkswirtschaft“ Preissteigerung und Reallohnpolitik von Prof. Stephan Bauer, Basel und Prof. Irving Fisher, Amerika, legt nun näher dar, wie wenig verbindlich die statistischen Aufträge bisher ausgefallen sind und vor allem, wie ihnen jede Einheitlichkeit fehlt, wie sie ohne die Vergleichs- und Vergleichsgegenstände zwischen Schutz- und Reichslandläufern, zwischen künstlichen und natürlichen Feuernsursachen, zwischen veränderlicher und unveränderlicher Kaufkraft des Geldes über des

Eintommens vollkommen in der Luft schweben bleiben oder doch in ihrer Beweisraft gegen Andersdenkende ganz weisentlich verlieren.

Gewisse Grundtatsachen bestreiten allerdings kaum jemand noch. Das durchschnittliche Arbeitergehalt der Preise, nach der etwa von 1874 bis 1895 dauernden Epoche ständiger Preise, hält die Denkschrift seit dem Jahre 1896 für festgelegt. Internationale Unterschiede machen sich dabei deutlich in Einzelheiten bemerkbar; die Grundrichtung ist jedoch überall unverkennbar die gleiche. Am schwächsten ist der Preissteigerungsgrad wahrnehmbar in England, am höchsten vielleicht in den Vereinigten Staaten und Australien. Allgemein, aber vor allem gerade in Amerika, dem einseitigen unvergleichlichen agrarischen Ueberfluß- und Ausfuhrland, sind vor allem die Rohprodukte der Landwirtschaft und besonders die Viehpreise rapid emporgewandert. Der Großhandel mit seinen festen Warenstücken und Preisnotierungen gestattet für die Einzelwaren noch leidliche Vergleiche von Jahr zu Jahr, von Land zu Land. Eine ziemliche Willkür und Verwirrung entsteht schon bei dem an sich unentbehrlichen Operieren mit Indizespreisen: das heißt, mit zusammenfassenden Einheitskoeffizienten für Gruppen von Waren. In Amerika, in England, in Frankreich, in Deutschland hat man die Grundlagen dieser Gruppenvergleiche ganz verschiedentlich gewählt. Dann kommt das schwierige Gebiet der Beobachtung der Kleinhandelspreise, die für den wirklichen persönlichen Konsum der Massen selbstverständlich ausschlaggebender sind als alle Großhandelspreise; Wirken die Ursachen der Großhandelspreissteigerung fort, werden sie fühlbar abgewälzt auf den Detailhandel? Steigt der Detailpreis infolge der Kosten, die mit der Lieferung bestimmter Qualitäten verbunden sind, infolge technischer Rückständigkeit der Verarbeitungsgewerbe oder infolge des stärkeren Auftretens von Zwischenhandelsgegewinnen? Mit diesen Fragen berührt man das Gebiet der Ursachenforschung. Woher rührt die Preissteigerung einmal der Großhandels-, dann der Detailpreise?

Die Statistik ausschließlich kann viele dieser Fragen nicht endgültig lösen, aber sie kann eine Menge irriger Vermutungen zerlösen und den Blick schärfer auf bestimmte Ursachen lenken. Wären zum Beispiel die Lohnsteigerungen der letzten Jahre von starker Mitwirkung bei der Preissteigerung der Arbeitszeugnisse, so müßte die Steigerung gerade von den Produktpreisen der Industrien ausgegangen sein, also von Buchbindern, Bauarbeitern, Metallarbeitern; davon ist keine Rede; ebenso wenig haben die Landarbeiter solche Lohnsteigerungen erzielt, daß aus ihnen die Höhe der Fleischpreise erklärt werden könnte.

Fehlen aber bei den Preisen noch häufig zweckentsprechende, das heißt exakte Angaben, so gilt dies in noch höherem Maße von den Löhnen. Schon das britische Handelsamt schlug deshalb im Vorjahre eine Einigung der Arbeitssämter und arbeitsstatistischen Abteilungen der verschiedenen Länder auf eine gemeinsame Erhebungsmethode vor. Eine Fortspinnung dieses Gedankens ist die vorliegende Denkschrift, die schließlich die Einziehung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Lebenskosten mit folgenden Aufgaben empfiehlt:

1. alle verfügbaren Tatsachen der Veränderung der Löhne, der Ausgabenhöhe und des Preisstandes in der ganzen Welt zu sammeln und darüber vergleichende Uebersichten zu liefern;
2. den Nachweis der Hauptursachen dieser Wandlungen und der nationalen Unterschiede in ihnen zu erbringen;
3. über die Möglichkeit der Abhilfe Bericht zu erstatten.

Eine solche Kommission müßte, um wirksam und auf Grund hinlänglicher Mittel arbeiten zu können, nicht nur amtlich, sondern auch international sein, denn ein Staat allein könnte eine so allumfassende Weltforschung, wie die jüngste Preissteigerung ebenmäßig genügend beobachten, wie etwa die Bewohner eines Seebades die Allgemeinercheinungen von Ebbe und Flut. Bedenkt man den enormen Umfang des Problems, seine Bedeutung für hunderte Millionen menschlicher Wesen, das weltumspannende Interesse an diesen Fragen, und die ominöse Tatsache, daß diese Sachverhalte eine weitere Preissteigerung in der Zukunft vorherzusehen, dann dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Einsetzung der hier vorgeschlagenen Kommission der ersten Bemühungen des Gemeinheits aller Länder würdig ist. Auch die gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen würden einen solchen Fortschritt der amtlichen Statistik nur mit Freuden begrüßen können.

Berlin, 20. Februar 1912. Max Schippel.

### Politische Umschau.

Die Staatsberatungen im Reichstage. — Eine Tagesdebatte und ihr „Erfolg“. — Termin der neuen Präsidiumswahl. — Ein neuer Wahlrechtsantrag im preussischen Abgeordnetenhaus. — Drohender Generalstreik der englischen Kohlenbergarbeiter.

Die Staatsberatungen im Reichstage bedeuten jedesmal eine Generalabrechnung zwischen Regierung und Parteien und der Parteien untereinander. Sie bieten die erwünschteste Gelegenheit zu gründlicher Aussprache über all die vielen und weitverzweigten Fragen aus dem Gebiete der inneren und äußeren Politik. Entsprechend der durch die Reichstagsneuhausen gestalteten politischen Situation, macht sich dies Bedürfnis hier ganz besonders geltend. Leider entrollen ja die Staatsdebatten jahraus, jahrein so ziemlich das gleiche Bild, bieten sie die gleiche betäubende Erscheinung einer mit den Kulturen und Humanitätsbestrebungen unserer Zeit in schroffem Widerspruch stehenden, vom Geiste der Reaktion beherrschten Regierung. Eine solche Regierung mit aller Kraft und Entschiedenheit zu bekämpfen, ist die Pflicht aller derer, die es ehrlich meinen mit den berechtigten Interessen und der Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung. In diesem Kampfe ist die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen

vorangegangen, und auch die jetzigen Staatsdebatten zeigen wieder, daß sie sowohl in Würdigung ihrer grundsätzlichen Forderungen und Ziele wie in deren konsequenter und energischer Verfolgung die berufene Vertreterin der Volksinteressen ist. — Einen neuen und trefflichen Beweis hierfür erbrachte in der Berichtswache der dritte sozialdemokratische Staatsredner, der Abgeordnete Dr. David, mit einer gehaltvollen Rede von einbringlicher Wirkung, in der er es verstand, abzurechnen mit den zahllosen Sünden der Regierung und der reaktionären Parteien. Er zeigte, daß gerade sie, die beständig das Wort von der „ummutigen Sozialdemokratie im Munde führen, mit ihrer Reaktionspolitik zu gewaltigen Katastrophen treiben.

Bei der Besprechung der Staatsdebatten in der Presse ist eine Erscheinung aufgetreten, die einige Beachtung verdient. Man hat nämlich in einigen Parteiblättern die Rede Franks scharf abfällig kritisiert und hat gemeint, es fehle diesem Abgeordneten die Festigkeit in den Parteigrundlagen, und seine Rede sei darum ein Fehlschlag gewesen. Wir wollen das nicht beurteilen, sondern wollen nur sagen, daß wir die allgemeine Einföhrung einer solchen Kritik für sehr bedenklich halten. Nach wir haben schon manchmal Lust gehabt, diese oder jene reinerische Leistung im Parlament kritisch zu betrachten, haben es aber unterlassen, weil es uns nicht opportun erschien, den parlamentarischen Aktionen durch kleinlich nörgelnde Kritik der eigenen Redner ihren Schwung zu nehmen. Gilt man aber

finden. Innerhalb der bürgerlichen Parteien sind darüber bereits Besprechungen im Gange; eine Verständigung soll aber noch nicht erzielt worden sein. Welches Schauspiel werden wir diesmal erleben?

Im preussischen Abgeordnetenhaus, allwo — es steht der Zustizetat zur Beratung — es in letzter Zeit ziemlich ruhig herging, wird es demnach voraussichtlich wieder einmal recht lebhaft Auseinanderberedungen geben. Bietet sich doch die Gelegenheit, die Wahlrechtsfrage erneut zu erörtern. Die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei hat abermals einen Wahlrechtsantrag eingebracht, in dem die Staatsregierung ersucht wird, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit gemeinsamer Stimmabgabe zur Einführung gelangt und weiter eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke erfolgt. Der Standpunkt des Herrn v. Westmann-Hollweg in dieser Frage, den er seinerzeit unter Prägung des gefüglichen Wortes von den „gottgewollten Abhängigkeiten“ vertrat, hat sich inzwischen gering nicht geändert. Noch bei den Staatsberatungen erklärte ja der Minister v. Dallwitz, daß in diesem Jahre an eine neue Wahlreformvorlage nicht zu denken sei. Und Herr v. Westmann-Hollweg glaubt wohl, um diese Reform überhaupt heranzuführen. Da werden wir es denn wieder erleben, daß sich der preussische Ministerpräsident, entgegen dem eingeschiedenen befehlenden Willen des preussischen Volkes und entgegen den in zwei Thronreden feierlich gegebenen Versprechungen der preussischen Krone, der dringenden und notwendigen Reform der Gegenwart widerseht. Der Ausfall der Reichstagswahlen wird auch nicht dazu beigetragen haben, ihn für die Wahlrechtsreform günstiger zu stimmen. Aber all sein Widerstand wird ihm schließlich doch nichts nützen: das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Preußen wird dennoch kommen, weil es mit entwicklungsgehehrlicher Notwendigkeit kommen muß! Wenn Herr v. Westmann-Hollweg diese Notwendigkeit einsehe und demgemäß handelte, würde er in der politischen Geschichte Deutschlands um einiges besser dastehen!

Nun hat auch wieder einmal die fällige Parade des Bundes der Landwirte in Berlin stattgefunden. Sie ist ja als politisches Ereignis herzlich bedeutungslos, diese alljährliche Wünderherbeijagd, bei der man unwillkürlich an die Rathpöhlentage des Zentrums denkt. Hier sind es die braven Zentrumschäpfelein, dort die Bauern, deren treuer Gefolgschaft man sich zu versichern bemüht ist. Auch diesmal sind sie zusammengekommen, die Bundesfürsten alle, um sich der Mühe „begleitender“ Ansprachen zu unterziehen: Dr. Koellike, v. Wangenheim, Dietrich Sahn, v. Oberburg, der Bielefelder, Dr. Dertel — sie alle waren da und alle „bewiesen“ die schlagende „Zusammengehörigkeit“ und „Interessengemeinschaft“ von Junker und Bauer. In ihren Ansprachen war viel die Rede von der „sozialdemokratischen Gefahr“, von der Notwendigkeit einer „energischen Regierung“, vom „Schutz gegen den Terrorismus“, von der „Gefahr des Zudentums“ usw. Aber allein Bemühungen dieser Geistesherden gelang es nicht, darüber hinwegzuführen, daß die agrarische Begeisterung im Abnehmen begriffen ist. Die tosende Zustimmung, deren sich die Bundesredner früher zu erfreuen hatten, vermehrte man. Und das kommt nicht nur auf Rechnung der Tatsache, daß die Verlamung stark unter dem Eindruck der Reichstagswahlen stand. Auch hier vollzieht sich ein Umschwung: Unter den bäuerlichsten Elementen des Bundes macht sich schon längst eine Opposition gegen die junkerliche Wangelei bemerkbar; haben sich doch schon im Süden und auch im Osten des Reiches dem Wunde wirklich bäuerliche Verbände entgegengestellt. Und diese Bewegung wird ständig fortschreiten; denn immer mehr muß sich den wirklichen Bauern, die schwer um ihre Existenz zu ringen haben, die Erkenntnis aufdrängen, daß die angebliche Vertretung ihrer Interessen durch das Junkertum plumper Schwundel ist. Auch mit dieser Bundesherrlichkeit wird es einmal ein Ende nehmen.

In England, wo, wie wir vor einigen Wochen berichtet haben, neuerdings wieder Streikbewegungen eingeleitet haben, ist jetzt der Ausbruch eines Niesenkampfes in bedrohliche Nähe gerückt. Die Arbeiter der Kohlenbergwerke, die den individuellen Mindestlohn für alle Untergarbeiter fordern und dabei auf den Widerstand der Grubenbesitzer stoßen, wollen bei Nichtbewilligung dieser Forderung am 1. März in den Generalstreik eintreten. Ein dahingehender Beschluß wurde von ihnen Mitte Januar mit 445 801 gegen 11 921 Stimmen gefaßt. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern sind völlig gescheitert und auch die Vermittlungsversuche der Regierung haben bis jetzt keinen Erfolg gehabt. Verlaufen auch diese ergebnislos, so dürfte der Streik unvermeidlich sein, der, namentlich bei längerer Dauer, für ganz England eine schwere wirtschaftliche Krise bedeuten würde.

### Bauarbeiterbewegung.

#### Deutscher Bauarbeiterverband. Bekämpfung des Vorstandes.

Bei der Auszahlung der Reiseunterstützung. Es ist verschiedentlich vorgetragen worden, daß an Kollegen Reiseunterstützung auf Konto der Hauptkasse gezahlt wurde, die nicht im Besitz einer Reiselegitimationskarte waren, oder dieselbe verloren hatten. Wir machen darauf aufmerksam, daß in solchen Fällen die

**Zur  
Arbeitslosenzählung!**

**Die Mitglieder, die vom Verband eine Arbeitslosenzählkarte ausgehändigt bekommen haben, erinnern wir wiederholt daran, daß die notwendigen Notierungen jeden Tag vorzunehmen sind. Von den gewissenhaften Eintragungen in die Karten hängt der Wert der ganzen Zählung ab.**

diese Rücksicht für überflüssig, so wird es ja schließlich auch gehen, nur darf man dann nicht darauf setzen, ob der Redner Frank oder Antik oder sonstwie heißt.

Eine eingehende Debatte entspann sich über die von den Fortschrittlichen und Sozialdemokraten eingebrachten Initiativanträge, die eine sofortige zeitweilige respektvolle völlige Aufhebung des Zolles auf Meißel, Futtergerste und Kartoffeln verlangen. Es ist ja nicht das erstemal, daß sich der Reichstag mit der Teuerungfrage zu beschäftigen hat. Schon der alte Reichstag mußte sich mit ihr befassen, freilich ohne daß damit irgend etwas erreicht worden wäre, war doch die Regierung, bekanntlich damals noch nicht aus dem Stadium der „Erwägungen“ heraus, für die sie immer sehr viel Zeit braucht. Jetzt ist die Teuerungsdébatte wenigstens nicht ganz ergebnislos verlaufen. Der Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte namens des Reichstanzlers, daß der Bundesrat „aus Billigkeitsgründen“ beschloßen habe, den Kartoffelzoll vom 15. Februar bis 30. April zu suspendieren. An eine, wenn auch nur zeitweise Aufhebung der Futtermittelzölle aber sei nicht zu denken. Die Folge einer solchen Aufhebung ist nach der tiefgründigen Weisheit des Herrn Dr. Delbrück eine gesteigerte Nachfrage und somit ein Steigen der Preise! Auch bemühte sich der Staatssekretär nachzuweisen, daß wir in einer Zeit niedrigerer Preise leben. — Das sind fürwahr sehr, sehr bedenkliche „Maßnahmen“ gegen den noch unvermindert fortbestehenden Notstand, zu denen sich die Regierung da endlich zu verstehen geruhete. Denn um ihre Profitinteressen bangenden Agrariern ist natürlich selbst dies Wenige noch zuviel. Herr Dr. Delbrück war denn auch eifrig bemüht, ihnen gegenüber unter Hinweis auf die „abwägenden besonderen Verhältnisse“ die Tat der Regierung zu rechtfertigen. Die Anträge wurden sehr wirksam begründet vom dem Fortschrittler Dr. Wendorf und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Bod. Die Ausführungen des ersteren, der selbst Landwirt ist, zeugten von guter Sachkenntnis und waren den Agrariern daher doppelt unangenehm.

Nach schneller Erledigung einiger kleinerer Vorlagen trat der Reichstag in die erste Lesung des Entwurfs eines neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes ein. In diesem Entwurf tritt das Bestreben zutage, die Verwaltungsgewalt und -befugnisse zu erweitern und der Polizeimilitär einen breiten Spielraum zu geben. Gegen diese Tendenzen wurde namentlich sozialdemokratischerseits scharf Einspruch erhoben. Die Beratung über den Entwurf wurde nicht zu Ende geführt, vielmehr vertagte sich das Haus am Freitag, 23. Februar, bis zum Dienstag der folgenden Woche. Nach dieser kurzen Unterbrechung wird die Staatsberatung, und zwar in zweiter Lesung beim Kapitel Reichsamt des Innern, fortgesetzt.

Wie es heißt, wird die erneute und definitive Präsidienwahl voraussichtlich am 13. März statt-

Zahlung der Unterstüfung nur auf Konto der Sozialkasse gestattet werden darf. Ebenfalls hat die Eintragung der Unterstüfung ins Mitgliedsbuch zu unterbleiben. Diese Eintragung geschieht nur bei den Statuten unter den früher im "Grundstein" veröffentlichten Voraussetzungen.

Sterberegeln darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandvorstandes ausgeföhrt werden. Nur die diesbezüglichen Anträge sind die gedruckten Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitglieds ist jeweils mit den Anträgen einzuföhren.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 18. bis 23. Februar 1912 für:

Table with columns: Zweigverein, Name des Mitgliedes, Beruf, Buch-Nr., Mann oder Frau. Lists members from various regions like Augsburg, Berlin, Breslau, etc.

Vom 20. bis 26. Februar haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: (List of amounts and locations)

Kalender. Magdeburg A. 25, Vieh 8.50. Futurale. Bremen A. 20.

"Grundstein"-Einband und Decken. Augsburg A. 3, Magdeburg 12.

Kampf um die Arbeitsbedingungen. Gießen A. 11, 25.

In Nr. 6 des "Grundstein" sind für Galbe a. d. Saale Mk 56,81 quittiert. Die Summe ist von Galbe a. d. Milde eingesandt.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2a des Statuts vom Zweigverein A. 13 b. d. Michael Hühler, geboren am 26. Februar 1882 zu Dombach (Verb.-Nr. 180 495); Augsburg: Georg Späth, eingetretten am 8. Juli 1911 (059 482); Eisenburg: Ernst Stephan, geboren am 4. Juli 1876 zu Aufhausen (189 369); Gera: Aug. Göbke, geboren am 16. Oktober 1883 zu Nottlebroda (06 004), und Michael Tognowitz, geboren am 6. Oktober 1844 zu Wilmfin (0-142 324); Schöberg und: Wilh. Müller, geboren am 3. November 1884 (049 306), Paul Metzger, geboren am 2. September 1887 (049 305), Karl Wolf, geboren am 25. Juli 1863 (049 309), Reinhold Müller, geboren am 11. September 1859 (095 053), Ernst Reinhold, geboren am 10. März 1878 (095 086), Fern. Krause, geboren am 4. November 1871 (174 180), Fern. Bojer, geboren am 25. Juli 1862 (0115 233), Ernst Waidchen, geboren am 19. August 1870 (095 091), Reinhold Hoff, geboren am 3. August 1862 (0115 228), August Burgard, geboren am 21. August 1854 (174 113), Emil Driehner, geboren am 26. Oktober 1885 (0115 238), und Paul Kühnert, geboren am 13. Januar 1885 (0162 846). Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 18. bis 23. Februar sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Unterstüfungsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und ersuchen wir die Mitglieder dafür ausgeföhrt:

Table with columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsort, Geburtsdatum, Eintrittsdatum. Lists lost membership books and their details.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Burg b. M. der Maurer S. Brandl. Zweidienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen.

Gefunden ist in Steinbach b. Elmham i. Bayern das Mitgliedsbuch des Kollegen Leonhard Schäg, eingetretten in Augsburg am 25. März 1911. Das Buch ist im Hauptbureau in Hamburg, Wallstr. 1, abzugeben.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Magdeburg.

Für die diesjährige Frühjahrstagung setzen wir zunächst folgende Versammlungen fest (weitere Versammlungen folgen in der nächsten Nummer):

Table with columns: Ort, Tag, Referent. Lists meetings for Gau Magdeburg.

Tagesordnung ist in allen Verammlungen: Die Aufgaben der deutschen Bauarbeiterschaft im Jahre 1912.

Zweigvereine und Zahlstellen, für die noch keine Versammlungen festgelegt sind, die aber trotzdem die Abhaltung einer Versammlung mit einem Referenten vom Gauvorstand für notwendig erachten, müssen uns das unter Angabe des Tages, an dem die Versammlung stattfinden soll, sofort mitteilen. Der Gauvorstand. S. A.: Zul. Koch.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

Allendorf-Spoden. Sperrt über die Firmen Henkroth in Allendorf a. d. W. und Wachsmuth in Soden a. d. W. Ansbach. Sperrt über den Unternehmer Lang. Berlin. Sperrt über die Rohrdeckenfirma Krumreich (Inhaber Arndt) in Südnöde. Bernburg-Groba. Sperrt über die Firma Fischer & Hagengut (Ziegeleibau).

Bordesholm, Voerde und Umgegend. Aussperrung. Borkum. Differenzen. Bitow. Sperrt über die Firmen Max-Pommerening, Fritz Pommerening und Körner (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft).

Cassel. Streik an den Arbeiten der Wasserleitungsbauten in Heckershausen und Weimar wegen Lohnreduzierung. Chemnitz. Sperrt über die Arbeiten des Unternehmers Löschner. Dresden. Sperrt über den Neubau Welkowsky, Tischersstraße.

Ellenburg. Sperrt über die Celluloidfabrik. Gartz a. d. O. Sperrt über die Firmen Winter in Hohen-Reinkendorf und Wolter in Martin. Gräfenhal. Sperrt über die Firma Gruber. Güsten. Sperrt über die Firma Bürau. Hermannsburg. Streik. Kronach. Sperrt über die Firmen Haut, Messelberger und Kestel & Zeis.

Leipzig. Sperrt über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hoho Straße, über die Unternehmer Stein & Walter in Sellaerhausen, Bülowstraße, über die Bauten der Unternehmer Hennig und Beyer in Sellaerhausen, Paulinstraße, und Küster in L.-Dösen, Ecke Johann- und Eigenheimstraße, sowie über den Neubau des Unternehmers Max Naumann in Connowitz, Scheffelstraße.

Nannhof. Sperrt über Ebert & Hietschold. Neugersdorf. Sperrt über das Baugeschäft Gustav Polisch. Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises. Nürnberg. (Steinbauer). Sperrt über die Firma Leikam.

Ober-Pellau I. Sperrt über die Firmen Liebig und Dorn. Priebus. Sperrt über das Braunkohlenwerk Grube "Alice" in Pechnern bei Priebus. Rotenburg i. Hannover. Sperrt über die Arbeiten der Unternehmer A. Junk und Wedekind. Schwersenz b. Posen. Sperrt über die Firmen R. Iwan und A. Höfig.

St. Margarethen. Aussperrung. Stettin. (Maurer). Sperrt über das Eisenwerk "Kraft" in Stolzenhagen-Kratzwick. Windecken b. Hanau. Sperrt über die Arbeiten des Unternehmers Korn aus Friedberg. Wismar. Sperrt über die Firma Seehase. Zinnowitz. Sperrt über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Enke und Carl Mäcke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliessenleger:

Cöln. Sperrt über den Zwischenmeister Peter Gescher. Dortmund. Sperrt über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund. Essen. Sperrt über alle Arbeiten der Firma Lange sowie der Zwischenmeister Seinser und Dietrich Kuhn.

Hamburg. Sperrt über die Firma Aug. Hoehne Söhne. Mannheim-Ludwigshafen. Sperrt über die Firmen Fuchs & Priester und Friedr. Hess sowie über die Zwischenmeister Anton Glock und Gustav Rosé. Mülheim a. d. R. Sperrt über alle Arbeiten der Firma Krämer.

Stukkateure:

Breslau. Sperrt über die Firma Simlinger & Gode. Bruchsal. Sperrt über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Rullmann. Duisburg. Sperrt über die Arbeiten des Schiwitzmeisters Michel Aretz. Heidenbergen b. Frankfurt a. M. Sperrt über die Firma Gebrüder Reinhard. München. Sperrt über die Firma Fratou & Sellmaier. Schleiftstadt. Sperrt über die Firma Bertele. Schopheim. Sperrt über die Firmen Wachter und Schaible & Stegwart. Tarnowitz. Sperrt über die Firma Böhm.

Isolierer und Steinholzleger:

Berlin. (Steinholzleger). Sperrt über die Brandenburgischen Steinholzwerke. Cöln. (Steinholzleger). Sperrt über die Eubelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkolit-Werke von D. Deppe und Heinrichs. Düsseldorf. (Steinholzleger). Sperrt über Nüsse & Otto, Kettenheil-Eisenach, Zweiggeschäft Düsseldorf und Barmen.

Arbeitsmarkt.

Über die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Eughafen, Dortmund, Emden, Naumburg a. d. S., Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Wegeack und Wilsfelms haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Bremen.

Die Unternehmer in Nordenham, die unsere dortigen Kollegen durch ihre brutale Aussperrung zur Anerkennung ihres Mahregelungsstreiks zwingen wollten, sitzen anscheinend böse in der Patsche. Obwohl sie alles aufbieten, um von auswärts Leute zu bekommen, ist ihnen dies bis jetzt noch nicht geglückt. Da sie aber ihre Arbeiten doch nicht liegen lassen können, sind sie auf einen geradezu grandiosen Einfall gekommen. Sie beschließen mit Hilfe der Unternehmer aus dem Unterwesergebiet alle verfügbaren Arbeiter nach Nordenham zu schleppen, um von diesen die Arbeiten fertigstellen zu lassen, an deren Fertige

teilung sie die Gesellen durch ihre Aussperrung hinderten. Andere Bremer Gaulting-erhielt in den letzten Tagen aus einer ganzen Reihe von Zweigvereinen im Gau die Mitteilung, daß Unternehmer an ihre Lehrlinge das Verlangen gestellt haben, nach Nordenham zu reisen und dort Streitarbeit zu machen. Es ist daher als sicher anzusehen, daß sich der Bezirkstag der Unternehmer, der am 20. Februar in Begeck tagte, mit der Sache beschäftigt und den Beschluß gefaßt hat, sämtliche im dritten und vierten Lehrjahr stehenden Lehrlinge nach Nordenham zu schicken und sie als Streikbrecher zu verwenden. Natürlich haben die Unternehmer gar kein Recht, von ihren Lehrlingen die Ausführung von Streitarbeit in Nordenham zu verlangen. Unsere Kollegen müssen daher allerorts auf dem Posten sein, um das schandbare Vorgehen der Unternehmer zu vereiteln. — Daß die Nordenhamer Unternehmer bis in der Klemme liegen, geht auch daraus hervor, daß auf ihren Antrag der Bezirkstag der Unternehmer für das Unterweser- und Emsgebiet an den Bundesvorstand in Berlin die Anfrage richtete, wie der Deutsche Arbeiterverband für das Baugewerbe den Lokalverband Nordenham tatkräftig zu unterstützen gedenke. Ja, wie soll er das wohl tun? Die Unternehmer in Nordenham werden schon die Suppe allein auslöffeln müssen, die sie sich mit der Beantragung ihrer Kräfteprobe eingebracht haben. Gätten sie doch Vernunft angenommen, solange es noch Zeit war!

**Gau Hannover.**

Die Bewegung in **Sarburg** hat durch das Ergebnis der Verhandlung am 20. Februar eine jedenfalls für beide Parteien vorläufig befriedigende Lösung gefunden. In der Verhandlung am 10. Februar gingen die Meinungen noch so weit auseinander, daß alle Ernstes mit einem Kampf zu rechnen war. Das Ergebnis der Verhandlung am 20. Februar war, daß die Unternehmer vom 1. April ab den Lohn der Maurer von 41 auf 45  $\frac{1}{2}$ , den Lohn der Hilfsarbeiter von 35 auf 39  $\frac{1}{2}$  und den Lohn der Zimmerer von 40 auf 45  $\frac{1}{2}$  erhöhen. Der Vertrag schließt sich eng an den Wolfenbütteler Vertrag an und gilt mit wenigen Ausnahmen für den Amtsgerichtsbezirk Sarburg. Leider haben einige Wünsche zurückgestellt werden müssen, so der, daß der Lohn bis zum Ablauf des Vertrages am 31. März 1913 mit dem im Wolfenbütteler Vertrag unter Bezirk III nominieren Lohn von 47  $\frac{1}{2}$  gleichgestellt sein sollte. Dies zu erreichen, wird Aufgabe der späteren Verhandlungen sein. Es wird um so leichter sein, wenn alle im Sarburg Gebiet Beschäftigten das Band der Organisation umschließen. In **Königsbrunn** führt die Firma Bahnhofsindustrie G. m. b. H., vorm. Reimer-Magdeburg, zurzeit den Bau eines Kaltwerkes aus. Unsere Kollegen sind, solange der Bau in Ausführung ist, aus Klagen nicht herausgekommen. Die Wunden und Aborte sind so mangelhaft ausgeführt, daß sie nicht im entferntesten den Bestimmungen des herzoglichen Staatsministeriums entsprechen. Dann sollen die Angehörigen der Firma auch gleich mit Schlägen bei der Hand sein. Ganz unerträglich sind schließlich für unsere Kollegen die Löhne. Den Bauhilfsarbeitern werden Löhne von 30, 32, 34 und 36  $\frac{1}{2}$  gezahlt. Das sind Löhne, die hinter den dort üblichen weit zurückstehen, so daß unsere Kollegen für die Ausführung der Arbeiten mit Recht einen höheren Lohn verlangen. Auch die Maurer sind mit der Entlohnung nicht zufrieden. Die Firma sucht nun fortwährend in den Provinzialblättern, verheimlicht aber wohlweislich den Lohn; sie schreibt nur von „billigen“ Logisverhältnissen. Wahrscheinlich will sie unsere Kollegen den Glauben weibringen, als befände man sich in Königslutter im Eschlaraffenland; aber unsere Kollegen können dort vor Hunger ebensowenig in Schlaf kommen wie anderwärts. Wir erziehen die Kollegen allerorts, auf die Lodungen der Firma nicht hineingefallen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir mit der Firma noch Fraktur reden müssen, um wenigstens einigermaßen angemessene Löhne zu erreichen. — Die Firma M. Sievers & Co. sucht in den Provinzialblättern Hannovers 100 Maurer und Arbeiter für ihre Baustellen in der Provinz Hannover; die Meldungen sollen beim Bau-führer G. Schulze-Schwarzmeißel geschehen. Auch diese Firma gehört zu denen, die, ehe sie ihren Arbeitern einen wertigen Lohn gibt, diesen erst zehnmal in der Hand herumdrückt. Die Firma ist seit Jahrzehnten durch ihre billigen und willigen Arbeitskräfte aus der Umgegend von Wienburg und Sarburg vertrieben. Sie hat in den letzten Jahren besonders auf den Kaliverten Grotthend-Wäldchen, Wathlingen und jetzt Söpe Arbeiten ausgeführt, aber immer wesentlich geringere Löhne als andere auf dem Werk beschäftigte Firmen gezahlt, so daß diese konkurrenz-unfähig und verdrängt wurden. Dies liegt natürlich nicht in unserm Interesse. Leider waren die bei der Firma Beschäftigten nicht für unsere Organisation zu haben. Wir bitten alle, die bei dieser Firma in diesem Jahre in Arbeit treten, dafür zu sorgen, daß alle Beschäftigten der Organisation beitreten, und auch die Firma daran zu gewöhnen, daß sie einen besseren Lohn als bisher zahlt.

**Gau Magdeburg.**

In **Madegast** in Anhalt hat am 25. Februar eine Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband stattgefunden, die zum Abschluß eines Vertrages geführt hat, der den Kollegen eine Lohnerhöhung von 3  $\frac{1}{2}$  pro Stunde sowie einige andere Verbesserungen einbrachte. Die Unternehmer haben alle Gebel in Bewegung gesetzt, um die Kollegen von der Organisation zurückzuführen; genügt hat es ihnen aber nichts. Noch in der Verhandlung meinten die guten Leute, sie hätten nichts dagegen, wenn sich die Maurer und Bauhilfsarbeiter organisieren; aber warum denn gerade im Deutschen Bauarbeiterverband, es gebe doch noch andere Organisationen genug. Der Deutsche Bauarbeiterverband scheint den Herren schwer im Magen zu liegen. Die Madegaster Kollegen mögen sich das merken und unermüdet für den Ausbau der Organisation auf dem Posten sein, damit, wenn im Jahre 1913 der Vertrag sein Ende erreicht, der letzte der Kollegen in der Organisation ist und wir auch dann in vollem Maße den Unternehmern gerichtlich gegenüberstehen.

**Gau Nürnberg.**

In **Kulmbach** haben inzwischen die in Nr. 7 des „Grundstein“ angebotenen Unterhandlungen, mit der dortigen freien Vereinigung der Bau- und Maurermeister stattgefunden, wobei für unsere Kollegen ein nennenswerter Erfolg erzielt wurde. Es wurde ein Vertrag auf drei Jahre (bis 31. März 1915) vereinbart, worin die Löhne für Maurer und Bauhilfsarbeiter wie folgt fixiert sind. Der Lohn für Maurer beträgt gegenwärtig 40  $\frac{1}{2}$ , vom 1. April 1912 an 42  $\frac{1}{2}$ , vom 1. April 1913 an 45  $\frac{1}{2}$  und vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 48  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Der Lohn der Bauhilfsarbeiter beträgt zurzeit 28  $\frac{1}{2}$ , vom 1. April 1912 an 31  $\frac{1}{2}$ , vom 1. April 1913 an 34  $\frac{1}{2}$  und vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 38  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Der Lohn der Steinhauer beträgt zurzeit 40 bis 43  $\frac{1}{2}$  pro Stunde und steigt am 1. April 1912 auf 47  $\frac{1}{2}$ , am 1. April 1913 auf 50  $\frac{1}{2}$  und am 1. April 1914 auf 53  $\frac{1}{2}$ . Für Überstunden werden 5  $\frac{1}{2}$  für Nacht- und Mafferearbeiten 10  $\frac{1}{2}$  für Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen 20  $\frac{1}{2}$  und für Heberlandarbeit ohne Heberlandachten 6  $\frac{1}{2}$  pro Stunde Lohnzuschlag vergütet. Bei Heberlandarbeiten mit Heberlandachten bleibt der Zuschlag je nach den Verhältnissen der freien Vereinbarung vorbehalten. Für all diese Arbeiten sind bisher Zuschläge überhaupt nicht gewährt worden, so daß sich das Ganze, das ohne Kampf erreicht wurde, wohl sehen lassen kann. Offensichtlich werden dies auch unsere Kollegen anerkennen und ihre Organisation so festigen, daß sie das Erreichte auch wirklich einhalten können und nach Ablauf dieses ersten Vertrages ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern imstande sind; denn das nächste Mal muß auch eine Verfüzung der Arbeitszeit, die jetzt zehn Stunden beträgt, erreicht werden.

**Berichte.**

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Grundsteins. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Abwesenberänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.**

**Bielefeld.** (Zahresbericht.) Nachdem im Jahre 1910 durch Abschluß des Bezirksvertrages für Minden-Ravensberg die Arbeitsverhältnisse in den meisten Baustellen unseres Zweigvereins geregelt waren und wir mit den Unternehmern im allgemeinen in Frieden leben könnten, ist in erster Linie die Agitation betrieben worden. Unter den Gruppen der ungelerten Arbeiter waren es besonders die Erd- und Kanalarbeiter, die zum großen Teil noch nicht organisiert waren. In früheren Jahren war es schwieriger, diese Arbeiter zu organisieren, da es an Kollegen fehlte, die sich zu jeder Tageszeit auf die Baustellen begeben konnten, um mit diesen Kollegen über die Arbeitsverhältnisse reden zu können. Gerade die Erd- und Kanalarbeiter hätten sich schon längst bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen müssen, da es immer noch einzelne Unternehmer gibt, die diesen Arbeitern nicht einmal den Stundenlohn bezahlen, der für die Hilfsarbeiter im Hochbaugewerbe vertraglich festgelegt ist. Soweit die Stadt Bielefeld in Betracht kommt, waren hier die gelerten Arbeiter zu etwa 85 pzt. organisiert; auch mit den Hilfsarbeitern im Hochbaugewerbe war es nicht gerade schlecht bestellt. Wir richteten unser Augenmerk deshalb besonders auf die ländlichen Orte. Es ist nach unserer Meinung nicht richtig, wie es in früheren Jahren geschah, einzelne Orte bei der Agitation zu übergehen und nur die größten und meistverbreiteten Orte als Agitationsfeld auszuwählen. Dadurch fehlte die Verbindung in der Kette der Baustellen. Wir haben durch unsere Arbeit einige neue Baustellen geschaffen, die erste war Spenge-Wetteraner. Hier hatten die Christlichen seit einigen Jahren eine Baustelle. Eine Anzahl Kollegen war aber mit der christlichen Organisation und deren Leitung nicht zufrieden. Es sollte deshalb nicht allzuviel Mühe, diese Kollegen für unsern Verband zu gewinnen. Einige dortige Kollegen, die schon längere Zeit freigeorganisiert waren, aber zum Zweigverein-Winde gehörten, haben uns dabei rechtlich geholfen. Wir haben heute in Spenge-Wetteraner 35 Mitglieder. Dann wandten wir uns nach Hilsforth. Durch das tatkräftige Mitwirken zweier Mitglieder des Metallarbeiterverbandes haben wir es jetzt dort zu einer Mitgliederzahl von 31 Kollegen gebracht. Bei der dortigen Bevölkerung ist es sehr schwer, den Gehalten der Freiheit zu verbreiten. In Lage (Wippe), wo wir bis jetzt nur 13 Mitglieder für unsere Organisation gewinnen konnten, haben die Christlichen noch den größten Teil der Bauarbeiter in ihrer Organisation. Wir sind aber auch dort über den Anfang hinweg. Auch in Vorchholzhausen haben wir einige Kollegen gewonnen, ebenso in Veri. Ein Schmerzgenßind von dem älteren Baustellen ist immer noch Gütersloh. Die Mitgliederzahl ist dort seit 1910 nur wenig gestiegen. Selbst die Christlichen haben für Gütersloh schon viel aufgewandt, aber auch vergeblich. Es hat den Gütersloher Kollegen jedenfalls in den letzten Jahren nicht gepaßt, daß der Lohn durch die Organisation auf 51  $\frac{1}{2}$  und für 1912 auf 53  $\frac{1}{2}$  für gelerte Arbeiter gebracht worden ist, sonst hätten sie sich wohl schon wieder dem Verband angeschlossen. Bemerkenswert ist dabei, daß in Gütersloh wohl kaum ein Maurer sein dürfte, der nicht schon einmal der Organisation angehört hat, und ferner, daß der Lohn in den letzten fünf bis sechs Jahren um 13 bis 14  $\frac{1}{2}$  pro Stunde gestiegen ist. Den Stamm der ausgefakten Kollegen haben wir allerdings immer noch, und ihrem letzten Anhalten gegenüber den Angriffen der Unternehmer gebührt volle Anerkennung. Anders sieht es in Dellingshausen und Halle. Hier haben wir so ziemlich alle Kollegen organisiert. In Dellingshausen haben wir im Frühjahr auf drei Agitationstouren an den Sonntagen

die uns noch fernstehenden Kollegen in den Wohnungen aufgesucht. Diese Arbeit ist nicht umsonst gewesen. In Halle sind zwar bei den Unternehmern Grotendieck noch einige Kollegen dort hin organisiert, die haben sich aber erst einige Sommer dort hin „berlaufen“, als Grotendieck den Vertrag für Halle nicht anerkannte und deshalb die Halle-Kollegen bei ihm nicht arbeiteten. Die Baustelle Werther steht heute noch auf demselben Mitgliederstand wie 1910, jedoch sind einige Mitglieder von der christlichen Organisation aus uns übergetreten. Die meisten Mitglieder dieser Baustelle arbeiten aber in Bielefeld, und daher kommt es, daß diese auf den Baustellen in Werther keine Agitation betreiben können. Der größte Teil der einheimischen Maurer und Hilfsarbeiter von Werther ist christlich organisiert. Die Orte Dornberg, Steinbögen und Jollenbeck können wir noch nicht als Baustellen betrachten, da die dortigen Kollegen noch keinen Baustellenvorstand gewählt haben und den nächstliegenden Baustellen angeschlossen sind. Außer Bielefeld sind die ältesten Baustellen Schildesche und Bradewe. Beide Baustellen haben beträchtlich an Mitgliedern zugenommen, es dürften dort unter den Maurern und Hochbaufacharbeitern nicht mehr viel Unorganisierte zu finden sein. Von den 746 Neuaufgenahmten entfällt der größte Teil auf Bielefeld, Gadderbaum und Siefer, und zwar auf die ungelerten Arbeiter. Hier konnte die Agitation auf den Baustellen durch die angefallenen Kollegen besser überwacht werden, als in früheren Jahren. Wir haben in Bielefeld hauptsächlich darauf zu sehen, daß wir die Neugewonnenen halten. Aber auch dann, wenn nicht alle Kollegen der Organisation treu bleiben, ist die Arbeit nicht umsonst gewesen, denn bei einem abnormalen Eintritt in den Verband erinnern sich solche Kollegen, daß vor allem die Solidarität die Arbeiter-Erfolge erzielen läßt. Außerdem sind noch 83 Kollegen vom Metallarbeiterverband, 24 vom christlichen Bauarbeiterverband und 29 aus verschiedenen anderen Verbänden, insgesamt 106 Kollegen, zu uns übergetreten. Demnach sind 852 Kollegen eingetreten. — Eine erfolgreiche Lohnbewegung konnten wir in Halle durchführen. Es gelang uns dort, ohne Arbeitsniederlegung den Lohn um 6  $\frac{1}{2}$  stoffweise bis zum 1. April 1913 zu erhöhen. Desgleichen in Weiteraner um 2 bis 3  $\frac{1}{2}$ . Dieser Vertrag läuft bis zum 1. April 1912. Auch die Fliesenleger traten gemeinsam mit den Fernort Kollegen in eine Lohnbewegung ein. Die Arbeitsbedingungen wurden erhöht, desgleichen die Stundenlohn um 10  $\frac{1}{2}$ . Die Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis sind durch die maßgebenden Instanzen stets zur Friedlichkeit der Kollegen erledigt worden. Im allgemeinen haben sich auch beide Teile rechtlich Mühe gegeben, den Vertrag zu befolgen. Allerdings gibt es auch bei uns einzelne Unternehmer, die sich hartnäckig dem Vertrage widersetzen. Alle Streitigkeiten mit diesen Unternehmern sind zwar durch die Schlichtungskommission erledigt; da aber besonders der Unternehmer Walkenfort immer wieder neue Differenzen herbeiführt, so hat es den Anschein, als ob Walkenfort nur Freude daran empfindet, der Schlichtungskommission viel Arbeit zu bereiten. Wir haben deshalb dem Arbeitgeberverband den Antrag unterbreitet, Walkenfort den Gehalt des Verbandes zu entschließen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat uns mitgeteilt, daß über unsern Antrag in ihrer nächsten Versammlung beraten werden soll. Die Firma Otto Dittmar, Berlin, mußte durch Arbeits einstellen gezwungen werden, den hiesigen Vertrag anzuerkennen. Die Firma sielte hier in verschiedenen Straßen Kanalisationsarbeiten aus. Gegen vier unserer Kollegen wurde Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung erhoben. Obwohl sich die Staatsanwaltschaft alle erdenkliche Mühe gab, die Angeklagten in allen Punkten der Anklage zu überführen, mußten zwei freigesprochen werden und zwei erhielten je  $\mathcal{M}$  10 Geldstrafe. Diese Strafe steht in gar keinem Verhältnis zu den erheblichen Kosten, die die beiden verurteilten Kollegen nun noch tragen müssen. Gegen einen andern Kollegen wurde nach Anklage erhoben wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Das Verfahren schwebt noch. Eine gerichtliche Untersuchung wurde gegen etwa 30 Arbeiter in Hilsforth, die aus nicht erheblichen Gründen einmal an einem Tage die Arbeit eingestellt hatten, eingeleitet. Der Anlag dazu war, daß am selben Abend ein Arbeiter total entkräftet auf der Arbeitsstelle tot zusammenbrach. Der Staatsanwalt nahm nun wohl an, daß der Arbeiter eines gewalttätigen Todes gestorben sei. Unsere Kollegen konnte aber nichts nachgewiesen werden; im Gegenteil, die Untersuchungskommission hat festgestellt, daß der Arbeiter eines gewalttätigen Todes nicht gestorben ist. Gelegentlich bei von den Unternehmern erlassenen Arbeitsordnung suchten diese für sich Vorteile zu schaffen; Hierbei haben sie aber den Mißbrauch antreten müssen. Die Aufnahme einer Statistik über die Dauer der Zugehörigkeit der einzelnen Kollegen zur Organisation hat ergeben, daß auch unser Zweigverein noch einen kleinen Stamm Veteranen aus dem Jahre 1891 und den früheren beherbergt. Es sind dies zehn Kollegen, was hier gebührend hervorgehoben sei. Eine andere Statistik hat ergeben, daß auch wir noch eine kleine Zahl von Kollegen im Verband führen müssen, die gegnerische Zeitungen abonnieren. Dies muß ganz aufhören. Einen erfreulichen Fortschritt haben wir in der pünktlichen Beitragszahlung gemacht. Die Zahl der Beitragsrückständigen Kollegen ist mit jedem Quartal sehr zurückgegangen. Die Kassenverhältnisse sind dadurch auch gefördert worden. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug  $\mathcal{M}$  41 321,60, die Ausgabe  $\mathcal{M}$  12 240,67. Für die Lokalasse wurden eingenommen  $\mathcal{M}$  22 151,84, die Ausgabe betrug  $\mathcal{M}$  8845,29, so daß  $\mathcal{M}$  13 306,55 als Kassenbestand bleibt. Wollen wir nun am Schluß des Jahres 1912, am Vorabend der großen Kämpfe, gestützt sein, dann tue bis dahin noch jeder seine Pflicht; denn: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß!“

**Wochum.** (Zahresbericht.) Die Bautätigkeit hat sich im Vorjahre, soweit industrielle Anlagen in Betracht kommen, recht lebhaft gestaltet; in bezug auf die Errichtung von Wohnungen hat sie den geübten Erwartungen nicht überall entsprochen. In der Stadt Wochum wurde sie im zweiten Halbjahr durch die im Monat Juni in Kraft getretene Baupolizeibehörde, die für das Bauen wesentlich verstärkte Bestimmungen enthält und auf insoweit der

Kriegsbeute zur Zeit des Marokkoinflusses durch die ungünstige Gestaltung des Weltmarktes hinsichtlich der zu beschaffenden Kapitalien, beeinflusst. Auf Grund des neuen Wohnungsplanes ist die Stadt in Zonen eingeteilt und demgemäß eine bestimmte Bauweise vorgeschrieben. Weiter enthält die Verordnung Bestimmungen über Sockel-, Hochbau- und Gebrauchsabnahmen. Die fertiggestellten Hochbauten unterliegen einer vier- bis sechsmonatigen Trockenzeit. Es sind das alles neue Vorschriften, die in gesundheitlicher Beziehung nur zu begrüßen sind, vorübergehend wirken sie aber zunächst lähmend auf die Bautätigkeit ein. Nach der bereitgestellten Statistik des Wochener Bauamts ist die Zahl der erteilten Baugenehmigungen von 686 im Jahre 1910 auf 806 im Jahre 1911 gestiegen, aber die Zahl der erteilten Wohn- und Geschäftshausbauten ist in der gleichen Zeit von 253 auf 240 gesunken. Im Zweigereitsgebiet hat die Deutsch-Luzenburgerische Bergvertrags-Gesellschaft, deren Gebiet der Herr Stinnes ist, zehn Berganlagen. Außer der Bege-Bruchstraße in Langenbrunn liegen sie sämtlich alle aneinander und sind durch unterirdische Querschläge miteinander verbunden. Die Kohlenförderung, die früher auf jeder Schachtanlage erfolgte, wurde von Stinnes auf wenige Schächte reduziert. Auf diese Konzentrationenpunkte, wie es auch die Zechenanlage Pringsregent in Bochum ist, werden alle Nebenanlagen, wie Koksöfen, Brückfabriken, Gaseinrichtungen, Elektrizitätswerke usw. gruppiert. Seit fast zehn Jahren sind ununterbrochen allein auf der Anlage Pringsregent an 100 Bauarbeiter an den Um- und Neubauten tätig gewesen. Im letzten Jahre waren es noch mehr. Stinnes, dem die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn ebenfalls gehört, hat deren Elektrizitätswerke stillgelegt, sie wird jetzt mit Strom von dem Werk der Anlage Pringsregent versorgt. Die Gesehungsstellen sind hier niedriger, und da beide Werke einer Gesellschaft gehören, wird der Profit um soviel größer. Eine ungeheurer Fülle von Macht ist hier in einer Hand vereinigt. Neben diesen Nebenanlagen haben die Bergwerks-Gesellschaften Kohlenminen in Grotte, Constantin der Große in Riemke und Dahlbauer Tiefbau in Dahlhausen, neue Schächte anlegen lassen, die den Bauarbeitern Arbeitsgelegenheit brachten. Auch die industriellen Anlagen, der Bochumer Verein, die Weisfährischen Stahlwerke in Weimar und die Henrichshütte in Hattingen haben Neuanlagen erteilen lassen, die teilweise noch im Bau begriffen sind. Von öffentlichen Bauten sind einige Schulbauten, die Krankenhausbauten in Bochum und Hattingen und das im Herbst begonnene Elektrizitätswerk der Städte Bochum und Warten, das in Hattingen errichtet wird, zu erwähnen. Die Bautätigkeit in diesem Jahre wird sich voraussichtlich weiter in aufsteigender Linie bewegen. Die Gabeln führen ihre Bauarbeiten fast ausnahmslos in eigener Regie aus. Es ist leider bisher noch nicht gelungen, hier für die Bauarbeiter geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen, die Organisation ist dafür noch zu schwach vertreten, und solange das große Kontingent der auf den Werken Beschäftigten, die Hüttenarbeiter, sich noch willenslos ausbeuten lassen, wird es den Bauarbeitern allein nicht möglich sein, hier den Tarifverträgen Geltung zu verschaffen. Trotz alledem gelang es, für die auf der Bege-Dammener Baue in Laer, die auch zu dem Stinnes'schen Konzern gehören, den Schichtlohn um 50 %, von 11,50 auf 17,50 zu erhöhen. Andere Lohnbewegungen von Bedeutung hatte der Zweigverein im Berichtsjahre nicht. — Die erfolgte Verschmelzung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter, die für das Zwickauergebiet mehr als sonstwo im Reich eine Notwendigkeit war, zeitigte in der Agitation gute Erfolge. Aufgenommen wurden 1096 Kollegen, darunter waren 41 Nebenvereine vom Zentrumverband. Dazu kamen 320 Anmeldungen. Das ist insgesamt ein Zugang von 1916 Mitgliedern. Abgemeldet haben sich 1488, ausgetreten sind 75, ausgeschieden wurden 4, gestorben sind 4, zum Militär eingezogen wurden 44, gestrichen 187, in Summe 1802. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl des Zweigvereins 1074. Die Fluktuation ist also noch sehr groß, und es wird alles daraneztzt werden müssen, damit die Aufgenommenen auch als ständige Mitglieder gehalten werden. — Im Berichtsjahr wurde eine Sektion der Zwickauer und Steinbühler gegründet. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Berufsgruppen sind sehr verbesserungsbedürftig. Dossentlich kommen bei der jetzt eingeleiteten Bewegung für die Zwickauer des hiesigen Bezirks ansehnliche Erfolge heraus. Die Kollegen dieser Gruppe werden allerdings eifriger agitierten müssen, damit ihnen Erzeugnisse nicht wieder verloren geht. Im ganzen Zweigverein fanden im vergangenen Jahre eine Generalversammlung, 127 Mitglieder-Vertretungen, sowie zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten 26 Vorstandssitzungen statt. Der Besuch der Versammlungen ließ manches zu wünschen übrig. Zur Erledigung von Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage, der Regelung der Randgeldfrage usw. fanden sieben Schlichtungskommissionssitzungen statt. Zur Abklärung eines Tarifkonflikts für die Steinträger kam es noch nicht. — Für die Stuhlflasse wurden 128 657,45 vereinbart, davon erhielt sich in bar 21.122,88. Die Sozialflasse hatte, einschließlich des Kassenbestandes von 6341,59 vom Vorjahr, eine Einnahme von 18.803,56. Die Ausgabe betrug 11.002,42, der verbliebene Kassenbestand am Jahreschluss 17806,14. — Auf dem Gebiete des Bauarbeiterstreikes ist im Vorjahre eine Besserung nicht eingetreten. Im Stadtgebiet ereigneten sich 48 Unfälle, davon waren sechs tödlich. Im Jahre 1910 wurden 36 Unfälle mit zwei tödlich Belegten, gesamt. Sinzu kommen für 1911 noch elf Unfälle, darunter zwei mit tödlich Belegten aus dem Landkreis Bochum und dem Kreise Hattingen. Die Zahl der Unfälle ist wiederum gewaltig gestiegen. Dieses traurige Kapitel rechtfertigt wohl noch einige Ausführungen. Für den Landkreis Bochum ist eine neue Baupolizeiordnung erlassen worden. Die ministerielle Bestimmungen für Baupolizeiordnungen vom 19. August 1911 sind hier wörtlich übernommen worden. Für den ebenso industriellen Kreis Hattingen besteht überhaupt noch keine Verordnung. In der oben erwähnten Bochumer Baupolizeiordnung haben die Bauarbeiterbeschwerden eine Berücksichtigung nicht erfahren. Statt besserer, sind sie noch verschlechtert worden. Während früher die Dichtung der Winterbauten am 15. November zu erfolgen hatte, ist in der neuen Verordnung dafür der 15. Dezember vorgezogen. Die Vertreter der Bauarbeitervereine waren von der Neubesetzung der Verordnung unterrichtet. Nach dem Eingangsamt Meises-

haben sie dieserhalb mit dem Stadtbaurat Snippinging konferiert. Die freien Gewerkschaften haben sie davon nichts wissen lassen. Sie wollten jedenfalls ihre Erfolge allein auf ihr Konto buchen. Erreicht haben sie nichts. Es ist bezeichnend für ihr verärrertes Treiben, daß der Bezirksleiter Penzlin in einer Versammlung im Herbst 1910, die sich mit dem mangelhaften Bauarbeiterlohn in der Großstadt beschäftigte, den Vorschlag machte, man solle mit ihnen in dieser Angelegenheit gemeinsam vorgehen. Ein halbes Jahr später, als die Verordnung bearbeitet wurde, woben sie wußten, gingen sie allein zum Stadtrat und verhandelten mit ihm. Nachdem sie erfahren mußten, daß sie nichts erreichen konnten und nachdem sie ebenfalls eine Reihe Mißstände auf den Bauten festgestellt hatten, machten sie, wie das von A. Weise schon im Oktober 1911 geschehen ist, wieder den Vorschlag, gemeinsam vorzugehen und dieserhalb eine Petition an den Magistrat einzureichen. Die Komödie ging von neuem los, als die freien Gewerkschaften diesen Vorschlag ablehnten. Sie erzielten auf die diesbezügliche Mitteilung sowie eine drei Wochen später erfolgte nochmalige Anfrage überhaupt keine Antwort. Das ist echte Zeitumschiffung. Es war nur Komödie, eitel Fiktion, um ihren Mitgliedern. Sand in die Augen streuen zu können, wenn sie ein gemeinsames Vorgehen in Vorschlag brachten. Für den Bauarbeiterlohn haben jene nie ernstlich etwas unternommen, und jetzt, wo sie sich bei den Reichstagswahlen um so enger mit dem Zentrum, dem Hort der Reaktion, verbunden haben, wo sie alles getan haben, um dem von der Schamnamen aufgestellten Streikbrecher zu einem Reichstagsmandat zu verhelfen, was ihnen ja durch Zuschußnahme dreier Kotsaufen glücklicherweise gelungen ist, können sie erst recht nicht gegen dasselbe Kapital, das sie eben unterstützen, zu Felde ziehen. Für den Bauarbeiterlohn eintreten, heißt mehr als anderswo rücksichtslos den Kampf führen. Kämpfen wollen sie, aber möglichst aus dem Wege gehen, wie das ja auch der christliche Gewerbeverein der Bergarbeiter jetzt wieder tut. Die immer größer werdende Zahl der Unfälle, deren Leiden christlich Organisierte genau so wie andere zu tragen haben, werden jene aber zwingen, von ihrer Komödie abzulassen. Für die Mitglieder unseres Verbandes ergibt sich aus dieser Situation um so mehr die Notwendigkeit, alle ihre Kräfte in den Dienst der Bewegung zu stellen. Unser Verband muß im laufenden Jahre nach innen und außen so gerüstet werden, daß wir allen kommenden Kämpfen gegenüber gerüstet dastehen.

**Breslau. (Jahresbericht.)** In den letzten beiden Monaten des Jahres 1910 hatten wir zwar über empfindliche Arbeitslosigkeit zu klagen, um so günstiger war aber die Lage des Arbeitsmarktes für uns zu Beginn des Jahres 1911. Ganze Straßenzüge wurden in Angriff genommen und in kurzer Zeit ausgebaut. Die Bauwelt, die ja immer den Keim der Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit in sich trägt, kam im ersten Halbjahr voll zum Ausdruck. Die Folge davon war ein starker Zugang von Arbeitskräften, besonders von Maurern, die eine sehr gesuchte Ware bildeten. Dieser Umstand in Verbindung mit der zu Beginn des Jahres vorausgegangenen Verschmelzung der Maurer und Hilfsarbeiter macht es erklärlich, daß auch unser Zweigverein an Mitgliedern bedeutend zunahm. Bei der Verschmelzung ließen sich aus den beiden Verbänden 2425 Mitglieder überschreiben. Diese Zahl steigt bis zum Schluss des ersten Quartals auf 2643, des zweiten Quartals auf 3000, des dritten Quartals auf 3376, fast aber bis zum Schluss des vierten Quartals auf 3270. Nach der Verschmelzung des Sierfaturverbandes, dem hier 115 Mitglieder angehörten, zählt der Zweigverein 3365 Mitglieder. Dieser Erfolg ist zum großen Teil der durch die Verschmelzung ermöglichten einheitlichen Agitation zu verdanken, in der Hauptache aber der günstigen Arbeitsgelegenheit, ohne die man uns jede Agitation erschwerte, zum Teil sogar unmöglich macht. Ein großer Teil unserer Kollegen hat zu diesem Erfolge beigetragen, indem er durch sachliche Diskussionen in der Bauwelt Aufklärung unter die indifferenten Masse brachte und auch sonst in jeder Beziehung seiner Pflicht, die ihm die Organisation auferlegt, nachkam. Ein anderer Teil hat dies jedoch versäumt und nichts getan. Wir haben am Schlusse des vierten Quartals 380 Kollegen wegen Schulden streichen müssen. Wäre so etwa möglich, wenn in jeder Baubau eine Delegation wäre, der die Buchhaltung kontrollieren könnte, so wäre dies ein großer Gewinn. Diese Nachlässigkeiten haben die erfolgreiche Arbeit für manches braven Kollegen zunichte gemacht, da durch ihre Nachlässigkeit so mancher Neueingetretene zum Schuldner wurde. Es gibt in den Großstädten wohl nicht viele Maurer und Bauhilfsarbeiter außer dem jungen Nachwuchs, die nicht schon einmal Mitglied der Organisation waren. Diese sind doch zweitemal viel schwerer zu holen; bei uns waren es von 1845 Neueingetretene im vorigen Jahre 482, die schon einmal Mitglied waren. Diesen Zustand zu beenden, muß eine unserer vornehmsten Aufgaben sein. Unsere Organisation muß sich aus kampfbereiten Mitgliedern zusammensetzen, die den Kampf, der sich täglich bietet, zu führen verstehen. Die Ueberzeugung, daß wir, alle Menschen gleich geboren, die gleichen Ansprüche ans Leben stellen dürfen, wird uns die Kraft geben, den Kampf um unsere Menschheit siegreich durchzuführen. Leider gibt es auch einen Teil Arbeiter, die die Organisation als reine Geschäftsfrage betrachten. Wo die Unternehmungsverbindungen am meisten ausgebaut sind, dort organisieren sie sich. Bei einer von uns vorgekommenen Baueinrichtung trafen wir 84 Kollegen an, die im Transporthilfsverband organisiert waren, 42 gehörten dem Fabrikarbeiterverband und 17 dem Metallarbeiterverband an. In diesen Verbänden gibt es nämlich Arbeitslohn- und andere Unternehmungen, die bei uns noch nicht eingeführt sind. Diese Leute zahlen ihre Beiträge, um in gegebenen Fälle von den hier genannten Organisationen die Unterbringung herauszuholen, was unseren Mitgliedern nicht möglich ist. Zur Führung des Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baubereich, von dem sie denselben Nutzen ziehen wie jedes unserer Mitglieder, zahlen sie keinen Pfennig. Leider fehlt der Ortsverwaltung des Transporthilfsverbandes und auch des Fabrikarbeiterverbandes die nötige Einsicht und der gute Wille, diesen Zugang zu beenden. Eine rühmliche Ausnahme macht die Ortsverwaltung der Metallarbeiter. Nun, wir hoffen, auch mit diesem Uebel aufkommen zu können, selbst auf die Gefahr hin, daß die Art, wie wir das

tun, den davon Betroffenen nicht gefallen sollte. Solche Zerplitterungen betreffen die Uneinigkeit in den eigenen Reihen, und diese ist für die Arbeiterbewegung weit gefährlicher, als das rücksichtslose Unternehmertum. Von den Lohnbewegungen sei zunächst die der Hüttenarbeiter angeführt. Die Hüttenarbeiter erzielten, ohne daß es zu einem Kampfe kam, eine Stundenlohnzulage von 5 %, verteilt auf drei Jahre, und eine Erhöhung der Monatslöhne um 7 %. Der Vertrag läuft bis zum 1. September 1914. Auch den Hüttern ist es gelungen, endlich mit den Unternehmern zu einem Vertrage zu kommen. Dieser trat am 28. April in Kraft und endet mit unserm Hauptvertrage. Wenn auch dieser Tarif noch recht lächerlich ist und nicht das gebracht hat, was die Kollegen erwarteten, so ist doch damit ein großer Schritt vorwärts getan. Der unvermeidbare Vorteil, den der Tarif gebracht hat, besteht darin, daß für die Preise für Roharbeiten eine Orenge nach unten gesetzt ist. Bisher war es üblich, daß die Unternehmer ihre Roharbeiten mit den Hüttern zu Bauhilfspreisen vereinbarten. Mit dieser Methode konnte man so leicht auskommen, ja lange die vorhandenen Arbeitskräfte der vorhandenen Arbeit halsweide entkräften. Als aber die Zahl der überschüssigen Arbeiter größer wurde und die plötsliche Umwälzung in der Architektur dazu kam, wodurch die Festbautenarbeit zum Teil nur noch die Hälfte der früher erforderlichen Zeit in Anspruch nahm, wurde der Arbeitsmarkt im Rohbereich mit einem Schläge überfüllt. Jetzt ging die Gehaltslos. Jeder schaute nach einem Stück Arbeit und bot sich dem Unternehmer zu einem Spottpreise an. Aber hinter ihm kamen wieder andere, die sich noch billiger anboten. Diesem Anflug wäre nun ein Ziel gesetzt, wenn die Hüttern den Tarif innehalten würden, da dieser bestimmt, wieviel für den Quadratmeter gezahlt wird. Doch einem Teile ist die langgeübte Praxis derart zur Gewohnheit geworden, daß er davon nicht ablassen kann. Eine Verarmungsmaßnahme soll bei jeder Arbeit ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen werden, der dem Zweigvereinsvorstande vorgelegt werden soll. Da sich aber ein Teil der Unternehmer nicht ohne weiteres dazu versteht, einigen sich einige Kollegen mit diesen Unternehmern dahin, daß sie zwar im Schein einen schriftlichen Vertrag vorseigen, in Wirklichkeit aber mit den Unternehmern andere Vereinbarungen treffen. Gegenwärtig sind das zwar nur vereinzelte Fälle; um aber nicht eine vollständige Anarchie einzusetzen zu lassen, sehen wir uns in Zukunft zu den härtesten Maßnahmen gezwungen. Es ist geradezu befremdend, wenn man von einem so alten Zweigverein, wie der unferige, etwas Derartiges berichten muß. Da sich aber ein solch fählicher Zustand nicht wegdenken läßt, sondern da alle Kollegen zu diesem Beseitigung beitragen müssen, muß er auch offen gezeit werden. Wir glauben bestimmt, im nächsten Jahre in diesem Punkte ein entscheidendes Bild zeichnen zu können. — Eine weitere Lohnbewegung war die der Zwickauer. Diese hatten im Jahre 1909 einen unglücklichen Streit geführt und mußten sich eine Lohnreduzierung von 5 % pro Stunde gefallen lassen. Sie glaubten nun, in diesem Jahre das Verlorene zurück- und noch etwas mehr hinzuzulohnen zu können. Kurz entschlossen reichten sie am 8. September ihre Forderungen ein. Da sich die einzelnen Zwickauer in der letzten Zeit zu einem Verbände zusammengeschlossen hatten, wurden unsere Forderungen dem Verbandsvorstande der Zwickauer mit Bescheinigung, deren Inhalt dem Sinne nach zu einem Teile der verhängten Zwickauerzulage, zum anderen Teile den preussischen Kriegskartellen entnommen ist. Damit war an ein Verhandeln nicht zu denken. Am 19. September traten die Zwickauer in den Streik, der bis zum 13. Januar dauerte und vorläufig durch eine provisorische Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Verbandsleitungen, beendet wurde. Unsere Zwickauer sind in sich gut organisiert, haben aber infolgedessen einen schweren Stand, als es in den weiter Gefunden Berücksichtigung eine recht große Zahl unorganisierten Zwickauer gibt, die unsern Kollegen bei jeder Gelegenheit in den Rücken fallen. Aber auch die Zwickauer haben sich während unseres letzten Kampfes einen besonderen Ruf als Kampfbereite des Unternehmertums erworben. In diesen beiden Gebieten bleibt für die Zwickauer in bezug auf Organisation noch viel zu tun übrig. In Mitteldeutschland gezogen wurden wir noch durch den Tarifkonflikt, der am 12. Juni begann und am 14. Oktober endete. Direkt am Streit beteiligt waren neben 2 Nebenvereinen; es wurden jedoch noch weitere 15 Kollegen genannt, die sie die ihnen von den Unternehmern zugewandte Streikarbeit nicht verrichteten. Durch den Streikverbot wurden nur zwei unserer Kollegen in Mitteldeutschland gezogen, doch hatte dieser Streik für unsere Hilfsarbeiter infolgedessen unangenehme Folgen, als die sonst im Streikverbot beschäftigten Hilfsarbeiter während des Streiks an den Bauten Beschäftigung suchten und auch fanden. Das hatte zur Folge, daß bis in den Hochsommer hinein durchschnittlich 50 unserer Kollegen arbeitslos waren. In 17 Fällen mußten sich unsere Kollegen durch Baupersonen gegen die Uebergriffe einzelner Unternehmer wehren, in weiteren 2 Fällen wurden wir durch Sperren der Zimmerer in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahl der beteiligten Kollegen betrug 244, außerdem wurden noch 22 Kollegen bei 9 Unternehmern gemeldet. Nachschickung erzielten 36 Kollegen, Inhaftierung unterdrückung 4 Kollegen. Im Laufe des Jahres wurden 10 Kollegen in unserm Zweigverein 69 Versammlungen statt. Außerdem hatten wir 15 Baueinrichtungen, 2 Baueinrichtungen, 25 Vorstandssitzungen, 12 Sitzungen mit den Unternehmern und 2 Sitzungen mit den Hausbauern. Die Mitgliederbewegung zeigt folgendes Bild: Von eingetreten sind 1315 Mitglieder, davon waren schon früher einmal Mitglieder 482, zugerechnet sind 237, abgetreten 287, ausgeschieden 5, neugeworben 20, zum Militär eingezogen 70, wegen nichtstündiger Beiträge gestrichen 359. Bis zum Jahreschluss hatten 2625 Kollegen ihre Beiträge voll entrichtet, die übrigen Kollegen sind infolge ihrer unglücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse noch mit einigen Beiträgen im Rückstande geblieben. Auch die Kassenverhältnisse zeigen ein zufriedenstellendes Bild. Die Hauptflasse hatte eine Gesamtsumme von 11.029,43, Streikunterstützung 11.492,50, Streikunterstützung 11.502,48, Nebenunterstützung 11.20, Nachschickung 11.628,82, Inhaftierungunterstützung 11.12, Gemischteunterstützung 11.130, an Prozenten der Sozialflasse

überwies *M* 18 224,91, an die Hauptkasse gesandt *M* 59 746,89, zusammen *M* 92 117,05. Die Kassa hatte eine Nettoeinnahme von *M* 29 873,52, hinzu kommt der Kassenbestand vom Maurerverband mit *M* 13 341,63, vom Bauhilfsarbeiterverband *M* 1605,77, so daß die Gesamteinnahme *M* 44 820,92 beträgt. Dem gegenüber steht eine Ausgabe von *M* 83 192,45, bleibt ein Kassenbestand von *M* 11 628,47. Außer diesem Kassenbestande sind *M* 7000 vom Maurerverband und *M* 2000 vom Stukkateurerverband beim Geschäftsfiskus angelegt.

**Wieg.** (Jahresbericht.) In unserer Jahresgeneralversammlung am 14. Januar gab der Kassierer zunächst die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Einnahme der Hauptkasse betrug *M* 1940,25. Diese Summe ist an die Hauptkasse abgeandt worden. Die Einnahme der Kassa betrug *M* 2630,88, die Ausgabe *M* 636,04, der Kassenbestand *M* 1994,84. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Er bezieht sich die Verschmelzung als ein gutes Ereignis. Wir gewannen im verflossenen Jahre 300 neue Mitglieder, wir nur auf die Verschmelzung und das vereinte Zusammenarbeiten beider Berufsgruppen zurückzuführen ist. Von den 300 neuen Mitgliedern waren 41 schon früher einmal im Verbande. Als zugerechnet angerechnet haben sich zwölf Kollegen. Leider ist die Mitgliederzahl am Ende des Jahres wieder stark zurückgegangen. Wegen Nordzige abgemeldet haben sich 16 Kollegen, ausgetreten sind 29, in andere Verbände übergetreten 14, gestorben 11, zum Militär eingezogen 10 und wegen rufmädiger Verträge getrennt wurden 138 Kollegen. Die höchste Mitgliederzahl betrug im vergangenen Jahre 682, am Schluß des vierten Quartals waren es noch 451. Wir hatten also einen Rückgang von 201 Mitgliedern. Vier Mitglieder sind mit ihren Beiträgen von einer bis sechs Wochen im Rückstand. Im Berichtsjahre haben stattgefunden 13 Mitgliederveranstaltungen, 6 Vorstandssitzungen, 4 Revisionen des Kassierers. In die Hauptkasse abgeandt wurden *M* 4982,67. Der Vorsitzende erläuterte dann das Baudelegiertensystem und schilderte den Kollegen dessen großen Wert. Er hob die Schuld an dem Mitgliederrückgang darauf, daß dieses System nicht genügend ausgebaut war und legte der Versammlung ans Herz, in diesem Jahr hinein eine Besserung eintreten zu lassen. Überhaupt müsse alles getan werden, um die Mangelhaftigkeit zu beseitigen und zu einer völlig gesunden und starken Organisation zu kommen. Also, Kollegen, rufen wir uns alle so gut wir können, wir haben wahrhaftig wieder einen schweren Kampf vor uns, bei dem wir wissen, Mann für Mann auf dem Posten sein zu müssen, wenn wir als Sieger daraus hervorgehen wollen!

**Bautzude.** (Jahresbericht.) Am 13. Februar gab der Kassierer in unserer Generalversammlung die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 102. Von ihnen sind 82 Maurer und 20 Hilfsarbeiter. Bei der Verschmelzung hatten wir 25 Mitglieder (nur Maurer), so daß wir einen Zuwachs von 77 Mitgliedern haben. Die Kassa hatte eine Einnahme von *M* 1030,44 und eine Ausgabe von *M* 496, somit bleibt ein Bestand von *M* 534,44. Nachdem die Revisionen die Abrechnung für richtig befunden hatten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Kobaden gab den Jahresbericht. Er führte an, daß die Lohnbewegung, die hier im Frühjahr geführt wurde, zur Zufriedenheit der Kollegen ausfiel. Die Bautätigkeit war im Berichtsjahre gegen die vorhergehenden Jahre etwas besser. Auch für dieses Jahr ist eine gute Konjunktur zu erwarten. Die Beitragszahlung war im großen und ganzen gut. Am Schluß des Jahres waren drei Kollegen im Rückstand. Dies wurde vermieden, wenn die Bücherkontrolle auf den Bauten etwas schärfer durchgeführt würde. Es fanden 18 Versammlungen und 10 Sitzungen statt. Der Veranlassungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig. Wenn auch unser Zweigereinsgebiet sehr groß und mancher Ort sehr abgelegen ist, müssen es sich die Kollegen doch zur Pflicht machen, die Versammlungen besser zu besuchen, um mehr Einblick in unsere Verhältnisse zu gewinnen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, mit dem Vorstand vereint auch in diesem Jahre an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten, damit im Jahre 1913 die Bauarbeiterchaft wieder den Sieg davontrage!

**Ghemmitz.** (Jahresbericht.) Ein Jahr recht reger Tätigkeit liegt hinter uns, und wenn es auch noch manche Dinge gibt, die eine volle Zufriedenheit mit dem Erreichten nicht aufkommen lassen, so kann man doch, wenn man einen Vergleich mit früheren Jahren zieht, mit Genugtuung auf die Ergebnisse von 1911 zurücksehen. Die Bautätigkeit war außerordentlich reger. Wenn die große Industriestadt unter dem Ansporn einer besser prosperierenden Wirtschaftsepocher ihren Atem schneller gehen läßt, dann hat auch der Bauarbeiter Arbeit. Aber mit der Arbeit allein ist es nicht getan, die Arbeit muß auch gut entlohnt sein, um gut leben zu können, und sie muß sich in Grenzen bewegen, die eine ausreichende Wiederherstellung verbrauchter Arbeitsenergie gestatten. Wenn man den durch eine größere Arbeitsintensität gesteigerten Verbrauch der Arbeitskraft und in den letzten Jahren ganz enorm verteuerten Lebensmittel in Vergleich setzt und wenn man die für eine solche große Stadt doch recht lange Arbeitszeit in Betracht zieht, so muß gesagt werden, daß wir, selbst im Verhältnis zu unsern Berufscollegen in ähnlichen Orten wie Chemnitz, eine recht schlechte wirtschaftliche Position einnehmen. Die Sünden der Väter rächen sich an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied. Dieses alte Wort hat leider für den Chemnitzer Bauarbeiter seine volle Geltung. Die größten Anstrengungen, die von unserm Verbandskollegen gemacht wurden und noch gemacht werden, konnten nicht wieder gut machen, was früher versäumt wurde. Wir unterliegen eben heute mächtigeren wirtschaftlichen Mächten, als das wir allein, d. h. ohne andere Gebiete in Mitteleuropa zu ziehen, in der Lage wären, für Chemnitz Arbeitsbedingungen zu schaffen, die denen in jenen Orten gleichstehen, wo unsere Kollegen schon ganzjährig und mehr Jahre an der Gehung ihrer Lage gearbeitet haben. Die Erkenntnis dieser Tatsache wird uns aber nicht nutzlos finden, sondern sie wird als Ansporn wirken, alle Kraft

zusammenzufassen, um, wenn auch auf schwereren Wegen und unter ungünstigeren Verhältnissen, Stück um Stück von dem zu erobern, was uns not tut. Daß unsere Kollegen geneigt sind, unter Aufsicht aller Kraft für sich und die Organisation zu schaffen, geht schon aus der Mitgliederbewegung und der inneren Tätigkeit unseres Zweigereins hervor. — Ein erfreuliches Zeichen in unserm Zweigereins ist die Annahme der so überaus starken Fluktuation, einer Erscheinung, die für nicht mit den Verhältnissen vertrauten schwer unerklärlich ist. Die geographische Lage von Chemnitz, die Nähe der österrösischen Grenze und die ganze wirtschaftliche Struktur des Erzgebirges mit dem Doppelpol unserer Mitglieder (im Sommer Maurer oder Bauhilfsarbeiter, im Winter Weber, Wirker, Stricker), bedingte schon an und für sich einen starken Wechsel. Dazu kam, daß bis vor fünf oder sechs Jahren fast gar keine oder doch verhältnismäßig wenig Bauarbeiter in der Stadt anständig waren. Mit der industriellen Entwicklung der Fränkischen Gebiete unserer Bauarbeiterchaft und mit der Schaffung von stabilen Wohn- und Arbeitsbedingungen in der Stadt betamen wir eine selbständige Arbeiterchaft in unserm Berufe und mit ihr den Kern einer Organisation, der jederzeit in der Lage ist, die indifferenten oder lauen zureichenden Elemente im Raum zu halten und die alten, glücklicherweise überwindlichen anarchischen Zustände nicht wieder aufkommen zu lassen. Außerdem hat sich auch die Organisation auf die meisten Orte des sächsischen und böhmischen Erzgebirges ausgedehnt, was uns wiederum die organisatorische Tätigkeit befeuert erleichterte. Wenn nun trotzdem noch ein großes Schwanken in den Mitgliederzahlen zu verzeichnen ist, so ist dies eben der Eigenart der Chemnitzer Verhältnisse begründet, und es wird auch noch lange Jahre dauern, bis dieses Schwanken auf ein verhältnismäßig kleines Maß zurückgeführt ist. Einige Zahlen sollen die Mitgliederbewegung im Zweigereins illustrieren: In den Bauarbeiterverband traten über 1917 Maurer, 1520 Bauhilfsarbeiter, 16 Zollierer. Im Laufe des Jahres traten 1040 Maurer und 203 Hilfsarbeiter zu. Neuaufnahmen hatten wir: 701 Maurer, 1672 Hilfsarbeiter und 2 Zollierer; aus anderen Verbänden traten 157 über, zusammen 7228 Mitglieder. Der Abgang an Mitgliedern betrug: an Abgerechneten 3644, an Ausgetretenen 21, zu andern Verbänden Übergetretenen 110, gestorben sind 25, zum Militär eingezogen 34, wegen Vertragsauflösung gestrichen 80, zusammen 3911. So verbleibt am Jahresschlusse ein Mitgliederbestand von 3317. Die Durchschnittsmittelgliederzahl im verflossenen Jahre betrug 4200, die Höchstzahl 5188. Unter den am Jahresschlusse vorhandenen Mitgliedern befanden sich 1095 Desterreicher, 18 Italiener und 8 Angehörige anderer Nationen, insgesamt 1121 oder 33 pEt. Ausländer. Im Sommer und Herbst sind über die Hälfte aller Mitglieder Ausländer. Im Hochbau sind alle Beschäftigten bis auf wenige Ausnahmen Mitglieder unseres Verbandes; nur die christlichen Facharbeiter haben noch fünf Männchen am Orte; 17 ihrer ehemaligen Kollegen traten im Laufe des Jahres zur unserer Organisation über, und wir hoffen, daß das laufende Jahr an Schluß nur noch den Deutschen Bauarbeiterverband in den Mauern von Chemnitz sieht. Auch mit der Beitragszahlung können wir im letzten Jahre zufrieden sein, nur ein kleiner Bruchteil der Mitglieder hatte am Jahresschlusse Beitragsrückstände; doch soll bei tüchtiger Arbeit in diesem Jahre auch diese Zahl der Restanten bis auf geringe Ausnahmefälle beseitigt werden. — Die kommende Bauzeit wird aller Voraussicht nach wieder sehr gut werden und unserm Zweigereins eine Menge Arbeit bringen. Viele neue Mitglieder müssen der Organisation gewonnen werden. Besonders gilt es, das Augenmerk auch auf die im Tiefbau beschäftigten Arbeiter zu richten. Unter den Erdarbeitern haben wir noch ein großes Arbeitsfeld, hier können noch weit über 1000 neue Streiter gewonnen werden; gilt es doch, auch diesen armen, der Dampfheizung mittels der Organisation ein auskömmlicheres Dasein zu schaffen. Wenn der Frost und der Schnee gewichen, wird man die Organisation dort an der Arbeit finden.

Im vergangenen Jahre wurden Bewegungen geführt von den Erdarbeitern, die zum Abschluß eines Tarifvertrages führten. Erreicht wurde die zehnstündige Arbeitszeit und eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 3 3/4 pro Stunde. Der Tarifabschluß galt als ein Probierstein, es erzeigte sein Ende am Jahresschlusse. Bei Aufbietung aller Kraft wird es in diesem Jahre möglich sein, auch für die Erdarbeiter Arbeitsbedingungen zu schaffen, die denen der Hochbauhilfsarbeiter entsprechen. Der von den Zollierern im Herbst eingeleitete Kampf führte zum Abschluß eines neuen Vertrages; nur bei einer Firma war eine Arbeitsneubewertung notwendig, die nach achtstündiger Arbeitszeit mit dem Siege der Arbeiter endete. Eine Firma erkannte den Tarif nicht an; hier konnte auch nichts unternommen werden, weil bei ihr nur Unorganisierte beschäftigt sind. Auch für die Mörkel- und Steinkörper wurde eine Regelung der Stunden- und Akkordlohnfrage erreicht. In der Bahnhöfe Neulichen kam es zu einem Streik, weil sich die Unternehmer weigerten, ein Vertragsverhältnis mit den Bauarbeitern einzugehen. Nach zweiseitiger Arbeitszeit wurde ein Tarif auf Grundlage der Chemnitzer Vertragsbedingungen abgeschlossen mit 5 3/4 niederen Lohnsätzen für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter; ähnlich sind die Bedingungen für Stein- und Mörkelträger. — Trotzdem wir in einem Friedensjahre leben, hatten wir auch im Hochbau eine recht große Zahl Differenzen zu erleiden. Insgesamt lagen 468 Streikfälle vor. Davon entfielen auf den Hochbau 273, den Tiefbau 87, den Betonbau 78, die Kunstfieberbranche 26, die Zollierbranche 1 und auf die Friesenleger 3. Auf einem Bau (städtisches Elektrizitätswerk) mußte allein neunundzwanzigmal eingegriffen werden. 380 Fälle wurden entweder sofort oder nach Interpellation bei dem Unternehmerverband erledigt. 33 Fälle regelte das Gewerbegericht, 21 die Baupolizei, 10 hatten keinen Erfolg und in 9 Fällen wurde die Arbeit eingestellt. Zu einem größeren Konflikt hätte sich die Frage des Arbeitsnachweises entwickeln können. Den Unternehmern fiel es nämlich ein, nur noch Arbeiter durch ihren Arbeitsnachweis zu beziehen, ein Akt, der unsere Organisation zu Gegenmaßnahmen zwang. Der Nachweis wurde gesperrt und die Unternehmer riefen die Schlichtungskommission an, weil angeblich ein Vertragsbruch seitens der Arbeiter vorläge. Erst vor der zweiten

Instand der Schlichtungskommission konnte eine vorläufige Einseitigkeit getroffen werden, die zur Einstellung der Arbeit führte. Das Zentralschiedsgericht entschied den Fall dahin, daß von Seiten der Arbeiter bei der Weigerung gegen den Arbeitsnachweis kein Vertragsbruch vorliege; im übrigen vermieß diese Instanz auf ihre Entscheidung Nr. 137. — Die Akkordarbeit ist leider noch ein Schmerzpunkt im Zweigereins, und hier ist noch viel Arbeit notwendig. Am diesem Arbeitsfeld mit Erfolg zu begegnen. — Aus der weiteren Tätigkeit des Zweigereins sei noch hervorgehoben, daß 19 Zweigereins, 37 Bezirks- und 33 Zahlstellenversammlungen abgehalten wurden. Dazu kommen noch eine Anzahl Baubesprechungen. Die Beteiligung an der Meißner war sehr gut. Maßregelungen kamen nicht vor, nur drei Firmen sperrierte ihre Arbeiter einen Tag aus. Die Frauenernte nimmt immer mehr ab. Es geht zwar langsam, aber mit der Zeit wird auch diese Art der schiefsten Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte aufhören. — Ein ernstes Wort ist in diesem Jahre mit den am Orte beschäftigten Friesenlegern zu reden. Diese handvoll Eigenböcker wollen durchaus nicht begreifen, daß nur in einer starken Organisation ihre Interessen gehahrt werden können. Es ward noch manches über die Bauarbeiterübernahmefähigkeit am Orte zu sagen, doch davon wollen wir später einmal ausführlicher berichten. — Die Finanzverhältnisse in unserm Zweigereins könnten wohl bessere sein; doch wenn es uns in diesem Jahre glückt, 1000 neue Mitglieder zu gewinnen und wiederum einige neue Zahlstellen zu errichten, dann wird auch in dieser Hinsicht ein guter Jahresabschluß erreicht werden. Die Arbeiten des Zweigereins haben sich so gehaft, daß die Anstellung eines dritten Geschäftsführers notwendig wurde. Dieser trat am 1. Februar 1912 eine Stelle an. Viel Arbeit liegt hinter uns, viel mehr aber in der Zukunft. Wir haben mit Freude die Arbeit geleistet, und uns sollen die künftigen Tage nicht nutzlos oder rastend finden. Vorwärts in den Sommer, in die Arbeit! Vorwärts, unserm Ziel entgegen!

**Dresden.** (Jahresbericht.) Am 11. Februar tagte der Zweigereinsrat, auf dem 162 Vertreter aus dem Zweigereinsgebiet vertreten waren. Nach dem Bericht des Kollegen Watz war das vergangene Jahr sehr arbeitsreich. Die gute Konjunktur dürfte vorerst noch einige Jahre anhalten, da immer noch Mangel an kleinen Wohnungen herrscht. Die Gründung von Zahlstellen im Zweigereinsgebiet, die selbständig arbeiten sollten, konnte nicht überall durchgeführt werden, weil es teils an leitenden Kollegen mangelte, teils auch, weil diese nichts machen wollten. Die gegründeten Zahlstellen haben sich außer Radeberg alle gut behauptet. Die Teuerung hatte unsere Kollegen veranlaßt, in einer Dresdener Versammlung die Kommission zu beauftragen, bei den Unternehmern um eine Teuerungszulage nachzugehen. Der Arbeitgeberverband hat sich auch in einer Generalversammlung damit beschäftigt; aber eine Zulage in Form einer Lohnbewegung wurde abgelehnt. Dagegen sprach sich die Hauptversammlung der Unternehmer dahin aus, daß sich unsere Kollegen einen Ausgleich für die gegenwärtig hohen Lebensmittelpreise durch Ausdehnung der Akkordarbeit und Mehrleistung von Arbeiterhand in solchen Fällen, wo es die Lage und sonstigen Verhältnisse gestatten, schaffen könnten. Bei den Winterbauten wird dies fast überall möglich sein. Diese Aufforderung ist aber vertragswidrig; denn im Vertrage steht, daß Akkordarbeit im Hochbau verboten ist. Auch ist die Arbeitszeit vertraglich festgelegt. Die Dresdener Polizei ist eifrig bemüht, uns als politischen Verein zu kempfen. Darüber wird an anderer Stelle dieser Nummer ausführlich berichtet. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung hatten wir acht mit 296 Beteiligten, für die eine Lohnerhöhung von *M* 428,37 pro Woche und *M* 1,45 pro Kopf erreicht wurde. Arbeitseinstellungen fanden 14 statt, meistens wegen Nichtabhaltung des Tarifs, mangelnden Arbeitsschutzes und schlechter Behandlung. An Streiks anderer Berufe waren wir in 15 Fällen beteiligt. Es fanden 152 Versammlungen, 31 Vorstandssitzungen, 11 Sitzungen der Schlichtungskommission, davon 2 vor der zweiten Instanz in Dresden, 2 in Pirna und 1 in Königsbrunn statt. Die Versammlungen waren durchgängig schlecht besucht. Am besten hat sich die Bautenagitation behauptet. Die Löhne waren teils höher als sie im Vertrag festgelegt sind. Das Akkordniveau ist leider, trotzdem es nach dem Vertrag verboten ist, nicht ganz gesunken; denn bei Aufnahme der Statistik sind noch 62 Maurer im Akkord angetroffen worden. Dieses System völlig zu beseitigen, ist sehr schwierig. Die alten Mittel, die Akkordarbeit zu beseitigen, haben versagt, es kann nur durch Aufklärung über die Schäden der Akkordarbeit etwas erreicht werden. Die technische Entwicklung wird es auch mit sich bringen, daß der Akkord unter den Trägern mehr schwinden wird. Bei Aufnahme der letzten Statistik waren noch 229 im Tagelohn und 213 im Akkord beschäftigt. Die Auswahl der Baudelegierten war nicht immer die beste, weil ein Teil der Kollegen es ablehnte, die Beiträge zu fassen. Dadurch sind nicht die geeigneten Kollegen gewählt worden. Der Baudelegierte muß, wenn es notwendig ist, dem Unternehmer, aber auch den Kollegen entgegenzutreten können. — Die Sektionen der Zollierer und Friesenleger haben gute Fortschritte gemacht, auch ist beabsichtigt, die Freie Vereinigung der Friesenleger mit dem Bauarbeiterverband zu verschmelzen. An der Querschnittsuntersuchung der Anarchojagialisten teilte die Verschmelzung. Aber nicht alle konnten sie halten; denn ein Teil von ihnen trat trotzdem zu uns über. Nun gilt es, die Sonderverbände von der Schädlichkeit ihres Zuns zu überzeugen. Mitglieder hatten wir am Jahresschlusse 1910 10 812, davon waren 5612 Maurer und 5200 Hilfsarbeiter. Im verflossenen Jahre sind 3085 neue eingetreten, zugerechnet 130, aus andern Verbänden übergetreten 1436, vom Militär zurückgekommen 63, zusammen 16 131 Mitglieder. Davon sind abgereicht 913, in andere Berufe übergetreten 600, zum Militär abgemeldet 259, gestorben 96, ausgetreten 136, ausgefallen 10, wegen Schulden getrennt 350 und 1495 Mitglieder sind nicht kontrollierbar. Sie sind teils ohne Abmeldung abgereicht, teils haben sie noch am Ort, haben aber ihren Wohnortwechsel nicht gemeldet und konnten deshalb auch nicht mitgezählt werden. Gezählt sind nur die, die den „Grundstein“ bekommen, das waren 12 272

Mitglieder. Davon sind 6137 Maurer, 6035 Hilfsarbeiter, 70 Isolierer und 30 Pflegeteiler. Wollgehalt hatten 11 410, im Niedrstand bis 13 Wochen waren 756 und über 13 Wochen 106 Kollegen. Beitragsmarken wurden 474 222 umgelegt. Hofeingänge und -ausgänge sind 28 613 zu erheben gewesen. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug M 312 188,44. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M 128 640,03 und eine Ausgabe von M 79 209,05, es bleibt also ein Kasseebestand von M 202 897,30, außerdem ein Vermögensfonds von M 1009,12. In der Debatte wurde das Verhalten der Unternehmer zu der Feuerungsanlage und die Aufforderung zur Affordarbeit scharf kritisiert. Auch hätten mehr Besprechungen mit Vorkrägen abgehalten werden können. Auf letzteres wurde erwidert, daß die Versammlungen größtenteils wegen der Reichstagsversammlungen ausfallen mußten. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisionen Entlastung erteilt. Hierauf wurden die Anträge zum Ortsrat beraten. Der Antrag der Verwaltung, die Gesamterhaltung, auch die Anstellungen, auf dem Zweigvereinstag zu wählen, wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, nur die Weisler auf dem Zweigvereinstag zu wählen, für die Anstellung aber nur Vorkräge zu machen. Wählen sollen dann die Mitglieder in den Zahlstellen. Ferner beschloß man, die Spoltagemarken auf 40 % zu erhöhen, um kleinere Ausgaben in den Bezirken und den Volkshausfonds zu decken. Nachdem die Mitglieder in den Bezirksversammlungen es abgelehnt hatten, besolobte „Grundstein“ Träger anzustellen, ist der Antrag der Verwaltung zurückgezogen worden. Dagegen wurde der neue Antrag, einen sieben Kollegen fürs Bureau anzustellen, mit überwiegender Mehrheit angenommen.

**Glogau. (Jahresbericht.)** Am 8. Februar fand unsere häufig besuchte Generalversammlung statt. Aus dem Kasseebericht war zu entnehmen, daß wir einen guten Schritt vorwärts gemacht haben. Die Mitgliederzahl stieg in diesem Jahre auf 386, davon sind 309 Maurer und 76 Hilfsarbeiter. Neu eingetreten sind 165 Kollegen, darunter 19 frühere Mitglieder. Auch hat der Gedanke der Organisation unter unsern Hilfsarbeitern gute Wurzeln gefaßt, denn bei der Versammlung übernahm der Zweigverein nur drei Mitglieder, jetzt haben wir 76. Der gesamte Umsatz in Beitragsmarken betrug 11 370 Stück. Bedauerlich ist, daß sich unsere Kollegen noch nicht an die pünktliche Bezahlung der Beiträge gewöhnen können. Es waren am Jahresschluß noch 27 Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstand. Wären die Hilfskassierer besser auf dem Posten, so hätten wir diese Kollegen nicht. Die Lokalkasse hatte mit dem Bestand von M 2439,96 eine Einnahme von M 3981,52 und eine Ausgabe von M 1122,73, mithin am Jahresschluß einen Kasseebestand von M 2855,74. Davon sind M 2670 angelegt. Es wurden im Berichtsjahre 22 Vorstandssitzungen und 17 Mitgliederversammlungen abgehalten. Der Besuch war nur mäßig und es ist unbedingt notwendig, daß es in diesem Jahre besser wird. Auch wurde im Herbst eine Kaufperre verhängt, die nach drei Wochen zu unsern Gunsten aufgehoben wurde. Es hatte sich hier eine Kolonne Berliner Affordmänner angehebelt, um die Affordarbeit einzuführen; sie mußten aber beizeiten das Feld wieder räumen. Die alte Verwaltung wurde wiedergewählt, mit Ausnahme des Schriftführers, der neu gewählt wurde. Zum Schluß erteilte der Vorsitzende die Kollegen, alle Kraft einzusetzen und sich recht regen an der Frühjahrsagitation zu beteiligen; damit im kommenden Jahre unsere Organisation wiederum ein gutes Stück vorwärts komme und wir gerüstet dem Jahre 1913 entgegengehen können.

**Görlitz. (Jahresbericht.)** Das erste Jahr des Bestehens des Deutschen Bauarbeiterverbandes ist für den Zweigverein Görlitz ein erfolgreiches zu nennen. Die Mitgliederzahl betrug im Mauerverband am Schluß des Jahres 1910 582, im Bauhilfsarbeiterverband 150, zusammen 732. Im Bauarbeiterverband betrug die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1911 1108. Davon sind 731 Maurer und 377 Hilfsarbeiter. Wenn wir die Zahlen von 1910 und 1911 einander gegenüberstellen, so ergibt sich für 1911 ein Mehr im Mitgliederstande von 376. Nun sind aber 654 Mitglieder neu aufgenommen worden. Das zeigt, daß 278 Mitglieder losgegangen nur durch den Verband hindurchgegangen sind. Die Fluktuation ist also sehr stark. Die Mitgliederzahl verteilt sich auf die einzelnen Zahlstellen wie folgt: Lauban 76, Seidenberg 102, Penzig 85, Rothbasser 10, Waldbau 5, Naußa 13, Reichenbach 29, Galbata 26, Rinda-Geidersdorf 24, Freivalda 31, Hoherswerda 25, Rothberg, i. d. O. 27. Görlitz und nächste Umgebung 650. — Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug M 20 537,85. Die Ausgaben verteilten sich wie folgt: für Streits M 1693,80, Neuenunterstützung M 50,50, Rechtschutz M 528,30, Krankenunterstützung M 1005,70, Streckenunterstützung M 570, Anteil an der Lokalkasse M 8852,03, Gemahregelunterstützung M 31,35, Sonstiges M 46,80, an die Hauptkasse gefandt M 12 759,37. Die Einnahme der Lokalkasse betrug mit den Beständen M 9502,10, die Ausgabe M 6103,11, so daß ein Kasseebestand von M 3399,99 vorhanden ist. Davon sind M 2638 angelegt. Verkauft wurden 39 183 Beitragsmarken und 654 Eintrittsmarken. Der Markenumsatz beträgt im Jahresdurchschnitt pro Mitglied 38,60. Lohnbewegungen haben in sechs Zahlstellen stattgefunden. In Lauban wurde der Stundenlohn für Maurer von 37 auf 42 % und für Hilfsarbeiter von 26 auf 31 % erhöht; in Rothberg für Maurer von 40 auf 44 %; in Reichenbach für Maurer von 37 auf 43 %; in Naußa für Maurer von 37 auf 40 %; in Penzig von 43 auf 46 %. In Seidenberg galt die Lohnbewegung nur den Hilfsarbeitern. Der Stundenlohn wurde von 24 auf 26 % erhöht. In Naußa wurde außerdem die Arbeitszeit um elf auf zehn Stunden verkürzt, so daß jetzt endlich im ganzen Zweigvereingebiet die gesündigende Arbeitszeit eingeführt ist. Auffällig muß es erscheinen, daß in den Orten, in denen Lohnbewegungen stattgefunden haben, mit Ausnahme von Lauban, diese nur für die Maurer von Erfolg gewesen sind, dagegen für die Hilfsarbeiter zweifelt nicht erreicht worden ist. Das liegt daran, daß die Hilfsarbeiter von der Organisation in ihrer Mehrzahl noch nichts wissen wollen. Offenlich zeigt ihnen der Erfolg der Maurer, daß es nötig ist, sich jetzt bald der Organisation anzuschließen. Zu einem Streik kam es nur in Lauban.

Sier verlangten die Unternehmer, daß der im Verträge festgesetzte Lohn als Maximallohn zu gelten habe. Dieses Verlangen ließ sich nicht anders als durch einen Streik befechtigen. Dieser dauerte volle vier Wochen und endete für unsere Kollegen mit vollem Erfolg. Wie bei jedem Streik, fehlte auch in Lauban die Polizei nicht, nach deren Anstiftung der Streikposten, er mag sehen wo er will, ein Verkehrshindernis ist und bestraft werden muß. So sandte sie vier Kollegen ein Strafmandat von je M 6 zu. Dagegen wurde richterliche Entscheidung beantragt und alle vier Kollegen wurden vom Amtsgericht Lauban freigesprochen. Dagegen legte der Anwaltschaft Berufung ein. Er erzielte, daß das Landgericht Görlitz die ursprüngliche Polizeistrafe von je M 6 bestätigte und auch noch die Strafen des Verfahrens den angeklagten Kollegen auferlegte. Außerdem wurden noch zwei Kollegen gerichtlich verurteilt, und zwar einer zu einer Woche und einer zu drei Tagen Gefängnis.

**Laucha. (Jahresbericht.)** Am 13. Februar lagte unsere diesjährige Generalversammlung. Aus dem Tätigkeitsbericht geht hervor, daß im verfloßenen Jahre zwölf Mitglieder- und fünf öffentliche Versammlungen sowie acht Vorstandssitzungen getagt haben. Revisionen des Kassierers durch die Revisionen haben neun, durch den Zweigvereinsvorstand zwölf stattgefunden. Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 1911 96, neu aufgenommenen wurden 30, abgemeldet haben sich 6, abgereist sind 8, ausgeschlossen wegen rückständiger Beiträge wurden 2, ausgetreten sind 2, zum Militär eingezogen 2, so daß am Schluß des Berichtsjahres 58 Mitglieder vorhanden waren. Die Beitragszahlung war ziemlich gut. Die Gesamteinnahme der Lokalkasse influierte des Kasseebestandes von 1910 betrug M 370,45, die Ausgabe M 126,30, mithin bleibt ein Kasseebestand von M 244,15. Die Einnahme der Hauptkasse bilanzierte mit M 903,95. Die Bautätigkeit war zu Anfang des Jahres ziemlich reg, ließ jedoch im zweiten Halbjahr ganz enorm nach, so daß der größte Teil der Kollegen gezwungen war, anderweitig Beschäftigung zu suchen. Eine auf gutlichem Wege beigelagte Lohnbewegung brachte den Kollegen eine Lohnaufbesserung von 2 ½ pro Stunde für das Jahr 1911 und 2 ½ pro Stunde für 1912, sowie eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung. Die Unternehmer wurden zum erstenmal gezwungen, mit uns ein Vertragsverhältnis einzugehen. Kollegen! Wenn auch die Situation im allgemeinen ziemlich gut ist, so muß doch hier bemerkt werden, daß der Versammlungsbedarf noch viel zu wünschen übrig läßt. Ebenfalls müßte auch die Mitgliedszahl mehr als bisher bemüht werden, denn nur durch fleißigen Versammlungsbesuch sowie durch geistige Bildung der Kollegen wird es möglich sein, unsere Organisation so zu festigen, daß sie allen Machtgeboten der Unternehmer gewachsen ist und von diesen auch als ein gewaltiger Machtfaktor respektiert wird.

**Mannheim-Ludwigsbafen. (Jahresbericht.)** Das verfloßene Jahr ist an Bedeutung für unsern Zweigverein nicht hinter seinen Vorgängern zurückgeblieben. Wohl war das Jahr 1910 eine Zeit des Kampfes, begleitet von nicht unerheblichen Erfolgen für eine große Zahl von Berufscollegen. Aber gerade dieser Kampfsampf war der Umstand, daß ein großer Teil von Lohnbewegungen bis zum Jahre 1911 zurückgeführt werden mußte. Besonders waren es die ländlichen Orte, die nicht unter das Beherrschungsbereich des Arbeitgeberbundes fallen, sowie das Tiefbau- und das Betonbau-Gewerbe. Der Erfolg der Bewegung von 1910 mußte auch auf die davon nicht betroffenen Bezüge und Zahlstellen zu übertragen versucht werden. Dabei sollte auch eine der vornehmsten Aufgaben der Organisation erfüllt werden: Die Arbeitszeit zu verkürzen! Heute können wir feststellen, daß uns dies in befriedigendem Maße gelungen ist. Von Bedeutung sind die durch Tarifverträge geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse für Tief- und Betonbau, wo geradezu die erbärmlichsten Lohnverhältnisse vorhanden waren. Besonders für das Tiefbaugewerbe ist der Abschluß ein schöner Erfolg, da bekanntlich diese Unternehmer die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als eine Unmöglichkeit hinstellten. Allerdings scheiterten auch einige Bewegungen an der Rückständigkeit der betreffenden Kollegen. Wie an der Rückständigkeit der Unternehmer. Es war uns aber im Berichtsjahre nicht möglich, in unserm ganzen Gebiet die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Die ungenügende Konjunktur trug viel dazu bei, so daß im Jahre 1912 noch etwa zehn Lohnbewegungen ihrer Erledigung harren. Im Bereiche des Mitteldeutschen Arbeitgeberbundes, dem auch unser Hauptkollege angehört, konnte der Vertrag erst am 7. August 1911 endgültig abgeschlossen werden. Der Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberbundes beruhte mit aller Bähigkeit, einige Bestimmungen, die nicht nach seinem Geschmack ausgefallen waren, zu beseitigen. Daß sich unter diesen Umständen öfters Differenzen auslösten, wird für jedermann begreiflich sein. Eine Schlichtungskommission und ein Schiedsgericht bestehen für unsern Bezirk bis jetzt noch nicht. Zugeit sind Verhandlungen hierzu in ipru bei abwaag 112 611 211 n n g. 12 — dhuwg m normalen Bahnen. Abgesehen von Ludwigsbafen, wo nach mehrjähriger schlechter Konjunktur das Bauleben reger pulsierte, hatten wir in Mannheim öfters mit erheblicher Arbeitslosigkeit zu rechnen. Nicht allein im Wohnungsbau war eine Stodung eingetreten, auch von Stadt und Staat wurde nur wenig gebaut. Seit 1903 war es immer üblich, daß ein Teil der Ludwigsbafener Bauarbeiter auf das Mannheimer Arbeitsgebiet angewiesen war. Im Berichtsjahre mußte ein Teil der Mannheimer Bauarbeiter in Ludwigsbafen ihr Brot verdienen. Aber auch die vermehrte Bautätigkeit in Ludwigsbafen bot nicht genügend Arbeitsgelegenheit für die in Mannheim arbeitslos gewordenen Kollegen. Ein Teil von ihnen war in der besten Zeit wochenlang ohne Verdienst. Ein Grund, nicht zu bauen, liegt hier gar nicht vor, denn von einer Ueberproduktion sind bei einer Einwohnerzahl von rund 200 000 1164 leerstehenden Wohnungen vorhanden, im Jahre 1910 waren es 1420. Die leerstehenden Wohnungen haben sich also von 328 pzt. im Jahre 1910 auf 258 pzt. im Jahre 1911 vermindert. In Ludwigsbafen sind die leerstehenden Wohnungen ebenfalls zurückgegangen, trotzdem eine Steigerung der Produktion im Wohnungsbau vorhanden war. Die leerstehenden Wohnungen verminderten sich von 528 im Jahre 1910 auf 380 im Jahre 1911. Die Zahl von 380

steht bei einer Einwohnerzahl von 84 000 in gar keinem Verhältnis. In diesem Jahre wird voraussichtlich in Mannheim eine Bewegung im Bauwesen eintreten. Von städtischer Seite werden u. a. das neue Kranenhaus, zwei Schulen, jedenfalls auch das Hallenschwimmbad und größere Kanalanlagen in Angriff genommen werden. Auch die Genossenschaft „Gartenstadt“ wird mit der Errichtung von Wohngebäuden beginnen, so daß sich ausreichende Arbeitsgelegenheit bieten dürfte.

Ueber die Lohnbewegungen, denen wir 14 hatten, wollen wir folgendes mitteilen: Die Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifs für das Tiefbaugewerbe in Mannheim-Ludwigsbafen zogen sich sehr in die Länge. Allerdings waren sie auch recht komplizierter Art, weil zugleich für die Kanalbauarbeiter ein Preisverzeichnis für Affordarbeiten mit ausgearbeitet wurde. Es gelang uns aber doch, nach langer Arbeit einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Löhne der Erdarbeiter schwanten bis dahin zwischen 38 und 45 %. Tariflich wurden die Löhne festgesetzt: für Kanalbauarbeiter auf 80 %, für Fuger 75 %, für Einjähler 60 %, für Grundarbeiter 55 %, für Hilfsarbeiter 47 ½ pro Stunde. Die Arbeitszeit wurde von zehn auf neunehalf Stunden herabgesetzt. Bei dieser Bewegung kamen 220 Arbeiter in Frage. Für die Kanalbauarbeiter kam ein Affordpreisverzeichnis zustande. Wenn man aber glaubte, daß die Unternehmer gleich nach dem Tarif begablen würden, so hatte man sich getäuscht. Jetzt begannen erst die Kämpfe zur Durchführung der Vereinbarungen, besonders bei jenen, die sich an dem Abschluß eines Vertrages nicht beteiligt hatten. In vielen Fällen stießen sich die Differenzen wohl durch Mißsprache mit den betreffenden Unternehmern regeln, aber in vielen Fällen mußte die Sperre verhängt werden. Selbst bei städtischen Arbeiten mußten wir die Unternehmer in zwei Fällen durch Sperren zwingen, die Tariflöhne zu begablen. Das lag daran, daß in den städtischen Vergebungsbestimmungen die Klausel fehlte, die die Unternehmer verpflichtete, den Tariflohn zu zahlen. Wir haben darauf dem Stadtrat eine Eingabe unterbreitet mit dem Ersuchen, eine diesbezügliche Bestimmung in die Werkverträge aufzunehmen. Dieser Eingabe hat der neue Stadtrat, dem neun Sozialdemokraten angehören, Rechnung getragen. Die neue Bestimmung in den Werkverträgen lautet: „Unternehmern im Baugewerbe wird bei Werkverträgen städtischer Arbeiten und Lieferungen die vertragliche Verpflichtung auferlegt, die für alle Arbeiten, die am hiesigen Orte auszuführen sind, die zwischen den hiesigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden getroffenen Vereinbarungen bezüglich Lohn, Arbeitszeit usw. einzuhalten haben. Bei Nichterfüllung dieser vertraglichen Bestimmung hat der Unternehmer den Ausschluß von städtischen Arbeiten und Lieferungen zu gewärtigen.“ — Im Betonbau waren bisher nur die Löhne für Zementure tariflich geregelt. Selbständige Zementure erhielten 63 %, die übrigen Zementure 59 ½ pro Stunde. Die Löhne der Hilfsarbeiter waren in den Betonarbeiten ähnlich, wie bei den Tiefbau-Unternehmern. Nach zweimaligem Verhandeln kam ein Tarifvertrag zustande. Die Löhne wurden wie folgt festgesetzt: für Zementure 68 %, für Hilfsarbeiter 53 %, für Hilfsarbeiter zu leichteren Arbeiten 47 ½ pro Stunde, jedoch darf deren Zahl im Verhältnis der Beschäftigten 10 pzt. nicht übersteigen. Die Arbeitszeit wurde von zehn auf neunehalf Stunden verkürzt. Bei dieser Bewegung kamen 548 Arbeiter in Frage. Auch hier konnten sich einige Unternehmer nicht gleich daran gewöhnen, die tariflichen Löhne an die Hilfsarbeiter und in einzelnen Fällen auch an die Zementure zu zahlen, wobei es einigmal zu Differenzen kam. — Für die Leitergerüstbauer wurde der abgelaufene Tarifvertrag durch Verhandlungen erneuert. Der Erfolg war eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 10 % pro Stunde. Der Lohn steigt für Partieführer von 65 auf 75 %, für Gerüstbauer von 55 auf 65 % und für Hilfsarbeiter von 45 auf 53 %. Die Arbeitszeit beträgt für diesen Beruf neun Stunden. Für die Maurer und Hilfsarbeiter der Spiegelfabrik gelang es durch eine Eingabe an die Direktion, die Löhne um 7 ½ pro Stunde zu erhöhen. Der Tarifvertrag und die Organisation sind der noch blühende Drefex. Für die Maurer und Hilfsarbeiter der Fabrik Heinrich Lanz wurde, nachdem die Kollegen durch den Arbeiterausschuß und persönliche Vorstellungen ihre Wünsche der Direktion unterbreitet, damit aber keinen Erfolg erzielt hatten, unterseits eine Eingabe an die Direktion gerichtet, die den Kollegen eine Lohn-Erhöhung von 8 ½ pro Stunde brachte. Auch hier besiegt noch keine Möglichkeit, die Löhne durch die Organisation tariflich zu regeln. In den Zahlstellen Wölfl, Neuhofen und Hochhof wurden die abgelaufenen Tarifverträge durch Verhandlungen erneuert. — Es gab für Wölfl und Neuhofen je 5 ½ und Hochhof 7 ½ Lohnerhöhung pro Stunde. In Neuhofen, Kampechheim und Medensheim scheiterten die Verhandlungen. Eine energische Aktion konnte nicht eingeleitet werden, da sich die Mehrheit der am Orte Beschäftigten nicht um die Bewegung kümmerte. Es wurde beschlossen, diese Bewegungen zu vertragen, bis sich die Kollegen selbst zur besseren Einsicht durchdringen haben; öffentlich geschieht dies schon im Jahre 1912. In der Zahlstelle Godesheim kam es zu einem erbitterten Kampf mit den Unternehmern, der vom 20. Juli bis 21. Oktober dauerte. Infolge der einmütigen Verpöpfung, die unsere Kollegen von Polizei, Gericht, Unternehmern und Streikbrechern zu erleben hatten, war es nicht möglich, den Kampf für unsere Kollegen siegreich zu beenden. Die Unternehmer können sich aber darauf verlassen, daß unsere Kollegen nicht geschlagen, sondern nur zurückgedrängt sind. Bei der ersten besten Gelegenheit werden sie wieder auf dem Kampfplatz erscheinen. — In der Anilinfabrik, wo über 8000 Arbeiter beschäftigt werden, trat die Fabrikarbeiter in einen Streik ein, wodurch ein erheblicher Teil unserer dort beschäftigten Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Der Streik ging für die Fabrikarbeiter verloren, und auch für unsere Kollegen konnte nichts erzielt werden. — Die Soliexer Bewegung bei der Firma Grünzweig & Hartmann in Ludwigsbafen wird erst im Jahre 1912 ihr Ende erreichen. Die eigenartige gelagerten Verhältnisse brachten die Bewegung, nach dreimonatigem schriftlichen Verbleib mit der Firma und den Isolierern auf einen toten Punkt. Die Firma weigerte sich entschieden, mit dem Verbands- oder dessen Vertretern zu verhandeln. — An eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte bei ihr nicht gedacht werden.

Sie alles „mit bewährtem System“, mit den einzelnen zu verhandeln, wollte sie unter keinen Umständen preisgeben. Das ist verständlich; denn bei diesem System konnte sie die Leute so erziehen, wie sie beabsichtigte. Der eine Isolierer wurde mit Versprechungen gekauft, der andere mit Drohungen gequält, je nach der Qualität. Ein üblicher Umstand für uns war, daß sich die Isolierer dauernd auf Montage befanden. Eine enge Fühlung war nicht herzustellen, und dadurch bestand keine Möglichkeit, einschneidende Beschlüsse zu fassen, die ein energieloses Eingreifen gefordert hätten. Aus diesen Gründen mußte die Bewegung bis Weihnachten vertagt werden, da die Isolierer nur an den hohen Festen nach Hause reisen dürfen. Während dieser Zeit veränderte sich die Situation im Isolierergewerbe im allgemeinen. Als die Isoliererkonferenz im November beschloß, alle Isolierer, die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes sind, anzuzupfern. Die Firma Grünig & Hartmann, die nichts mit der Organisation der Arbeiter zu tun haben wollte, war sofort bereit, dem Arbeitgeberverband hilfreich zur Seite zu stehen, denn es handelte sich ja auch für sie um eine „gute Sache“, nämlich darum, die Arbeiter zu niedeln. Am 27. Dezember erfolgte auch bei ihr die Aussperrung, allerdings sollte sie nur drei Tage dauern. Die Isolierer ließen aber auf diese Weise nicht mit sich spielen, sondern sie drehten am 1. Januar den Spieß um, indem sie den Streit über alle Geschäfte der Firma Grünig & Hartmann erklärten. Den Ausgang dieses Kampfes können wir erst im nächsten Bericht schildern. Aber soviel sei heute schon mitgeteilt, daß der Perenstandpunkt der Firma gebrochen ist. Sie hat bereits mit den Verbandsvertretern verhandelt und auch Konzessionen gemacht. — Außer den Lohnbewegungen ergaben sich zur Durchführung der tariflichen Bestimmungen und Befestigung verschiedener Mißstände noch 16 Differenzen mit Arbeitseinstellung und 133 Differenzen ohne Arbeitseinstellung. Sie wurden fast ausschließlich zugunsten unserer Kollegen erledigt.

Unter den Kollegen ist häufig die Ansicht verbreitet, daß sie sich zur Ruhe begeben können, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt sind. Die ungenügenden Differenzen, die sich zum größten Teil aus dem Tarifverhältnis ergeben, sind ein Beweis dafür, daß die Organisation die tariflichen Bestimmungen überwinden muß. — Mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und Befestigung der nicht unerheblichen Zahl von Mißständen ist aber noch lange nicht die ganze Organisationsarbeit getan. Außer ihr sind noch die Vor- und Hauptberatungen in Sitzungen und Verhandlungen notwendig; auch muß in den zahllosen Auffassungen betrieben werden. Die Zahl der dazu benötigten Veranlassungen, an denen die Verbandsleitung als Vertreter, Berater oder Referent betätigt war, war nicht gering. Es fanden statt: 4 Generalversammlungen, 5 Zweigvereinsversammlungen, 61 Versammlungen, 10 Delegiertenversammlungen, 33 Unterhandlungen, 2 öffentliche Versammlungen, 139 Zahlstellerversammlungen, 92 Sitzungen, 9 Konferenzen und 18 Beratungen vor dem Gewerbeamt. Zur Frage des Bauarbeiterstatutes ist zu sagen: Der Verbandsauftrag war, von wenigen Ausnahmen abgesehen, unbefristet. Das kommt daher, daß ein erheblicher Teil unserer Kollegen für Bildungsberatungen recht wenig übrig hat, obwohl es ihnen sehr not tut, sich in die Fragen der modernen Arbeiterbewegung zu vertiefen. Die Mitgliederbewegung zeigt gerade kein ungünstiges Bild. Wenn die Erwartungen nicht alle erfüllt worden sind, dann hat zweifellos die vermehrte Bautätigkeit im Mannheim ihr Teil Schuld dazu beigetragen. Aber trotz alledem könnten wir bedeutend mehr Mitglieder haben, wenn nicht die ungenügende Situation wäre. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1910 2575; Hebergeschickten wurden 2516, neu aufgenommen sind 1052, zugereicht 43, übergetreten 46. Das ergibt 3657 Mitglieder. Von ihnen sind abgereist 396, gestorben 14, ausgetreten 133, wegen Schulden gestrichen 132, außer Kontrolle 72. Am Schlusse des Jahres hatten wir 2945 Mitglieder. Wir müssen uns fragen: Kann diese Situation vermieden werden? Die Frage ist mit Ja zu beantworten, wenn die Rückkontrolle auf den Baustellen energischer betrieben wird und die Hilfskassier pünktlicher und gewissenhafter eintritt. Im Mannheimer Gebiet werden die baupolizeilichen Vorschriften zu unserer Zufriedenheit überwacht. Wenn uns trotzdem noch einzelne Mißstände mitgeteilt wurden, so gelang es immer, diese in kürzester Frist durch das anerkanntswürdige Entgegenkommen der Baupolizeibehörde zu beseitigen. Von der Tätigkeit der Baupolizeibehörde in Ludwigshafen können wir leider so gutes nicht behaupten. Allerdings haben sich auch die Beziehungen zwischen der Baupolizeibehörde und der Bauarbeiterkommission etwas gebessert; aber eine am 27. Juni vorgenommene Wautenkontrolle hat ergeben, daß die Vorgehensweise auf den Bauten sehr im argen liegen. Die Baupolizeibehörde kam zur Einsicht, daß eine Reorganisation der bisher vorhandenen Aufsicht unbedingt notwendig ist. In einem Schreiben an die Bauarbeiterkommission teilte sie dieser mit, daß sie der Anstellung eines Wautenkontrollers aus dem Arbeiterstande näher getreten ist. — Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug M 67 487,80, die Einnahme der Lokalkasse M 39 184,34, ihre Ausgaben M 22 909,12 und der Kassenbestand M 16 275,22. Nachdem wir uns im Frühjahr dem Postfachbetreiber angegeschlossen haben, führten wir zu gleicher Zeit die wöchentliche Abrechnung mit ein. Die Vorteile, die daraus entstehen, sind nützlich für die Organisation. Wir haben dadurch jede Woche von jeder Zahlstelle eine Ueberweisung, wie die Beiträge gezahlt werden, und können, wenn es notwendig wird, selbst eingreifen. Die wöchentliche Abrechnung wirkt aber auch erzieherisch und beseitigt jede Gefahr des Geldverlustes. Die Zinsen betragen im vergangenen Jahre M 230,34, im Jahre 1911 M 416,01. Die Mehreinnahme ist auf den Postfachbetreiber zurückzuführen. — Nach schärfster Prüfung des vorliegenden Berichts dürfte es für jeden Kollegen klar sein, daß die Organisation ihrer Aufgabe im vorliegenden Jahre gerecht wurde. Wir haben keine Veranlassung, uns mit dem Erfolg zu brüsten; es wäre aber auch eine Torheit, wenn wir nicht anerkennen wollten, daß es auf allen Gebieten bemerkenswerten Fortschritt gegeben ist. Wir wollen uns auch nicht vantauschen, daß mit einem Schläge ideale Zustände geschaffen

worden können. Wer die Macht hat, hat auch das Recht; das ist ein alter Grundsatz, den wir aber für uns noch nicht in Anspruch nehmen können. Deshalb muß es unsere Aufgabe sein, noch mehr als bisher zu wirken, damit wir unsern Ziele, die Macht zu erlangen, immer näher kommen. Dies kann aber nicht das Werk einzelner Personen sein, dazu gehört gemeinsames Handeln und gegenseitiges Vertrauen.

**Miniden.** (Jahresbericht.) Am 11. Februar tagte die diesjährige Generalversammlung im „Colosseum“. Bei der Eröffnung hob der Vorsitzende, Kollege Gieseler, kurz hervor, daß mit diesem Jahre die Bauarbeiterchaft in Miniden das fünfundsiebzigjährige Bestehen der Organisation feiern könne. Obwohl die Organisation manches schwere Jahr zu bestehen hatte, ist sie doch niemals wieder verschlungen und hat sich in den letzten zehn Jahren sehr gut entwickelt. Beweis dafür war diese Generalversammlung, die sich, um möglichst allen Kollegen im Zweigvereinsgebiet gerecht zu werden, zum ersten Male aus Delegierten zusammensetzte. Aus dem vom Kollegen F. Schöber gegebenen Jahresbericht entnahmen wir folgendes: Die Bautätigkeit setzte nicht in dem Maße ein, wie allgemein gehofft wurde. Besonders im Lohngebiet Münden war die Arbeitseinstellung das ganze Jahr hindurch schlecht. Die Unternehmer versuchten denn auch gleich die tarifliche Konjunktur für sich auszunutzen, indem sie die tarifmäßigen Löhne nicht zahlten. Um sie zu überzeugen, daß auch bei schlechter Bautätigkeit die Verträge zu halten sind, mußten eine Anzahl Sperren verhängt werden. Unter den Sperreten befanden sich auch der Vorsitzende und Schriftführer des dortigen Arbeiterbundes. Auch in Miniden war es notwendig, einige Sperren zu verhängen, um dem Verträge Geltung zu verschaffen. Außerdem wurden noch Lohnbewegungen in Mideburg, Stolzenau und Uchte geführt. In allen drei Orten wurde die Bewegung ohne Kampf zu Ende geführt. Erreicht wurde in Mideburg eine Lohnerhöhung von 3 %, in Stolzenau von 8 % und in Uchte von 5 % pro Stunde. In Mideburg wäre der Erfolg ein besserer gewesen, wenn die Kollegen nicht so viel Gewicht auf das Vererbe der Unternehmer gelegt hätten. Im Januar des Jahres 1911 wurde mit dem Bau des Gms-Beserkanals begonnen. In ein paar Monaten waren 500 bis 600 Menschen aus allen Teilen Deutschlands zusammengeführt und auf einer Strecke von 15 bis 18 Kilometern beschäftigt. Die Ziele der Organisation zuzuführen, hatte sich die Zweigvereinsleitung zur Aufgabe gemacht. Mit der Agitation wurde schon ziemlich früh und auch mit gutem Erfolge begonnen. Im Laufe des Sommers wurde denn auch bei einzelnen Firmen eine Lohnforderung gestellt. In einer stattgefundenen Verhandlung erklärten aber die Firmenvertreter, nicht mehr Lohn zahlen zu wollen. Auf den Arbeitsplätzen wurde das Verhängt verbreitet, daß sich die Firmen im Falle eines Streiks ausländer kommen lassen würden. Unsere Kollegen ließen sich denn auch zum großen Teil einschüchtern und erschienen nicht in der beschlußfassenden Versammlung nicht. Die Forderung konnte somit nicht durchgeführt werden; aber aufgegeben ist nicht. Die Verschmelzung der beiden Verbände vollzog sich ohne jedes Hindernis, und durch das innige Zusammenarbeiten konnte das ganze Jahr hindurch eine sehr rege Agitation betrieben werden. Die Grenzgebiete wurden um eine ganz erhebliche Strecke hinausgedrückt und die Mitgliederzahl stieg um 420. Die Zahlstellen lagte und Stolzenau wurden neu gegründet. Im Jahresbericht zählte der Zweigverein 1089 Mitglieder, die sich auf 125 Ortsgruppen verteilten. Aufgenommen wurden im letzten Jahre 770 Mitglieder, zugereicht sind 78, aus andern Verbänden übergetreten sind 24. Abgereist sind abgemeldet sind 167 Mitglieder, abgereist und nicht abgemeldet sind 145, ausgetreten sind 30, ausgeschieden wurden 3, in andere Verbände übergetreten sind 5, gestorben 4, zum Militär eingezogen 18, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 80. An Beitragsmarken wurden 37 682 umgelegt; das sind 11 600 mehr als im Vorjahre. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von M 20 837,85, die Lokalkasse eine Einnahme von M 17 719,20 und eine Ausgabe von M 5125,15. Im letzten Jahre wurde ein Uebertrag von M 1355,34 für die Lokalkasse erzielt. Die Veranlassungen waren im ganzen Jahre durchweg schlecht bedacht. Abgehakt wurden eine Zweigvereinskonferenz, 36 Zahlstellerversammlungen und 28 örtliche Versprechungen. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in zwölf Sitzungen. Kollegen! Einen guten Fortschritt hat der Zweigverein im Jahre 1911 gemacht. Sorgen wir nun dafür, daß der Fortschritt im Jahre 1912 nicht kleiner ist. Einigkeit macht hier. Unsere Parole bleibt: Agitieren, organisieren. — Nachdem die Vorstandswahl vollzogen war, wurde ein Antrag der Zahlstelle Miniden, den Lokalbeitrag um 5 % zu erhöhen, angenommen.

**Pöten.** (Jahresbericht.) Das erste Jahr nach der Verschmelzung der beiden großen baugewerblichen Verbände liegt hinter uns. In unserer östlichen Großstadt liegen bei der Verschmelzung manche Bedenken auf, besonders bei den Bauhilfsarbeitern. Als die Beschlüsse über die Verschmelzung in Leipzig gefaßt wurden, stand die Organisation der Bauhilfsarbeiter auf sehr schwachen Füßen. Erst am Ende der Aussperrung 1910 trat ein Umbruch ein; die Hilfsarbeiter mußten erfahren, daß ohne Organisation nichts zu erreichen ist, und so sorgte die Internermerkschaft durch ihre ablehnende Haltung beim Abschluß der Kaufverträge dafür, daß sich die in Gleichmut dahineubende Schar der Hilfsarbeiter schleunigst ihrer Organisation anschloß. Diese neugewonnenen Mitglieder bereiteten der Organisationstunde aber große Sorgen; denn es handelte sich um hunderte nicht aufgeklärte Arbeiter, die der Organisation erhalten bleiben sollten. Dies war aber für Pöten sehr schwierig, da sich hier Organisationsarbeit um das Tätigkeitsfeld streiten. Diese Umstände bringen es auch mit sich, daß heute mancher Optimist seine Rechnung nicht erfüllt sieht. Uebergeschrieben sind bei allen Verbänden wurden 892 Maurer und 654 Hilfsarbeiter, im Summa 1546 Mitglieder. Viele von den Hilfsarbeitern bezeichnen aber, daß sie den Organisationsgedanken noch nicht erfaßt hatten. Als, durch die Lohnerhöhung bedingt, am 1. April eine Beitragserhöhung und die Erhebung eines Lokalaufschlags eintrat, wurden mehrere Hilfsarbeiter schamlos gekündigt. Doch konnte jeder Verlust ständig durch Neueintritte ausgeglichen werden. Die Situation stand

überhaupt in hoher Blüte; 645 Neuaufnahmen, 59 Uebertritte aus andern Organisationen und 66 Anmeldungen durch Zugereichte hatte der Zweigverein als Zugang im Geschäftsjahre zu verzeichnen. Demgegenüber betrug der Abgang: 428 Abgereiste, 22 wegen Verschuldung's Ausgetretene, 18 sind gestorben, 37 zum Militär eingezogen und 314 wegen Schulden gestrichen worden. Unter den Abgemeldeten befinden sich 50 Mitglieder, die den neu gegründeten Zweigvereinen Minidauen, Chornitz, Mogau und Mollenburg a. d. Odra überwiesen wurden. Der Zweigverein hatte am Jahresabschluss eine Mitgliederzahl von 1531. Die Dautankunft war im Geschäftsjahre etwas besser als im Vorjahre; zeitweise stellte es an der notwendigen Anzahl Maurer. In Bauhilfsarbeiten war dagegen das ganze Jahr hindurch ein Ueberangebot vorhanden. Selbst in der besten Zeit waren Hilfsarbeiter arbeitslos. Auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschte, obwohl für Maurer und Bauhilfsarbeiter Verträge bestanden, keine Ruhe. Im Frühjahr wurde ein Vorstoß für die Zementbrennerei unternommen. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde am 28. April ein Tarifvertrag abgeschlossen, der den Zementbrennern den Maurerlöhnen, den Hilfsbauarbeitern nach einjähriger Beschäftigung im Beruf einen Mehrlohn von 5 % und nach zweijähriger Beschäftigung einen Mehrlohn von 11 % pro Stunde gegen den jeweiligen Vertragslohn für Bauhilfsarbeiter einbrachte. Für das Aufbaufeld kam es durch die Verhandlungen, die im Jahre 1910 mit dem Arbeitgeberverband geführt wurden, deshalb zu keinem Ergebnis, weil die Unternehmer für Festlöhne keine Minimalpreise festsetzen wollten. Die Kasse beschloß deshalb am 27. September 1911 einen Minimalpreistarif, unter Berücksichtigung eines bestimmten Aufschlags, nach dem in der Folgezeit die Arbeiten zu übernehmen sind. Für Fliesenleger kam es leider noch nicht zu einer Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Fliesen werden in Pöten zum Teil durch Köpfer und zum Teil durch Maurer gelegt. Unter letzteren hat sich ein sogenanntes Zwischenmeisterstadium herausgebildet, durch das jede Regelung nach geordneten Verhältnissen erschwert wird. Die Lohnbewegung in Schwertzen konnte nicht zu Ende geführt werden, die beiden noch gesperrten Firmen Zwan und Bösig — mußten als gesperrt ins neue Jahr hindübergenommen werden. Maßregelungen fanden fünf statt; jedoch konnten die Gemäßigten sofort wieder in andere Arbeit treten. Zur Regelung der Arbeitsnachfrage wurden dem Arbeitgeberverband am 26. Juli 1911 präzise Vorschläge unterbreitet; bis jetzt hat dieser aber die wichtige Angelegenheit unberücksichtigt gelassen, ja er hat es nicht einmal für geboten erachtet, den Empfang unserer Vorschläge zu beschleunigen. — Zur Erledigung der Zweigvereinsgeschäfte und zur Agitation waren 63 Versammlungen, 18 Sitzungen des Vorstandes und 23 Versprechungen erforderlich. Die Kassenverhältnisse sind befriedigend. Die Hauptkasse hatte eine Jahres-einnahme von M 37 103,30, und zwar an Eintrittsgeldern M 322,50, an wöchentlichen Beiträgen M 34 392,20, an Restbeiträgen der Maurer M 2126,25, an Restbeiträgen der Bauhilfsarbeiter M 218,30, an Ertragsbändern und sonstigen Einnahmen M 43,65. Die Ausgabe in derselben Höhe zerfällt in folgende Posten: — An die Hauptkasse gezahlt M 25 429,68, für den Streit in Schwertzen M 118,90, für Neuentwertung M 2, für Rechtschutz und Inhaftierung M 447,24, für Krankenunterstützung M 2401,35, für Strebenunterstützung M 1022,50, für Lohn an Hodel M 409,50, der Lokalkasse wurden als Anteil M 7272,13 überwiesen. Der Markenumsatz betrug 62 401, darunter die Ueberträge nicht mit entfallen, die zur Uebertragung der Beitragsseite für die alten Verbände verbraucht wurden. Dieser Markenumsatz entspricht einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 1560. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M 17 593,67 mit den Verblenden von M 6043,89 von den Maurern und M 52,87 von den Bauhilfsarbeitern. Die Ausgaben betragen M 10 056,45, es verbleibt mithin ein Kassenbestand von M 7537,12. Eine schöne Leistung, die die geeinigte Organisation unter schwierigen Verhältnissen vollbrachte. Aber: U h e n h e i ß t K o s t e n. Daher richten wir an alle Kollegen erneut den Mahnruf: Vornwärts! In diesem Jahre muß die Mitgliederzahl auf 2000 gebracht werden.

**Reichenbach i. Schl.** (Jahresbericht.) Bei einem Hinblick auf die Verhältnisse im Zweigverein können wir sagen, daß die Bautätigkeit im Vorjahre befriedigend war. Es ist zu hoffen, daß sie auch in diesem Jahre wieder gut sein wird, weil hier für die Arbeiter eine Wohnwagnis herrscht und in dieser Frage bis jetzt sehr wenig oder gar nichts geschehen ist. Die Verschmelzung mit den Bauhilfsarbeitern hat uns ein gutes Stück vorwärts gebracht; unsere Hoffnungen sind voll erfüllt worden. Am Schlusse des Jahres 1910 hatten wir einen Mitgliederbestand von 190, davon entfielen 145 auf die Gelehrten und 45 auf die Ungelernten. Es wurden im Laufe des Jahres 148 Kollegen neu aufgenommen, zugereicht sind 13, nach einem Zugang von 161 Kollegen. Abgereist sind 30, ausgetreten 2, zum Militär eingezogen 2 und wegen Schulden gestrichen 22, somit ein Abgang von 64 Kollegen. In Schöberggrund haben wir eine Zahlstelle gegründet, die etwa 50 Mitglieder zählt. Somit haben wir jetzt eine Mitgliederzahl von 266. Auch in Nimpf haben wir schon etwas an Boden gewonnen und dort zwölf Mitglieder unserm Verband zugeführt. Es ist aber notwendig, in diesem Jahre alle Kraft einzusetzen, um alle Kollegen von Nimpf unserer Organisation zuzuführen. Versammlungen wurden insgesamt 15 abgehalten, davon in Reichenbach zwölf, in Peterswaldau eine, in Nimpf zwei. Der Versammlungsbesuch muß viel besser werden, denn es entfallen auf jeden Versammlungsbesucher im Durchschnitt nur 4,48 Versammlungen; 176 Kollegen haben gar keine Versammlung besucht. Hier muß in Zukunft Wandel geschaffen werden. Vorstandssitzungen haben fünf stattgefunden, Ausgegeben wurden: für Sitzungen M 10,10, für Agitation M 49, an Lokalkassenunterstützung M 277,75, an Ortsunterstützung M 2. Auch wurde wegen Verregelung eines Kollegen eine Sperre über den Bau Hülzer (Firma Förster) verhängt, wofür M 218,85 beizugehalten wurden. Die Sperre wurde nach achtstägiger Dauer zugunsten der Kollegen erledigt. Der Markenumsatz an Beitragsmarken mit Arbeitslohn und Krankenmarken betrug 8886 Stück. Nun wollen wir mit allen uns zu Ge-

bote stehenden Mitteln arbeiten, um in diesem Jahre alle...

Witten a. d. R. (Zweigebericht). Die Kollegen von Witten können mit Genugtuung auf das Jahr 1911...

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

In Gelsenkirchen ist am 20. Februar der Kollege Johann Meyer einem Ungen- und Leberleiden erlegen...

Ungetrene Rastierer.

Wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung hatte sich der frühere Kassierer vom Zweigverein Schneidemühl...

Christen, als unser Zweigverein Schneidemühl im vorigen Sommer dem Stöck wegen seiner Schandtaten ausstößt...

Der Deutsche Bauarbeiterverband und das Reichsvereinsgesetz.

In der Nr. 50 des letzten Jahrganges teilten wir auf Seite 603 mit, daß unser Dresdner Zweigverein...

Deswegen, den 21. November. Nachdem der Deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Dresden, dem sozialdemokratischen Wahlfonds...

Der Vorstand hat daher die in § 3 Abs. 2 des Reichsvereinsgesetzes vorgesehenen Verpflichtungen zu erfüllen...

Sie wollen diesen Verpflichtungen binnen 14 Tagen nachkommen.

Die königliche Polizeidirektion, gez. Koettig.

Der Vorstand unseres Zweigvereins hatte die Ansprache der Polizeidirektion jedoch nicht berücksichtigt...

Barth vermahnt auf die Statuten des Bauarbeiterverbandes, aus denen herbergehe, daß es sich lediglich um eine wirtschaftliche Vereinigung handle...

Der Amtsanwalt war der Ansicht, es konnte nicht darauf an, ob der Zweigverein oder die Hauptstelle den Beschluß gefaßt habe...

Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Zu beachten sei in erster Linie, daß es sich nicht um eine Veranlassung des Zweigvereins, sondern um eine solche der Hauptstelle handle...

Das Gericht erkannte trotz alledem auf 15 Strafe wegen Nichterreichung der Vorstandskasse...

„Blüten am Baume der Organisation“.

In Nr. 39 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre brachten wir unter obiger Ueberschrift einen Artikel, in dem eine Reihe schwerer Mißstände und Auswüchse geschildert...

Auf diese Darstellung und Kritik schiedten die Vier dem „Grundstein“ zunächst eine Verichtigung. Diese wurde in Nr. 42 dem Sinne nach auch veröffentlicht...

als Vertreter der Angeklagten deren Freisprechung. Das Gericht beurteilte die Angeklagten zu je 50. Geldstrafe wegen Verleumdung und zur Tragung der Kosten. Außerdem soll das Urteil im „Grundstein“ veröffentlicht werden. Im Gerichtsfall war wohl außer dem Gericht kein Mensch, der nach der vorausgehenden Beweisführung ein solches Urteil erwartete hätte. Daß die vier Richter aber selbst durch dieses Urteil in den Augen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verabschiedet sein werden, glauben diese wohl selber nicht. Mühte doch das Gericht trotz der Beurteilung auszusprechen, es sei erwiesen, daß die Kläger den Thomas nicht mitarbeiten lassen wollten, weil sie ihn in die Geheimnisse ihrer Arbeit nicht einweihen wollten. Wenn das Gericht meint, daß das keine Unkollegialität sei, so kann das an unserer gegenseitigen Ansicht auch nicht ein Wort ändern. Stamen aber muß man darüber, daß das Gericht den beiden Angeklagten nicht einmal den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zubilligt hat, obwohl doch aus dem Urteil klar hervorgeht, daß durch die Kritik nur dem weiteren Umsichgreifen und der Verhinderung solcher Auswüchse vorgebeugt werden sollte. Schließlich könnte auch das Schöffengericht in Hannover wissen, daß der „Grundstein“, als offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes, gerade die Pflicht hat, solchen Auswüchsen, zumal wenn sie sich gegen Angehörige unserer Organisation richten, mit aller Schärfe entgegenzutreten.

### Glaserleger.

Essen. Einen Beitrag zur Moral gewisser Glaserleger liefert folgender Brief, den ein angesehener Nachfolger an ein hiesiges Blatten-Geschäft richtete:

Essen, 19. Januar 1912.

P. P.

Da ich im vorigen Sommer schon mit Ihrem Bau-führer Herrn Koppler betreffs Arbeit Übertragung gesprochen habe, woraus leider nichts geworden ist, weil dem Letzteren die Arbeit übertragen war, richte ich nun an Sie die Bitte, mich Ihre Blattenarbeiten zu übertragen. Falls Sie dies momentan nicht können oder wollen, so bitte ich mich, als Futurleg einzustellen, alsdann hätten Sie Gelegenheit, mich näher kennen zu lernen. Ich bin 10 Jahre Maurerpoliz gewesen fürwahr ich die besten Zeugnisse besitze und arbeite seit etwa 3 Jahren als Glaserleger.

Während dieser Zeit habe ich bei Stolze Gelsenkirchen Quenell und Bloeger & Co. gearbeitet. Sie könnten sich eventl. bei diesen Firmen erkundigen, denn ich bin bei jeden längere Zeit gewesen. Das Sie mit den Leuten, die Sie augenblicklich beschäftigen, auf die Dauer nicht auskommen, davon bin ich festest überzeugt.

In dem ich, um geneigte Berücksichtigung, meines Gesuches bitte, zeichne ich, mit Hochachtung und Ergebenheit  
Johann Stolte Oberbedirftre 24.

Also so sieht Johann Stolte aus. Injere ältesten und tüchtigsten Kollegen sollen diesem „gehährlichen“ Maurer-poliz weichen. Unsere Kollegen werden ihm bei seinem Aufstehen den Empfang bereiten, der ihm gebührt. Wir erlauben alle organisierten Bauarbeiter, auf diesen Mann zu achten, der sich vielleicht an irgendeiner bestetzten Stelle noch als organisierten Glaserleger aufspielt. Sein lichtscheues Treiben ist, wie man sieht, sehr gefährlich.

### Stuttateure.

Gau Bremen. Im Dezember vorigen Jahres befaßte sich eine Konferenz mit der Lohnbewegung der Stuttateure im Unterweser- und Emsgebiet. Das Resultat war folgen-des: Das ganze Unterweser- und Emsgebiet soll in Unter-gebiete eingeteilt werden, für die Verträge abgeschlossen werden sollen, so daß nach Abschluß der Verträge sogenann-tes „Freiland“ nicht vorhanden ist. Diese Gebieteinteilung war deswegen notwendig, weil nur in einer beschränkten Zahl von Orten Studjesäfte vorhanden sind und ein großer Teil der Arbeit von „fliegenden“ Firmen ausgeführt wird. Da nun selbst bei den Firmen, die im Gebiet an-fällig sind, die verchiedenartigsten Lohn- und Arbeitsbe-dingungen eingeführt sind, ist es erklärlich, daß in erster Linie die Firmen das Gebiet beschränken, die mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen am rückständigsten sind. Um hier Wandel zu schaffen, sollen die Bewegung und die Verhand-lungen nach einem einheitlichen Schema geführt werden. In ihm ist die Regelung der Zuschläge für Überstunden, für Nacht- und Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen vorgegeben. Für Arbeiten, die außerhalb liegen, soll pro Tag M 1 und für Arbeiten, bei denen es den Gehilfen nicht möglich ist, abends nach Hause zu kommen, eine Auslösung von M 3 gezahlt werden. Ferner ist in-familien Verträgen die neunstündige Arbeitszeit vorge-sehen, mit Ausnahme von Bremen, wo der Afttundentag ge-fordert wird. Desgleichen wird eine einheitliche Regelu-ng in der Lieferu-ng der Werkzeuge und Geräte an-ge-strebt. Bei Einreichung der Vorlagen hatten wir für Osnabrück und Bremer haben den Wunsch ge-äußert, die Verträge am 1. März d. J. in Kraft treten zu lassen. In Bremen läuft der jetzige Vertrag mit dem 1. April d. J. ab. Bis heute sind wir noch ohne jegliche Antwort von Seiten der Unternehmer. Wir wissen nur, daß der Arbeitgeberverband Bremerhaben beschlossen hat, für seine familiären ihn ange-schlossenen Gruppen - hier zu ge-hören auch die Stuttateure-gesellschaften - die Lohn- und Ar-beitsbedingungen für 1912 so beizubehalten, wie sie 1911 gewesen sind. Andererseits stellen die Stuttateurefirmen alles, was kommt, ein, um die Arbeit möglichst schnell fertig zu bekommen. Aus alledem ist wohl zu schließen, daß es in diesem Frühjahr ohne erbitterte Kämpfe nicht abgehen wird. Wir eruchen daher alle Stuttateure, Gipser und Mabitbeiter, die Beschäftigten in Osnabrück, Lin-gen, Leer, Embden, Norden, Den Nordsee-inseln, Wilhelmshaven, Nordenham, Brem-erhaben, Cuxhaven, Stade und Bremen oder in der Umgebung dieser Orte in Arbeit zu treten, dies zu beachten.

### Flolierer und Steinholzleger.

Nachdem am 13., 14. und 15. Februar in Berlin die Verhandlungen mit den Vertretern des Zentralverbandes der Flolierfirmen wegen Vereinbarung eines zentralen Vertragsinnehmers stattgefunden hatten, fanden in der vorigen Woche in Mannheim Verhandlungen mit der Firma Grünzweig & Hartmann in Ludwigs-hafen und deren Filialen statt, wobei es sich ebenfalls um den Ab-schluß eines Tarifvertrages handelte. Die Firma, die bis zum 1. Januar d. J. Mitglied des Zentralverbandes der Flolierfirmen war und sich im Dezember überall feilhaft an der Ausperrung beteiligte, ist aus diesem Ver-bande aus-getreten und hat sich dem Arbeitgeberverband in Mannheim angeschlossen. Der Stammtisch und die Fabrikanlagen der Firma befinden sich in Ludwigs-hafen am Rhein. Das Pro-visorium, das im Januar mit dem Zentralverband der Flolierfirmen abgeschlossen worden war, wurde von der Firma ebenfalls akzeptiert; auch verpflichtete sie sich, dafür zu sorgen, daß auch von der Filiale Dresden, die für Flolierer gesperrt war, weil sich der Vertreter weigerte, dem dort geltenden Tarifvertrage anzuerkennen, der Vertrag ebenfalls anerkannt wurde. Die Firma in Ludwigs-hafen hatte sich auch feilhaftig bereit erklärt, für sich und ihre sämtlichen Filialen einen Tarifvertrag mit unsern Ver-bänden abzuschließen. Da wir aber zunächst erst einmal mit dem Ver-bande der Flolierer ins Reine kommen wollten, wurden die Verhandlungen mit der Firma solange hinausgeschoben. Von den Vertretern der Firma, die an der Verhandlung teilnahmen, wurden die vom Firmen-verband gemachten Zugeständnisse für Berlin, Dresden, Hamburg und München ohne weiteres anerkannt. Größere Schwierigkeiten aber machten sie bei Regelung der Ver-hältnisse in Ludwigs-hafen, Düsseldorf und später auch noch in Dresden. In Ludwigs-hafen, wo die Firma, wenn man von Mannheim abieht, nur allein in Frage kommt, sträubte sie sich mit Händen und Füßen gegen eine Ver-zürzung der Arbeitszeit von zehn unter neunzehn Stunden täglich. Als die Herren aber einsehen, daß ihr Sträuben zwecklos sei und daß wir keine Konzession machten, gaben sie nach. Auch die Regelung der Lohnfrage für Ludwigs-hafen, Düsseldorf und Dresden gestaltete sich sehr schwierig; schließlich wurden aber auch hierbei von den Vertretern der Firma Zugeständnisse gemacht, denen unsere Kollegen in den in Frage kommenden Orten, bis auf einige Unannehmlichkeiten, die sich aber sicher vor dem end-gültigen Abschluß des Vertrages noch werden ausgleichen lassen, wohl zustimmen können. Bezüglich der Afford-arbeiten gelten überall die örtlichen Vereinbarungen. Ueber weitere Einzelheiten kann erst später ausführlicher berichtet werden. Jedenfalls wird bis dahin auch mit dem Zentralverband der Flolierfirmen eine Einigung erreicht.

Berlin. (Jahresbericht.) Das erste Jahr im Deutschen Bauarbeiterverband liegt hinter uns, und es ver-lohnt sich wohl, einen kurzen Rückblick darauf zu werfen. Der siebenwöchige Streik im Jahre 1909, der zu keinem ein-heitlichen Tarifabschluß führte, ließ auch in diesem Jahre noch eine gewisse Stagnation erwarten. Als im März die Leipziger Kollegen beantragten, über die Firma Rhein-hold & Co. zu passender Zeit die Sperre in ganz Deutsch-land zu verhängen, kam etwas mehr Leben in die Kollegen. Sie beschloß einstimmig, dem eventuellen Ruf des Ver-bandsvorstandes Folge zu leisten. Gleichzeitig setzte auch ein etwas lebhafteres Interesse für die beruflichen Fragen ein, das durch die Drangsalierungen der Unternehmer, ins-besondere durch das Affordsystem, ange-spornert wurde. Wenn im Jahre 1909 Arbeiten unter 20 am, nach allgemei-n in Lohn ausgeführt werden konnten, so wurde jetzt bei einzelnen Firmen verlangt, jede, auch die kleinste Arbeit in Afford auszuführen. Das durch derartige Schikanie-rungen das Gegenteil von dem erreicht wird, was be-ab-sichtigt ist, war für uns klar. Aber wir mußten die Zeit abwarten. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß im Herbst eine gute Konjunktur einsehen mußte. Im August wurden unsere Kollegen nochmals aufgefordert, in den einzelnen Werkstätten nach unorganisierten Flolierern Umschau zu halten, damit auch der letzte uns noch fer-nehmliche Kollege unserer Organisation zugeführt werde. Als nun sogar noch die einzige Firma, mit der wir ein Tarifverhältnis hatten, den Tarif kündigte, angeblüh um auch die Affordarbeit einzuführen und konkurrenzfähig zu bleiben, da war es mit der Geburt der Flolierer vorbei. Eine Versammlung im September beauftragte den Vor-stand, unsere Forderung, lautend auf 5-3 Zulage pro Stunde bei neunstündiger Arbeitszeit, den Unternehmern zu unterbreiten. Auf die eingereichte Forderung wurde den Flolierern mündlich der Bescheid, daß der gegen-wärtige Stundenlohn vom 1. Oktober um 2½ % erhöht werde. Das wurde auch der Organisation mitgeteilt, ohne irgendwie mit dieser in nähere Verbindung zu treten. Den Flolierern erschien diese Zulage zu gering. In einer Ver-handlung mit den Unternehmern wurden von diesen weitere 2½ % vom 1. Juli 1912 an zugestanden. Außerdem sollte sich in kurzer Zeit eine Versammlung der Unternehmer mit der Erhöhung der Affordpreise befassen. Bis dahin wurde den Flolierern zugestanden, die sie etwaige Arbeiten, bei denen sie nicht in Lohn ausführen könnten, Das alles sollte ein Provisorium sein, weil von den Unternehmern be-ab-sichtigt wurde, einen Zentraltarif abzuschließen. Damit schien die Bewegung für 1911 in Berlin erledigt. Da aber nun in verschiedenen Orten Deutschlands Differenzen be-standen, beschloß die Konferenz der Flolierer, über die Firma Rheinhold & Co. in ganz Deutschland die Sperre zu verhängen. Bereits am 22. November kamen unsere Kollegen dieser Firma dem Beschluß nach und legten die Arbeit nieder. Um diesem Vorgehen mehr Nachdruck zu verleihen, erklärten sich die Kollegen der Firma W. Krauß am 4. Dezember mit den Rheinhold'schen Flolierern solidarisch. Darauf sperrten die Unternehmer alle organi-sierten Flolierer am 6. Dezember aus. Bei der Firma Rheinhold & Co. flohen zwar ältere Kollegen, denen wir das Weiterarbeiten gestatteten, ebenfalls aufs Staß-pferd. Der weitere Gang der Ausperrung und der Verhandlungen sowie der Abschluß eines Provisoriums ist noch in aller Gedächtnis, so daß es sich erübrigt, darauf

weiter einzugehen. Bemerkenswert sei noch, daß im Jahre 2 Generalversammlungen, 13 Mitgliedsversammlungen und 2 Streikerversammlungen stattfanden. Ein Antrag, die Flolierer August Wächter, Zicker, Neumann, Nibelhaus und Otto Kriemhild wegen Streikbros aus der Organi-sation auszuschließen, wurde angenommen. Weitere An-träge auf Ausschluß wurden bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

### Vom Bau.

#### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Jahrbuch zu senden.

Berlin. Ein tödlicher Baunfall ereignete sich in Wilhelmshafen auf dem Grundstück Duisburger Straße 8. Als der Bauarbeiter Max Gehlich in der vierten Etage des Neubaus eine Last Bretter zu transportieren hatte, trat er fehl und stürzte kopfüber in die Tiefe. Er schlug im Fallen auf einen eisernen Träger des Treppenschachtes auf. Der Verunglückte erlitt außer einem Schädelbruch und andern äußeren, schwere innere Verletzungen und ver-starb, ehe der sofort herbeigerufene Arzt zur Stelle war.

Düsseldorf. (Mehr Bauarbeiter-tötung.) Mit diesem Aufseher wendet sich die organisierte Bauarbeiter-tätigkeit Düsseldorf immer und immer wieder an die Baupolizei-behörde. Es vergeht nicht fast kein Tag, an dem nicht ein Unglück passiert. Zum Teil ist dies auf die Verwendung von schlechtem oder ungenügendem Material zurückzuführen. Am 17. Februar kürzte am Neubau des Baugewerks-meisters Rudolf Ohl, Wrohmstraße, unser Kollege Karl Theisen mit gefülltem Mästelträger durch die schon je-tzt geräumte Zeit fertiggestellte Betondecke eines Treppen-podestes. Der Verunglückte wurde schwer verletzt auf-gehoben und nach dem Marienhospital gebracht. Von Sach-leuten wird erklärt, der Unfall sei darauf zurückzuführen, daß die Betondecke nicht mit dem richtigen Prozentsatz Zement gemischt worden sei. Die im Zweigvereinsbüro zur Ansicht ausgetlegten Betonproben vom dem durch-gebrochenen Podest rechtfertigen diese Mutmaßung. Man hat jedenfalls an Zement sparen wollen. Eine Untersuchung des Falles wäre deshalb dringend am Platze.

Essen. Als sich am 20. Februar zwei Arbeiter auf dem Gerüst eines Neubaus befanden, stürzte dieses plötzlich zusammen. Die beiden Arbeiter stürzten aus der Höhe des dritten Stockwerks in die Tiefe, wo sie schwer verletzt liegen blieben. Sie wurden ins Krankenhaus ge-schafft.

Essen. Vom Baugerüst gestürzt ist am 14. Februar der in Gollterhausen beschäftigte, unheimlichete Stukfatur Ernst Köhne. Man war mit dem Abbrechen des Gerüstes beschäftigt, als L. noch einige Kleinigkeiten an der Frontseite des Hauses bormehmen mußte. Er machte einen Fehltritt und stürzte in die Tiefe, wo er mit schweren Kopf-letzungen benutzlos aufgehoben wurde.

Freiburg. Auf dem Herderschen Neubau in der Jähringerstraße stürzte ein Dacharbeiter 51 Jahre alter Blechmermeister, als er mit Verarbeiten beschäftigt war, von einer Leiter etwa 10 m tief ab und erlitt einen schweren Schädelbruch. Der Verunglückte wurde sofort in die nahe gelegene Poliklinik geschafft, wo er nach kurzer Zeit starb.

Gemüß. Verhängt wurden am 20. Februar in Gartfeld beim Abbruch einer alten Mauer die Arbeiter Wilhelm und Johann Schönberger. Während Johann mit kleiner Verletzungen davonkam, war Wilhelm sofort tot.

Hamburg. Am 16. Februar stürzte an dem Neubau der Wohnkollengesellschaft auf Neuhof in Wilhelmshafen der Maurer G. Gerbis vom Gerüst ab. Mit einer Bein-verletzung wurde er in seine Wohnung geschafft. Unbittiges Gerüst war die Ursache des Unfalles. Am 22. Februar stürzte an dem Neubau in der Niddardirthe in Hamburg der drei Stod hohe mittlere Teil des Lichthofes in einer Länge von 8 m ein, wobei ein Klempner leicht verletzt wurde. Die Ursache des Einsturzes ist in einem Konstruk-tionsfehler in Verbindung mit leichtfertiger Arbeitsweise zu suchen. Der Sand aus dem Keller ist mit zu dem Aufbau verwendet worden: Dem Mörbel scheint jede Windkraft zu fehlen, da das eingestürzte Mauerwerk fast völlig frei von Mörbel ist. Auch wird das Freigeben des Kellers das Funda-ment mit gelodert haben, was mit die Ursache des Un-falles sein kann. Die Veranmerung ist ebenso mangelhaft, die Unter sind alt, die Verbindungen der Stöße der Unter sind ebenfalls nicht korrekt gemacht. Bei sechs Grad Frost ist noch gemauert worden, und zwar gerade an den frag-lichen Stellen. Der technische Fehler besteht darin, daß auf dieser Mauer zwei große Träger lagen, auf denen die andern Wände aufgeführt waren. Die Träger lagen auf Pfeilern und diese gaben dem Druck nach. Unbedingt hätten auf diesen Pfeilern statt Blatten eiserne Träger als Unter-lage genommen werden müssen, dann wäre der Druck ver-teilt worden. Natürlich trägt auch die ungenügende behör-dliche Kontrolle mit so solchen Unfällen bei.

Gerford. Am 10. Februar brach auf dem Fabrik-neubau der Firma Weinberg (Unternehmer, Gressenreier & Brand) beim Rügen einer der großen Brüstfälle plötzlich das Gerüst zusammen, den Lehrling Brand unter sich be-grabend. Brand wollte mit einem andern Gehilgen einen Baum unter dem Gerüste durchfahren, als der Zusammen-bruch erfolgte. Er lagte über heftige Schmerzen im Kreuz und wurde mittels Wagens nach seiner eiterlichen Wohnung gebracht. Der andere Lehrling erlitt eine Verletzung der Nase. Die auf dem Gerüst Arbeitenden hielten mit dem Schreden davonkommen. Die Schuld lag hier an den Arbeitern selbst. Wäre das Gerüst genügend abgesteift gewesen, konnte das Unglück nicht passieren.

Lauscha. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich bei den Arbeiten des Annehbaues am Bahnhof Bad-Walken-dorf-Neubaus-Lauscha dadurch, daß ein Steinblock, den man hochwinden wollte, mit großer Gewalt auf einen Wagen aufschlug. Dieser wurde vollständig zertrümmert, und

zwei dabei stehende Eisenbahner erlitten schwere Luetzungen, ein anderer Arbeiter kam mit leichten Verletzungen davon. Nachdem man den Verletzten Noehrerbanne angelegt hatte, schaffte man sie ins Krankenhaus zu Graefenbach.

**Arbeitsunfaehen.** Am 10. Februar fiel bei den Arbeiten der Unterfuhrung an der Krankenhaustrasse ein 8 m hoher Einraumblock um und traf die beiden zwaenzigjaehrigen Schlosser Otto Wallmann und Wilhelm Meyer. Beide erlitten Knochenbrueche und andere Verletzungen. Mit dem Sanitaetsauto wurden sie ins staedtl. Krankenhaus gebracht.

**Marienverder.** Von einem schweren Unfall wurde am 21. Februar der etwa 40 Jahre alte Zimmergeselle Hermann Rathenau bei Ausfuhrung von Bauarbeiten an der Artilleriekaserne betroffen. Er hatte das Unglu ck, 4 m hoch abzufaellen, wodurch er sich bedeutende innere und aeußere Verletzungen zuzug.

**Vorderen.** Am 16. Februar stürzte auf einem Neubau unser Kollege Wilhelm Schoorman durch einen Fehltritt eine Etage hoch ab. Dabei quetschte er sich die linke Seite und zog sich einen Schulterknochenbruch zu, wodurch er auf laengere Zeit arbeitsunfaehig ist.

**Mauern.** Loedlich verunglu ckte am 19. Februar der 33 Jahre alte Maurer Otto Becker aus Oberreichenau bei Pausa. Becker war in der Dampfjehle des Baumeisters Weihenmüller mit Baumgraben beschaefigt. Wahrscheinlich infolge eingetretenen Tauwetters loeste sich ploetzlich eine Regenwand und traf W. so ungluecklich, daß er kurze Zeit nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus farb. W. hinterlaeßt eine Witwe mit acht uneroegenen Kindern, von denen das aelteste 12 Jahre alt ist. — Ein Unglu ckfall mit toedlichem Ausgang ereignete sich am 21. Februar beim Abbruch des Restaurants „Centralhalle“. Dort loeste sich ploetzlich ein Stueck Gipsmauer und stürzte etwa 10 m tief herab, traf dabei unten mit dem Aebigen eines Baumes beschaefigten Arbeiter Josef Misch so ungluecklich, daß er einen schweren Schaebelbruch erlitt, an dessen Folgen der Verunglu ckte noch am gleichen Abend verschied. Der Unfall haette leicht noch ein weiteres Opfer fordern koennen. Nur dem Umstand, daß der andere Arbeiter durch den ziemlich starken Baumstamm geschuetzt wurde, verdankt er sein Leben. — Nach unserm Daerhalten haette der Unfall recht gut vermeiden werden koennen, wenn man die Baume entweder vor Beginn des Abbruchs weggesaegt, oder gemartet haette, bis die Mauern so tief abgebrochen waren, daß man ohne Gefahr dort arbeiten konnte. Bemerkenswert ist noch, daß der Baum nur 2,85 m vom Bau entfernt war, es also an und fu r sich unfaehig war, zu gleicher Zeit oben und unten Leute zu beschaefigen, ohne auch nur die geringsten Vorkehrungen zum Schutz der Arbeiter zu treffen. Gerade die Firma Richter haette es dringend notwendig, sich mehr um die Einhaltung der Arbeiterschutzbestimmungen zu kummern, kommen doch in ihrem Geschaef fast taeglich Unfaelle vor. — Ein weiterer Unglu ckfall ereignete sich am selben Tage auf dem Neubau der Firma Grafenstein. Dort waren zwei Maurer mit Waerstein beschaefigt. Beim Veraerlangen der vorletzten Reihe stürzte der Maurer Richter ploetzlich aus einer Hoeh e von etwa 3 m herab und erlitt dabei eine erhebliche Fuhrverstaechung. Der unterstehende Maurer Schaller wurde von der nachstuezenden Reihe getroffen und erlitt eine erhebliche Verletzung am linken Fuße.

**Mies.** Am 20. Februar fiel der Maurer Ernst Hoffberg beim Draehziehen im Eisenwerk Mies infolge Zerreißen des Draehes circa 3 m in die Tiefe, wobei er sich die Beine so verstaechte, daß er nach seiner Wohnung gefahren werden mußte.

**Soran.** Am 17. Februar verunglu ckte der Maurer A. Schader beim Waerstein des Neubaus von J. Beanzig, indem er 2,50 m herabfuellte. Er zog sich eine stark blutende Wunde am Kopf zu, die man sofort verband, dann wurde er in aergtliche Behandlung gebracht. Der Unfall ist wohl hauptsaechlich auf das Jagen bei der Arbeit zurueckzufuehren. Hat doch der Unternehmer C. Beanzig einen Kollegen von der Baustelle gesagt, weil er nach Ansicht des Unternehmers nicht genug leistete. Der Verunglu ckte hatte kaum Zeit, sein Gesicht zusammenzufassen.

**Stuttgart.** Ein schwerer Unglu ckfall ereignete sich am 24. Februar in der Neckarstrasse am Neubau des Baugeschaefts Kaupp. Ein zum Materialaufzug auf einem etwa 20 m hohen Stagengeruest aufgestellter dreibeiniger Kran stürzte auf die Strasse. Drei Arbeiter, die oben im Greiff waren, einen circa 55 Zentner schweren Stein aufzugeben, wurden mit in die Tiefe gerissen. Der 18 Jahre alte Maurer Jakob Koch und der Hilfsarbeiter Johannes Reiz wurden schwerverletzt; aus den Trimmern befreit und ins Krankenhaus uebergefuehrt. Reiz ist verheiratet und Groeßvater mehrerer unmuendiger Kinder. Der dritte Arbeiter besaß die Geistesgegenwaert, sich waehrend des Absturzes an dem Draehseil des am demselben Geruest angebrachten Motoraufzuges festzuhalten, an dem er dann heruntergefielerte. Er kam so mit einer Armverrenkung davon. Ueber die Ursache bestehen sich in Kreisen der Saepverstaendigen Meinungsverschiedenheiten. Es bestehen zwei Moeglichkeiten: Entweder kippte der ganze Kran einwenig infolge ungenuegender Belastung des Maschines gegenueber, um, oder der Wirtz wurde durch Bruch einer Rolle an der Faehse oder Schwenkvorrichtung des Krans verstaecht. Waehren Aufschluß hierueber werden die Untersuchungen durch die Behoerde ergeben. Leicht haette der Unglu ckfall zur Katastrophe werden koennen, da die Baustelle an einer Verkehrstrasse mit Straßenbahn liegt.

**Soran.** Im naehen Neuen sollte auf dem Grundstueck des Hausbesitzers Krause die Wand eines Stalles umgefuehrt werden, um einen Neubau Platz zu machen. Dabei fiel sie aber nicht wie berechnet und begrub den 19 Jahre alten Fischehler unter sich. Dieser konnte nur als Leiche unter den Steinmassen hervorgezogen werden.

### Gewerkschaftliches.

Paul Horn ist. Der Bergarbeiterverband hat einen schweren Verlust erlitten, am 23. Februar verschied nach kurzem, aber schwerem Krankenlager der Hauptkassierer des Bergarbeiterverbandes: Paul Horn. Ein schweres Herzleiden, verbunden mit einem Nervenleiden, machte seinem

Leben nach vierwuechigem Krankenlager ein Ende. — Paul Horn wurde am 22. August 1858 in Schemdewitz bei Zwickau geboren. Frueh schon widmete er sich der modernen Arbeiterbewegung. Am 1. August 1880 trat er dem 1876 gebildeten Bergarbeiterverband bei. 1884 wurde er Mitglied des Verbandsvorstandes, 1889 beteiligte er sich an dem großen Streik und wurde gemuert. 1893 laendte ihn der Bergbaubezirk Zwickau in den saechsischen Landtag, dem er bis 1899 angehoert. Infolge der von den Konserwativen und Nationalliberalen borgenommenen Wahlrechtsverfaesslerung konnte Horn nicht wiedergewaehlt werden. 1892 wurde er im saechsischen Bergarbeiterverband zum Hauptkassierer gewaehlt, welchen Posten er bis zur polizeilichen Aufloesung 1895 bekleidete. Dann widmete er sich dem Konsumvereinswesen. 1903 wurde er auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in den Verbandsvorstand gewaehlt. Diesen Posten bekleidete er, bis die tuedliche Krankheit ihn an das Bett festsetzte. — Nach dem Streik 1889 muete er ein volles Jahr hinter Gefaengnismauern zubringen; er hatte einen Bergart beleidigt. So hat Paul Horn auch die „Freuden“ des Bergarbeiteragitatoren kennen gelernt.

**Die Lohnbewegung der Bergarbeiter.** Die Lohnbewegung der Ruhrbergleute ist mittlerweile in ein neues Stadium getreten. Anfang dieses Monats wurde die Welt und wurden besonders die Bergleute durch die Nachricht ueberrascht, daß der Zechenverband im Ruhrgebiet beschloessen habe, freiwillig eine Lohnerhoehung einzutreten zu lassen. Begründet wurde diese Maßnahme mit den am 1. April d. F. eintretenden erwaelteten Kohlenpreisen. Es hieß, daß die Grubenbesitzer den Bergleuten auch ohne die Forderungen der Arbeiterorganisationen freiwillig von der zu erwartenden Mehreinnahme etwas abgeben wollten. Die Fuhrer des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter schwammen schon in eitel Wonne; denn sie glaubten, daß eine Lohnbewegung jetzt nicht notwendig sei, da die Grubenbesitzer freiwillig Lohnzuwuege vornehmen wollten. Skeptiker sagten damals schon gleich, daß diese von den Zechenherren ausgehete Nachricht nur dazu dienen sollte, um der Oeffentlichkeit die erhoehten Kohlenpreise jaemadhaft zu machen. Die Leitung des Bergarbeiterverbandes stellte auch noch fest, daß dort, wo Lohnerhoehtungen angekündigt sind, nur von den Schichtloehnen die Rede war, waehrend für die eigentlichen Bergarbeiter (Hauer, Behrhauer und Schleppe), die zum größten Teil im Gebirge (Aster) arbeiten, noch nichts bewilligt, sondern im Gegenteil noch Gebirgereduzierungen vorgekommen sind. Inzwischen hat sich das nur noch mehr bestaetigt.

Von fast allen Zechen laufen Nachrichten ein, aus denen hervorgeht, daß die Grubenbesitzer den Gebirgearbeitern gesagt haben: „Haltet nur feste drauf, Ihr koennt jetzt gut verdienen.“ Dies bedeutet, daß der Bergmann noch staerker schuften soll als bisher; er soll noch mehr Unter- und Nebenloehnen verfahren, dann wird er auch einen hoeheren Lohn am Monatsfluß haben. Von einer Erhoehtung der Gebirgearbeiter ist fast nirgends die Rede.

Die Vorstaende des Bergarbeiterverbandes, der politischen Berufsvereinigungen und des Christlichen Gewerkschafts ließen sich von den Absichtungen der christlichen Draehzieher ebenso wenig wie von den Sirenen gesungen der Zechenbesitzerpreise hängen; sie taten das, was nach Lage der Dinge notwendig war und reichten beim Zechenverband die bekannte Eingabe um Lohnerhoehtung ein. Die bueergerliche Presse weiß nun zu berichten, daß der von dieser Eingabe wesentlich von dem sonst ueblichen abweicht. Dies trifft nicht zu. Die Eingabe ist in einem hoeflichen Ton gehalten. Es wird ersucht, die Löhne wieder auf die Hoeh e des Durchschnittslohnes vom vierten Quartal 1907 zu bringen. Außerdem muesse dazu ein den Leuerungsverhaeltnissen entsprechender Aufschlag treten. Durch diese Eingabe sollte in der Hauptsaache festgelegt werden, wieviel die von der Zechenpresse und den Christlichen verbreitete Nachricht, daß die Löhne erhoeht wurden, auf Wahrheit beruhen. Es lag den Vorstaenden der drei Bergarbeiterorganisationen daran, eine Klipp und klare Antwort zu bekommen. Diese ist jetzt erfolgt. An den Zentralvorstand des Bergarbeiterverbandes kam folgendes Schreiben:

Auf Ihr an uns und gleichlautend an den Bergbauverein gerichtetes gefaelliges Schreiben vom 6. d. M. teilen wir Ihnen hoeflich mit, daß wir aus wiederholt dargelegten Gruenden in Lohnfragen nicht zufaendig sind. Wir unterlassen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß abgesehen von der seit Anfang 1910 bereits eingetretenen allgemeinen Lohnsteigerung infolge der im Kohlenhandel zum 1. April d. F. beschloessenen Preiserhoehtung, eine Erhoehtung der Schichtloehne in niedrigerem, weitaus geringeren Maße erfolgt ist, teils unmittelbar bevorstehend. Eine Erhoehtung auch der uebrigen Löhne ist angesichts der starken Beschaeftigung der Industrie mit Sicherheit zu erwarten, vorausgesetzt, daß unser Wirtschaftslieben von Stoerungen verschont bleibt. Wir bitten Sie, diese Mitteilung auch den beiden aendern mitunterzeichneten Verbaenden zuzustellen.

Grüdauf!  
Zechenverband: Mandbrod. Lütjgen. Funke.  
Dier Geschaefsfuehrung: Voelpeinstein.

Danach haben die drei Verbaende unter dem 20. Februar den einzelnen Grubenberwaltungen folgende Forderungen unterbreitet:

1. Erhoehtung der Durchschnittsloehne für alle Arbeiter um 15 pzt. und Befestigung der großen Zehnunterstuebe für gleichartige Arbeiter.
2. Die Wschlagszahlung hat spaetstens am 25. des laufenden, die Neftlohnzahlung spaetstens am 10. folgenden Monats zu erfolgen.
3. Achtstuendige Schichtzeit, siebenstuendige Schichtzeit bei 22 Grad Celsius; sechsstuendige Schichtzeit bei 18 Grad Celsius. Vorstehende Schichtzeiten verstehen sich inklusive Ein- und Ausfahrt.

4. Ueber- und Nebenloehnen duerfen nur bei Unfaellen, Betriebsstoerungen oder zur Rettung von Menschenleben und Pferden veraehren werden.

5. In den Kolonienwohnungen ist die meist uebliche einmonatliche Kuebung einzufuehren, den Mietlern volle Bewegungsfreiheit in bezug auf Organisationsangehoerigkeit, Warenkauf usw. zu garantieren. Ferner darf kein Zwang zur Haltung von Kuegungen ausgeuebt werden.

6. Dafu r einzutreten, daß Aufzeichnungen der wirtschaftlichen Leistungen für Knappheitsinvaliden, Witwen und Waifen seitens des Knappheitsvereins auf die Knappheitsleistungen nicht mehr stattfinden.

7. Umwandlung des bestehenden Arbeitsnachweises in einen paritaetischen; Aufhebung des noch für Nachbargeden bestehenden Spermiums.

8. Einpraegung des Strafweises; Strafen von ueber M I beduerrten der Zustimmung des Arbeiterausschusses.

9. Errichtung eines paritaetisch zusammengefaesteten Schiedsgerichts mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.

10. Errichtung von Ausschussstaellen für alkoholfreie Getraenke auf den Zechenplaetzen.

Die Bergarbeiter werden am Sonntag, 25. Februar, in großen Versammlungen zu der neuen Situation Stellung nehmen.

In England drängen die Dinge ebenfalls zur Entscheidung; die Vertreter der Arbeiter und der Grubenbesitzer verhandeln unter Leitung der Regierung, daneben aber gar im gleichen Hause tagt das internationale Komitee der Bergarbeiter.

Wir stehen anscheinend am Vorabend großer sozialer Ereignisse.

### Polizei und Gerichte.

**Esse n a. d. R.** In der Nr. 35 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre wurde von einer Gerichtshandlung berichtet, bei der unsere Kollegen Neubaus und Nitzinger wegen Bedrohung und Koerperverletzung, die sie am Landgerichtssaal ueblich haben sollten, der eine zu fu nft, der andere zu zwei Monaten Gefaengnis verurteilt wurden. Die Anzeige hatte der christlich organisierte Maurer Hofmann erstattet, der angeblich mittels einer gefaehrlichen Waaffe, einem beschuhten Fuß, um veraerlaengerten Mietael verkehrt worden sein sollte. Nitzinger, der wegen Bedrohung zwei Wochen und wegen Koerperverletzung sechs Wochen Gefaengnis erhalten hatte, legte Verurteilung gegen das Urteil ein, ueber die am 27. November vorigen Jahres zum ersten Male verhandelt wurde. Die anwesenden „christlichen“ Belastungszeugen koennen Wesentliches nicht bekunden. Nur der Staatsanwalt wollte auf den nicht erstatteten Zeugen, an dem die „schwere“ Koerperverletzung veru rteilt war, nicht verzichten und beantragte Verurteilung des Terminus. Das Gericht kam zu folgendem Spruch: Der Angeklagte wird von der Anklage der Uebernahme freigesprochen. Für diesen Teil der Anklage uebernimmt die Staatskasse die Kosten. Jedoch wird dem Antrag des Staatsanwalts stattgegeben und wegen der Sache „schwere Koerperverletzung der Termin verlaet, damit der oben angegebene Zeuge seine Aussage machen kann.“ Am 19. Februar war nun der christliche Hauptzeuge zu der Verhandlung vor dem Strafhammer erschienen. Er sagte aus, daß er von N. getreten worden sei. Er habe dies zwar nicht gesehen, jedoch habe er sofort die „Tatjaehre“ festgestellt. Die uebrigen Zeugen hatten von einem Austritt ueberhaupt nichts bemerkt. Der Angeklagte stellte entschieden in Abrede, den Zeugen getreten zu haben. Trotzdem kam das Gericht zu dem Urteilspruch: Die Verurteilung wird verworfen. Es bleibt also bei der sechswoechigen Gefaengnisstrafe. Also für einen angeblichen Fuhrtritt, der den Zeugen nach eigener Aussage nicht im geringsten schaedigte, sechs Wochen Gefaengnis. Wie wurde das Urteil erst ausgefallen sein, wenn der Getretene verkehrt worden waere? Trotz solcher Urteile aber behaupten gewisse Kreise, es muessen Ausnahmebestimmungen gegen den „sozialdemokratischen“ Terrorismus geschaffen werden. Wie das vorliegende Urteil zeigt, kommen die Schaerfmacher auch bei dem bestehenden Recht vollstaendig auf ihre Rechnung.

### Zentralkrankentasse.

In der Woche vom 18. bis 24. Februar ist folgender Betrag eingegangen: Von der oertlichen Verwaltung in Hamburg R. 600.  
Zuschueße erhaltien: Berlin R. 3000, Charlottenburg 1500, Altona 400, Harburg 400, Ebn a. Rh. 400, Lichtenberg 400, Seibronn a. R. 300, Mannheim 300, Muenster i. W. 300, Osaabrueck 300, Rinteln a. d. W. 300, Muenstert i. S. 200, Chemnitz 200, Salberstadt 200, Halle a. d. S. 200, Sandshuhsheim 200, Heidelberg 200, Karlsruhe i. B. 200, Koeslin 200, Langensalza 200, Reimichenborf 200, Wittenberge 200, Jüterbog 150, Rübben i. d. E. 150, Ober-Schoeneweide 150, Teterow 150, Buelzig i. d. M. 100, Wrethenheim 100, Gersberg 100, Gohlow 100, Hechtstheim 100, Ziesho 100, Raibach 100, Ueckermünde 100, Wambitz 100, Weisenau 100, Wiesbaden 100, Baderick 100, Rombach 75, Kengerick 60, Wehlar 60, Fehrbellin 50, Lohr i. B. 50, Walschen 50. Summa M. 11945.  
Altona, 24. Februar 1912.  
Fr. Klätschen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Eingegangene Schriften.

Die Sozialdemokratie und die Waehlen zum Deutschen Reichstag von Paul Fischehler und Bruno Dorschardt. Das Werk gibt zueruehst einen geschichtlichen Ueberblick ueber die gesamten Waehlen vom Jahre 1867 bis zum Jahre 1912 unter besonderer Beruecksichtigung der sozialdemokratischen Beteiligung und Erfolge. An der Hand von fu nft uebersichtlichen Tabellen wird ueber das Stimmverhaeltnis, die Parteiverteilung, die Abgeordnetensahl usw. Aufschluß gegeben. Daran schließt sich ein Verzeichnis aller Waehlkreise, die zurzeit sozialdemokratisch vertreten sind oder

schon einmal im Besitze unserer Partei waren, ferner ein Verzeichnis der jetzigen sozialdemokratischen Abgeordneten und ihrer Wahlkreise. Eine vergleichende Uebersicht der Reichstagswahlen von 1903, 1907 und 1912 für alle Wahlkreise zeigt die Verschiebung der einzelnen politischen Parteien; die Erstwahlen seit 1907 haben besondere Berücksichtigung gefunden. Dem Werk ist eine Karte Deutschlands beigegeben, die in verschiedenen Farben den Besitzstand der Parteien im Reiche anzeigt. Das Buch ist jedem, der sich über die politische Struktur Deutschlands informieren will, ein zuverlässiger Ratgeber. Der Preis beträgt M. 2. Die ungekürzte Vereinsausgabe kostet M. 1. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag der Buchhandlung Morawitz, Paul Singer & Co. Berlin SW. 68.

### Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erziehen wir keine briefliche Anstrengung, auch nicht, wenn Mühsalporto beigelegt ist.)

**Der „Zimmerer“ und der Betonbau.** Der Raum-mangel drückt uns jetzt so stark, daß wir seiner gar nicht Herr werden können. Infolge dessen haben wir neben andern wichtigen Artikeln auch die Antwort auf die Frageleien und Besprechungen des „Zimmerer“ zurückstellen müssen. Die Inter-essierten mögen dies zur Kenntnis nehmen und sich noch eine Woche gedulden.

**Strasporto.** Wiederholt sind die postalischen Bestimmungen bekanntgemacht worden, trotzdem steigert sich die Zahl der Briefe, für die Strasporto verlangt wird. Wir sehen uns genötigt, auf nachsichendes besonders aufmerksam zu machen.

Das Porto für gewöhnliche Briefe kostet

bis 20 g	.....	10 ¢
„ 250 „	.....	20 „

Drucksachen und Geschäftspapiere, können bis zu 1 kg Gewicht versandt werden; es kosten Drucksachen

bis 50 g	.....	3 ¢
„ 100 „	.....	5 „
„ 250 „	.....	10 „
„ 500 „	.....	20 „
„ 1 kg	.....	30 „

Geschäftspapiere:

bis 250 g	.....	10 ¢
„ 500 „	.....	20 „
„ 1 kg	.....	30 „

Bei den gewöhnlichen Briefen ist zu beachten, daß ein Abrechnungsformular ohne sonstige Schriftstücke für 10 ¢ zu verwenden ist. Wird aber irgendein Schriftstück, sei es ein Beleg, eine Mitteilung oder sonst etwas, beigelegt, dann kostet der Brief stets 20 ¢ Porto.

Bei Versendungen der Geschäftspapiere, besonders bei Mitgliedsbüchern, werden vielfach kleine Mitteilungen beigelegt. Das ist nicht statthaft; solche Papiere werden als Brief behandelt und kosten dann 20 ¢ Strasporto; das gleiche trifft auch bei Drucksachen zu.

Besonders aber weisen wir darauf hin, daß die Rubere für Drucksachen und Geschäftspapiere nicht zugelassen werden dürfen; bei Geschäftspapieren empfiehlt es sich, ein Band um das Rubert zu legen, um so das Herausfallen der Papiere zu verhindern.

**N. B. in Münchenbernsdorf.** Wenn der Unfall vorchriftsmäßig angemeldet ist, zahlt die Krankenkasse von der fünften Woche an einen Zuschuß zum Krankengeld. Verheben die Folgen des Unfalls nach der 13. Woche noch fort, so hat die Berufsgenossenschaft eine Rente zu zahlen. Daß der Unfall durch die Schuld des Unternehmers entstanden ist, solltet durch die Berufsgenossenschaft melden, damit er für seinen Leichtsinn zur Rechenschaft gezogen wird.

**E. C.** Solche Briefen sind in Berlin; wir können Dir aber keine Adressen angeben. Die Höhe der Steuer richtet sich nach der Höhe des Einkommens.

**Gemütlich.** Der Jahresbericht mußte so gut wie einige andere zurückgestellt werden, weil wir nicht Raum genug hatten. Es kann schon vorgekommen sein, daß ein später eingegangener Bericht abgedruckt wurde, während Eurer zurückbleiben mußte; das hat dann technische Gründe gehabt.

**Berlin, Zentralrankenkasse.** Wir haben zehntausendmal händelnd gebeten, man möge in den Berichten die beide Seiten des Papiers beschreiben, und doch geschieht es noch. Da uns Zeit und Lust zum Abschreiben fehlen, so ist der Bericht in den Papierkorb gewandert.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Gladbeck i. Westf.

Der neugebildete Zweigverein Gladbeck i. Westf. sucht zum 1. April d. J. einen

### Localbeamten.

Bewerber müssen mindestens fünf Jahre unserer Organisation bzw. ihren Vorgängern angehört haben, in der politischen Bewegung bewandert und unbedingt redlich befähigt sein. Außerdem ist ein schriftlicher Bericht über die jetzige Tätigkeit auf dem Gebiete der modernen Arbeiterbewegung einzureichen. Bewerbungsverfahren sind schriftlich, bis zum 6. März mit dem Vermerk „Bewerbung“ an den Kollegen **Louis Henning, Gladbeck i. Westf., Scheinertweg 23, I. Et., einzusenden.** [M. 4,80] Die Aufstellungskommission.

**F. Kluge** kann vom Kassierer des Zweigvereins Nachen, **Jos. Morkelbach,** Alexanderstr. 101, sein Geld aus seiner Rechtschuldfrage in Empfang nehmen. [90 ¢]

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileute kostet 16 ¢.)

**Berlin.** Am 17. Februar starb unser Mitglied **Fritz Biastoff** im Alter von 46 Jahren an Zuckerkrankheit.  
**Brunsbüttelkoog.** Am 13. Februar starb unser Kollege **Jakob Grantz** im Alter von 43 Jahren an Herzschlag.  
**Dresden.** Am 20. Februar starben unsere Kollegen **Wilh. Bernhardt** aus Kleinnaundorf im Alter von 46 Jahren an Lungenerkrankung, **Adolf Klose** im Alter von 46 Jahren an Gehirnerweichung und **Max Kurze** aus Bollenz im Alter von 48 Jahren infolge Unfalls.  
**Eintracht.** Am 18. Februar starb unser langjähriges Mitglied **August Steinhof** aus Salzberghelm im Alter von 87 Jahren an der Prostatierkrankheit.  
**Eisenach.** Am 16. Februar starb nach kurzem aber schwerem Leiden unser treuer Kollege **Wilhelm Beck** aus Siedfeld an tuberkulöser Gehirnhautentzündung.  
**Eisen a. d. Ruhr.** Am 17. Februar starb unser Mitglied **Alberti Enrico** im Alter von 22 Jahren an der Prostatierkrankheit.  
**Freiberg i. S.** Am 22. Februar starb der Kollege **Heinrich Oswald Ziller** im Alter von 37 Jahren an Nierenentzündung.  
**Gambach i. Hessen.** Am 20. Februar starb nach kurzem, schwerem Leiden unser Kollege **Wilhelm Beck** im Alter von 36 Jahren an Blutvergiftung, **Gesensfürden.** Am 20. Februar starb unser langjähriges, treues Mitglied **Johann Meyer** im Alter von 57 Jahren an Lungen- und Nierenleiden.  
**Gieshain.** Am 14. Februar starb unser treues Mitglied **Hermann Singer** im Alter von 61 Jahren an Nierenentzündung.  
**Großen.** Am 20. Februar starb unser Kollege **Ernst Rühms** aus Groß-Metzing im Alter von 21 Jahren an Lungenschwindsucht.  
**Groß-Müden.** Am 18. Februar starb nach langem Leiden unser Kollege **Wilhelm Borchers** aus Metzinghausen im Alter von 32 Jahren an Lungenleiden.  
**Guben.** Am 9. Februar kam durch einen Unglücksfall der Kollege **Richard Hensel** im Alter von 22 Jahren ums Leben.  
**Hannover.** Am 21. Februar starb unser langjähriges und treues Mitglied **Heinr. Bartels** im Alter von 53 Jahren an Magenkrebs.  
**Hannoverstein.** Nach schwerem Leiden ist unser treues Mitglied **Friedrich Baumann** im Alter von 26 Jahren an Schlaganfall gestorben.  
**Hannau.** Am 21. Februar starb nach längerem Leiden unser Kollege **Wilhelm Schramm** im Alter von 69 Jahren an Herzlähmung.  
**Jägerleben.** Am 23. Februar starb unser Kollege **Fritz Heyer** im Alter von 61 Jahren an der Wasserhucht.

**Jahndt.** Am 13. Februar starb unser Kollege **Friedr. Hamann** im Alter von 80 Jahren an Altersschwäche.  
**Karlruhe.** (Zahlstelle Mühlheim.) Am 22. Februar starb unser Kollege **Karl Zwecker** im Alter von 24 Jahren an Lungenleiden.  
**Kiel.** Während eines Besuches in seiner Heimat starb unser Kollege **Luigi Cimaroski** im Alter von 45 Jahren.  
**Kiegnitz.** Am 20. Februar starb nach kurzer Krankheit unser treuer Kollege **Julius Röhrich** im Alter von 21 Jahren.  
**München.** (Bezirk Nordwest.) Am 15. Februar starb unser Kollege **Johann Rott** im Alter von 57 Jahren an Herz- und Nierenleiden. — (Bezirk N. u.) Am 20. Februar starb unser Kollege **Leonh. Seifried** im Alter von 49 Jahren an Lungenentzündung.  
**Münsterberg-Gürth.** Am 18. Februar starb unser Kollege **Jakob Hofmann** im Alter von 53 Jahren an Schlaganfall. — Am 18. Februar starb unser Kollege **Johann Malter** im Alter von 38 Jahren an Lungenleiden.  
**Osnabrück i. Gr.** Am 23. Februar starb unser treuer Kollege **Fritz Wode** im Alter von 47 Jahren an Darmkrebs.  
**Pforzheim.** Am 11. Februar starb unser Kollege **Wilhelm Schrof** im Alter von 38 Jahren an Kehlkopfschwindsucht.  
**Pöhlen.** Am 19. Februar verschied nach längerer Krankheit unser Kollege **Johann Fuchs** im Alter von 42 Jahren an Lungenüberbläue. — Am 19. Februar verschied unser Kollege **Otto Decher** aus Pusa im Alter von 32 Jahren infolge eines Unglücksfalles.  
**Regensburg.** Am 19. Februar starb unser Kollege **Johann Winter** aus Salleru im Alter von 30 Jahren an Lungenüberbläue.  
**Sachwitz.** Am 21. Februar starb unser treuer Kollege **Josef Rother** aus Sachwitz im Alter von 31 Jahren an Leberkrankheit.  
**Schönbeck a. d. Elbe.** Am 16. Februar starb im Eisenacher Krankenhaus unser Kollege **Wilhelm Schalk** im blühenden Alter von 21 Jahren an den Folgen eines Unglücksfalles.  
**Züsch.** Am 20. Februar starb unser Verbandskollege **Wladislaus Karnowski** im Alter von 24 Jahren an Lungenentzündung.  
**Zeitz.** Am 21. Februar wurde unser Kollege **Otto Bötcher** aus Weitenbach im Alter von 20 Jahren am Wagnersbambach von einem Zuge überfahren und getötet.  
**Zittau.** Am 20. Februar starb unser Verbandsmitglied **Alwin Mann** im Alter von 28 Jahren an Herzleiden.

Chreihrem Andenken!

**Albert Pohle,** Maurer. Bitte, teile Deine Adresse sofort, an E. W. Amelinghausen, mit. [60 ¢]

**Wilhelm Eberle,** Maurer, geb. 20. Oktober 1887 in Würzburg, Birmheim, wird vom Zweigverein Reichenbach i. V. gesucht. Kollegen, die den Aufenthaltsort wissen oder sonst Mitteilungen machen können, werden ersucht, dies dem Kassierer des Zweigvereins, **Otto Bröckel, Reichenbach i. V., Oberreichenbacher Straße 42,** mitzuteilen. [M. 2,10]

### Stavenhagen.

Freitag, den 8. März, feiert unser Zweigverein sein

### 30tes Stiftungsfest

wozu alle Kollegen freundlichst einladet Der Vorstand.

[M. 2,40]

### Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Verehrstolof, H Herberge, RZ Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei.)

**Aischaffenburg.** K Konrad Bohl, Gifenstr. 3, part., Verbandsbureau. Alle Sendungen sind an diese Adresse zu richten.

**Wöha i. E.** Vom 1. März an wolle man alle den Zweigverein betreffenden Auforderungen an folgende Adresse senden: Wöha, Carolinstr. 13, part.

**Frankfurt a. d. O.** K Wilhelm Niffaus, Sophienstr. 37. Beiträge und Anmeldungen werden jeden Dienstag, abends von 7 bis 9 Uhr, nur im Gewerkschaftshaus entgegen genommen. Krankentunterstützung wird Sonntags von 11 bis 12 Uhr in der Wohnung des Kassierers ausbezahlt.

**Harburg a. C. S.** L, H und RZ C. Küßenhop, Bergstr. 7.

**Neufals a. d. O.** V Heinrich Damm, Schifferstr. 7.

**Oranienburg.** V Friedrich Kraas, Habelstr. 17; K Paul Tornow, Mühlentstr. 5.

**Zagan.** V Wilhelm Deier; K Gustav Pfeister.

**Zeuzenberg.** V B. Krüger, Mauerer Str. 15; K R. Krüger, Gartenstr. 32.

**Zeterow.** Konrad Reink, Alte Poststr. 9.

**Wolfsbüttel.** K G. Zusterling, Töpferstr. 13 a.

### Versammlungs-Anzeiger.

Versammlungen der Zweigvereine. Sonntag, den 3. März.

- Belzig.** Nachm. 4 Uhr.
- Dreetz.** Nachm. 2 Uhr bei Dübber. Wäcker mitbringen.
- Düsseldorf.** (Steinholzteiler.) Vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Güngerslohstr. 2. D.: Bericht über die Verhandlungen mit der Firma Brüning & Hartmann in Mannheim.
- Elmshorn.** Nachm. 4 Uhr in der Herberge.
- Gransée.** Nachm. 3 Uhr im Französischen Lokale. T.-D.: Verschiedenes.
- Guben.** (Wahlstellenarbeiter.) Nachm. 3 Uhr bei Hüb, Friedensallee.
- Leer.** Nachm. 4 Uhr bei Herrn Fischer in Wärd. T.-D.: Stellungnahme zum Stiftungsfest. Wäcker mitbringen.
- Niemegk.** Nachm. 3 Uhr bei Frau, Werderstr. 2. Wichtige Tagesordnung.
- Rastenburg.** Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal. T.-D.: Jahresbericht. Verschiedenes.
- Ribnitz.** Nachm. 2½ Uhr bei Potenberg.
- Salzweidel.** Nachm. 4 Uhr bei St. Wenzl, Mittelstr. 12. T.-D.: Agitation. Wechselseitige Kontrolle. Bewilligung von Geldmitteln für die Jugend. Verschiedenes.
- Treuenbrietzen.** Nachm. 3½ Uhr bei Lorenz. Wichtige Tagesordnung.
- Wriezen.** Nachm. 3 Uhr im Schützenhaus. T.-D.: Wahl eines Vorstands, Wahl von drei Delegierten zum Komitee. Verschiedenes.

Dienstag, den 5. März.

- Husum.** Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Itzehoe.** Abends 8 Uhr. T.-D.: Welttagfrage. Fachverbandung.
- Mittwoch, den 6. März.** (Steinholzteiler.) Abends 8 Uhr im „Bürgerheim“, Alte Schützenstr. 22/24.
- Guben.** (Maurer.) Abends 6 Uhr bei Stein.

Donnerstag, den 7. März.

- Gassen i. d. N.-L.** Nachm. 6 Uhr bei Otto Weig (Berg).

Sonntag, den 10. März.

- Soral.** Nachm. 2½ Uhr in der „Stora“. Sehr wichtige Tagesordnung.

### Zentralrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 3. März.

- Treuenbrietzen.** Nachm. 4 Uhr bei Lorenz. T.-D.: Eingetragung der Ver- Verschiedenes.